

—  
GfK Verein

## **Challenges of Nations 2016 – eine Studie des GfK Vereins**

Von Inflation und Arbeitslosigkeit  
bis hin zu Zuwanderung und Armut





## Challenges of Nations 2016 – eine Studie des GfK Vereins

Copyright GfK Verein

Nachdruck, Weitergabe etc. – auch auszugsweise – sind nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des GfK Vereins gestattet

Verantwortlich: Ronald Frank

GfK Verein  
Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.

Nordwestring 101, 90419 Nürnberg  
Tel.: (0911) 395-2231 und 2368 – Fax: (0911) 395-2715

E-mail: [hello@gfk-verein.org](mailto:hello@gfk-verein.org)  
Internet: [www.gfk-verein.org](http://www.gfk-verein.org)



# Challenges of Nations 2016 – eine Studie des GfK Vereins

GfK Consumer Experiences:  
Birgit Müller, Elke Nagel, Susanne Siegert

GfK Verein:  
Ronald Frank

## INHALT

	Seite
<b>Einleitung</b>	4
<b>1 Die Herausforderungen der Nationen</b>	5
<b>2 Europa</b>	
Österreich	20
Belgien	23
Frankreich	26
Deutschland	30
Italien	44
Niederlande	47
Polen	50
Russland	53
Spanien	56
Schweden	59
Schweiz	62
Türkei	65
Großbritannien	68
<b>3 Nord- und Südamerika</b>	
Brasilien	72
Mexiko	75
USA	78
<b>4 Asien und Pazifik</b>	
Indien	83
Indonesien	86
Iran	89
Japan	92
Philippinen	95
Südkorea	99
<b>5 Afrika</b>	
Nigeria	103
Südafrika	106
<b>6 Wirtschaftsindikatoren, Anhang und Methode</b>	109



Die vorliegende Ausgabe der *Challenges of Nations* umfasst neben den 2015 neu hinzugekommenen Ländern Indien, Indonesien, Südkorea, Japan und Iran nun auch das größte katholische Land Asiens, die Philippinen, sowie die größte spanischsprachige Nation, Mexiko. Mit Mexiko rückt 2016 die Kriminalität mit all ihren Facetten, von Diebstahl über Entführungen bis hin zu Auftragsmorden, auf den dritten Platz des globalen Sorgenrankings.

Aktuell führt die Flüchtlingskrise dazu, dass Migration und Zuwanderung in zahlreichen europäischen Ländern die mit Abstand wichtigste zu lösende Aufgabe wird – und das, obwohl die weltweit größten Migrationsströme nicht nach Europa, sondern innerhalb Afrikas, des Nahen Ostens und Asiens stattfinden. Objektive Fakten und die subjektive Wahrnehmung der Bürger sind nicht immer deckungsgleich – ein Grund mehr dafür, die vorliegende Befragung in dieser Form durchzuführen. Die Arbeitslosigkeit bleibt aber in Europa weiterhin die wichtigste Herausforderung für Politik und Wirtschaft. In Nord- und Südamerika dagegen stellt eine mangelhafte bzw. eine sehr teure Gesundheitsversorgung für viele Menschen eines der wichtigsten zu lösenden



Probleme dar. Elementare Mängel der Infrastruktur, wie der Versorgung mit Trinkwasser, Energie und Strom, aber auch eine verbreitete Korruption, prägen den Sorgenfokus in Asien, Afrika und auch Südamerika. Und eine Herausforderung, die derzeit in Europa und den USA nahezu aus dem Fokus verschwunden ist, bleibt global durch Länder wie Indien, Indonesien, dem Iran oder Nigeria ein zentrale Aufgabe: Die Sorge um die Entwicklung der Preise und somit der Kaufkraft der Konsumenten.

Die Antworten dieser Untersuchung machen auch 2016 sichtbar, wie sich die Bedeutung und Brisanz der einzelnen Themen in der öffentlichen – und veröffentlichten – Wahrnehmung im Zeitverlauf wandelt, und das nunmehr seit über 25 Jahren in Deutschland, seit der Jahrtausendwende in vielen weiteren europäischen Ländern und derzeit im weltweiten Kontext von insgesamt 24 Ländern.

Ronald Frank /// GfK Verein

# 1 Die Herausforderungen der Nationen

# Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2016

## Top 10 – Zusammenfassung aller Länder\*

Nach Anzahl der Einwohner je Land gewichtet; (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Preis-/ Kaufkraft-  
entwicklung

24



Bildungspolitik

09



Arbeitslosigkeit

24



Gesundheitswesen

09



Kriminalität

18



Politik/ Regierung

08



Korruption

15



Zuwanderung/  
Integration

07



Wirtschaftliche  
Stabilität

10



Armut

07



Basis: 27.675 Befragte \*Kein Vergleich zu älteren Ergebnissen möglich, weil neue Länder aufgenommen wurden

# Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2016

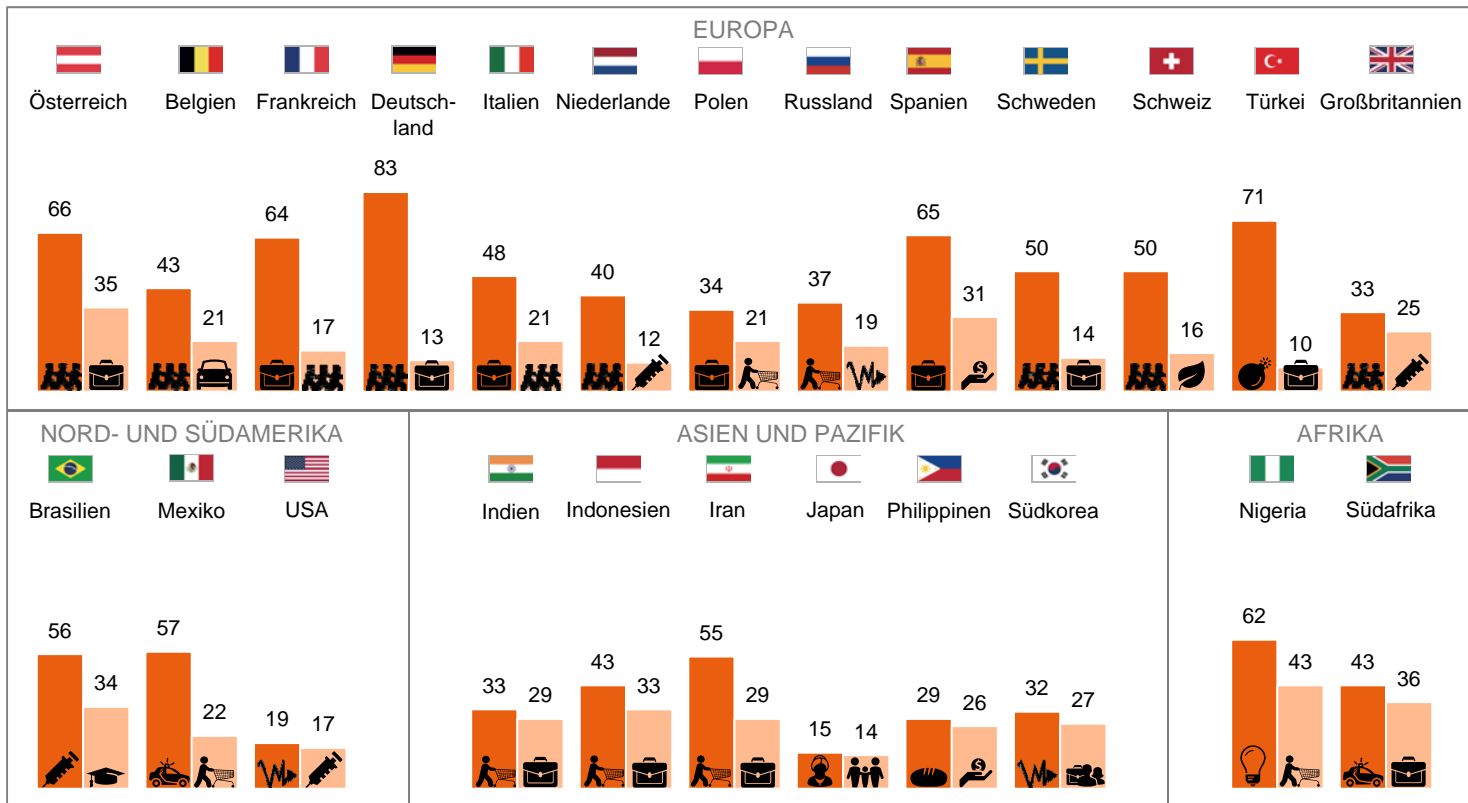
## Top 2 je Land

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

### Legende

-  Arbeitslosigkeit
-  Preis-/Kaufkraftentwicklung
-  Wirtschaftliche Stabilität
-  Zuwanderung
-  Gesundheitswesen
-  Korruption
-  Bildungspolitik
-  Energieversorgung
-  Jugendarbeitslosigkeit
-  Wohnungsproblem
-  Kriminalität
-  Verkehrspolitik
-  Familienpolitik
-  Umweltschutz
-  Terrorismus
-  Altersfürsorge
-  Armut

Basis: 27.675 Befragte



# Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2016 (1)

## Top 10 Gesamt – Häufigkeiten der Nennungen

(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



	Alle Nationen	EUROPA													
		∅													
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	24	14	7	8	14	8	6	1	21	37	3	0	5	1	6
Arbeitslosigkeit	24	26	35	19	64	13	48	6	34	14	65	14	12	10	8
Kriminalität	18	6	7	5	10	10	14	5	0	1	3	1	4	7	8
Korruption	15	5	0	0	0	0	11	0	2	7	31	0	0	0	0
Wirtschaftliche Stabilität	10	9	11	6	5	6	10	2	3	19	11	7	9	6	5
Bildungspolitik	9	6	16	7	5	9	4	4	2	5	9	8	6	3	8
Gesundheitswesen	9	10	12	5	4	6	14	12	19	9	13	4	9	0	25
Politik/ Regierung	8	8	9	11	10	10	17	4	11	3	16	2	3	5	7
Zuwanderung/ Integration	7	24	66	43	17	83	21	40	7	3	2	50	50	2	33
Armut	7	4	1	14	4	10	2	5	6	1	4	0	2	1	6
Basis: 27.675 Befragte	Alle Nationen		Öster- reich	Belgien	Frank- reich	Deutsch- land	Italien	Nieder- lande	Polen	Russland	Spanien	Schwe- den	Schweiz	Türkei	UK



# Nationen im Überblick /// Die Herausforderungen 2016 (2)

## Top 10 Gesamt – Häufigkeiten der Nennungen

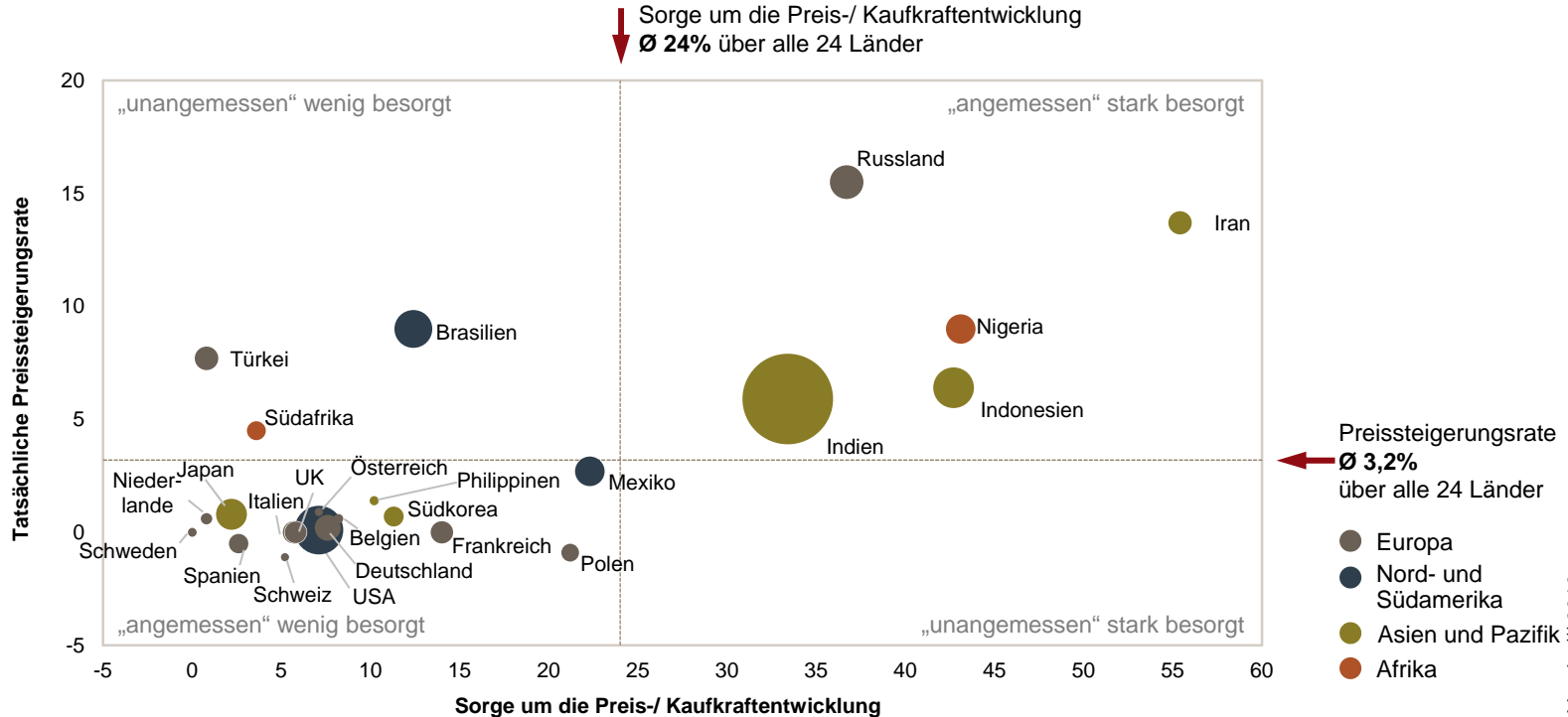
(freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



	Alle Nationen	NORD- UND SÜDAMERIKA			ASIEN UND PAZIFIK						AFRIKA				
		Ø				Ø							Ø		
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	24	12	12	22	7	32	33	43	55	2	10	11	32	43	4
Arbeitslosigkeit	24	11	9	20	9	27	29	33	29	1	19	17	32	30	36
Kriminalität	18	21	18	57	10	22	28	14	4	2	17	6	22	14	43
Korruption	15	12	24	21	1	20	25	15	13	0	26	2	21	24	12
Wirtschaftliche Stabilität	10	13	5	13	19	9	7	11	12	13	2	32	7	9	3
Bildungspolitik	9	17	34	13	9	6	5	10	3	3	8	6	30	38	10
Gesundheitswesen	9	26	56	4	17	2	0	7	4	2	2	1	17	24	2
Politik/ Regierung	8	16	27	10	12	5	3	2	26	5	5	12	10	11	7
Zuwanderung/ Integration	7	8	0	0	16	0	0	0	0	0	0	0	1	0	3
Armut	7	5	1	11	6	8	8	9	3	3	29	7	9	10	6
Basis: 27.675 Befragte	Alle Nationen		Brasilien	Mexiko	USA		Indien	Indonesien	Iran	Japan	Philippinen	Südkorea		Nigeria	Südafrika

# Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Preis-/ Kaufkraftentwicklung mit der tatsächlichen Preissteigerungsrate in %\*

(Sorge um die Preis-/ Kaufkraftentwicklung: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

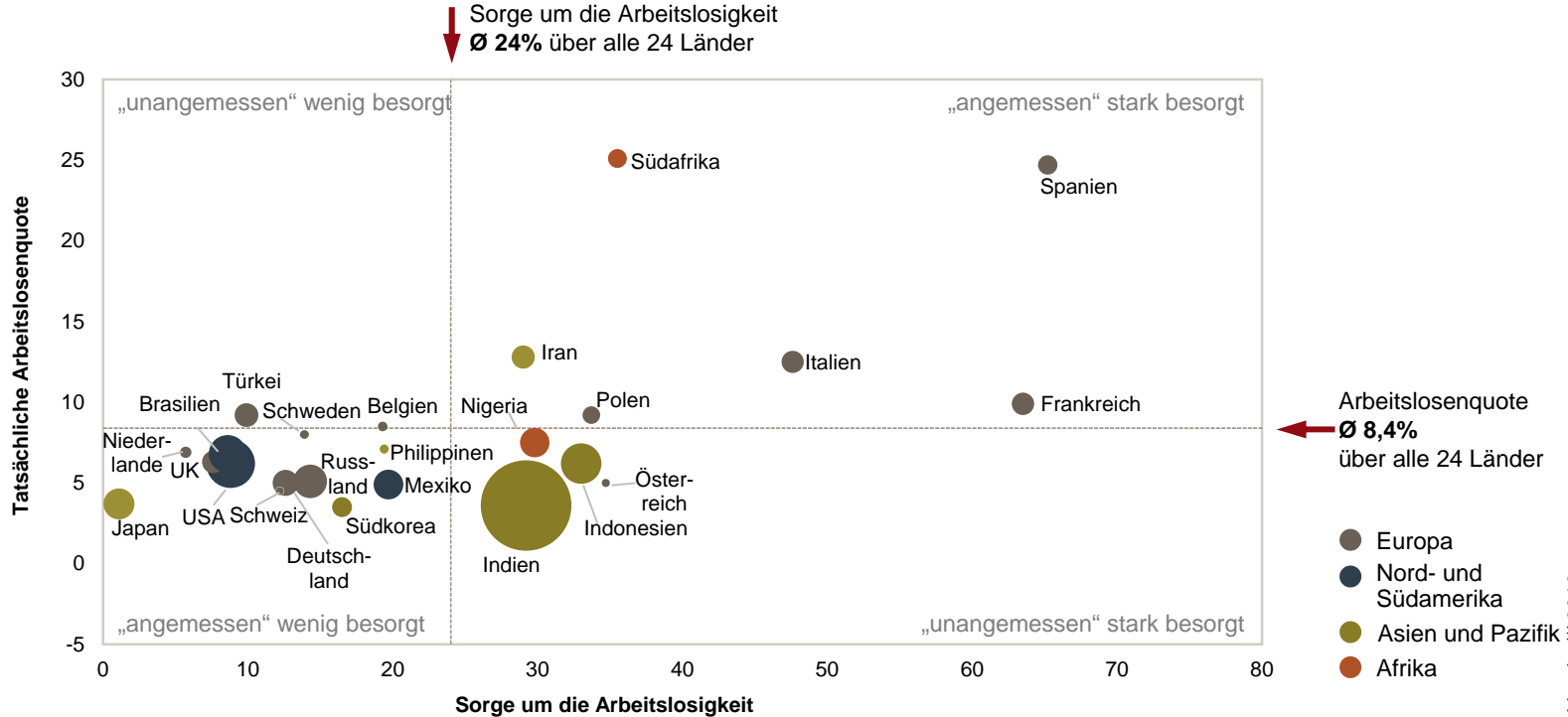


Die Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil

\*Quelle: OECD (2015, Stand Mai 2016); Quelle Iran, Philippinen, Nigeria: Weltbank (2015, Stand Mai 2016)

# Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Arbeitslosigkeit mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote in %\*

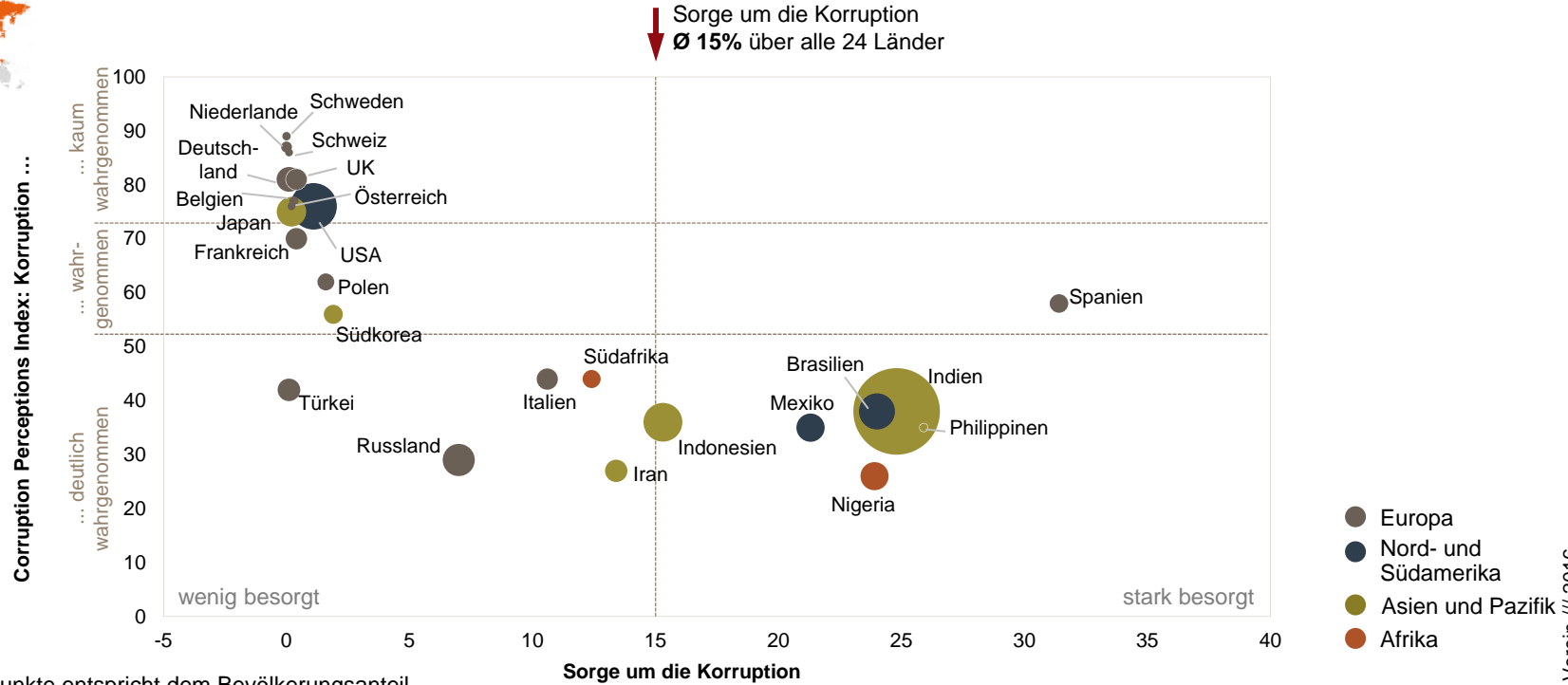
(Sorge um die Arbeitslosigkeit: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Die Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil  
\*Quelle: Weltbank (2014, Stand Juni 2016)

# Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Korruption mit dem Corruption Perceptions Index\*

(Sorge um die Korruption: freie Antworten, in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



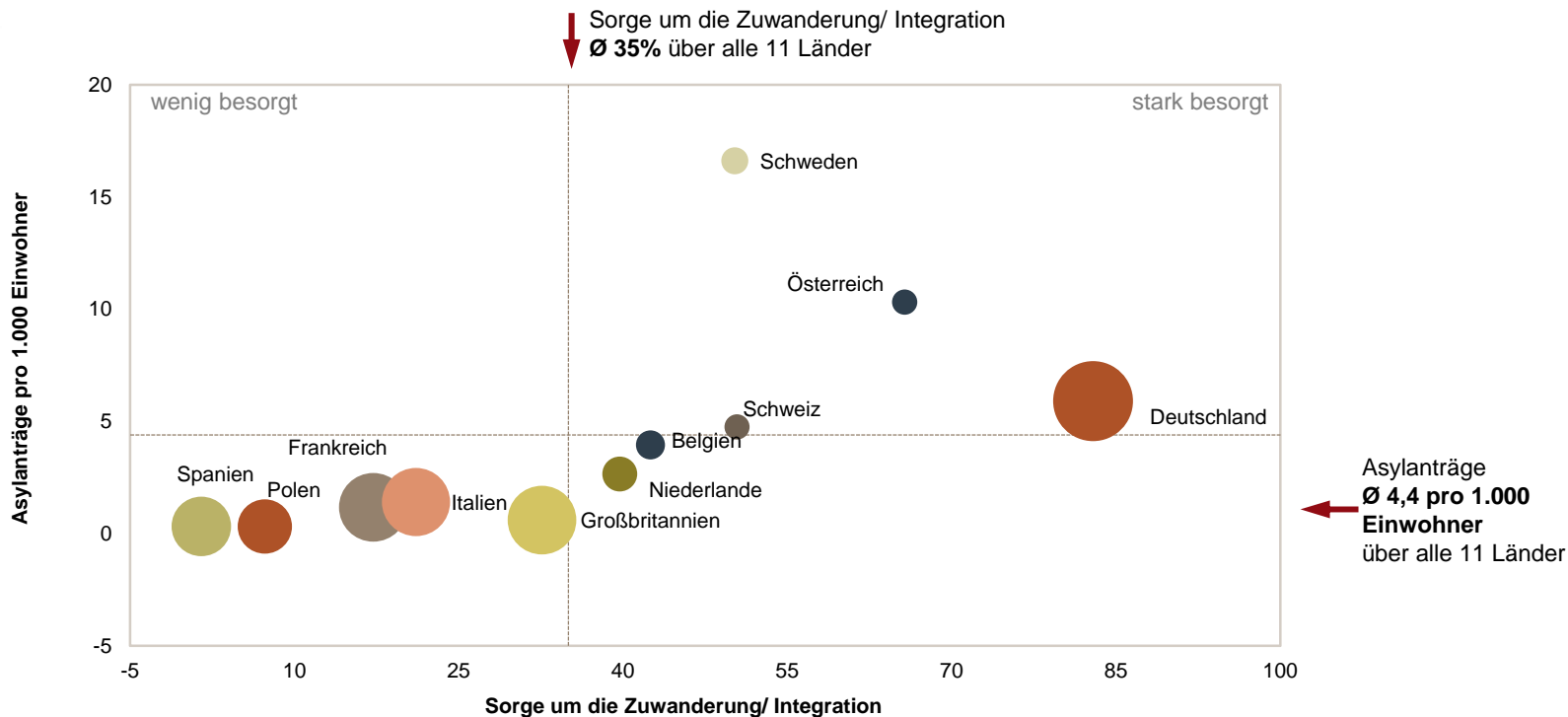
Die Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil

\*Quelle: Transparency International (2015, Stand Januar 2016),

Werte zwischen 0 und 100; 0-49 = deutlich wahrgenommene Korruption, 50-69 = wahrgenommene Korruption, 70-100 = kaum wahrgenommene Korruption

# Nationen im Überblick /// Gegenüberstellung der Sorge um die Zuwanderung/ Integration in der EU und der Schweiz mit der Zahl dort gestellter Asylanträge\*

(Sorge um die Zuwanderung/ Integration: freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Die Größe der Punkte entspricht dem Bevölkerungsanteil  
\*Quelle: Eurostat (Stand Mai 2016)

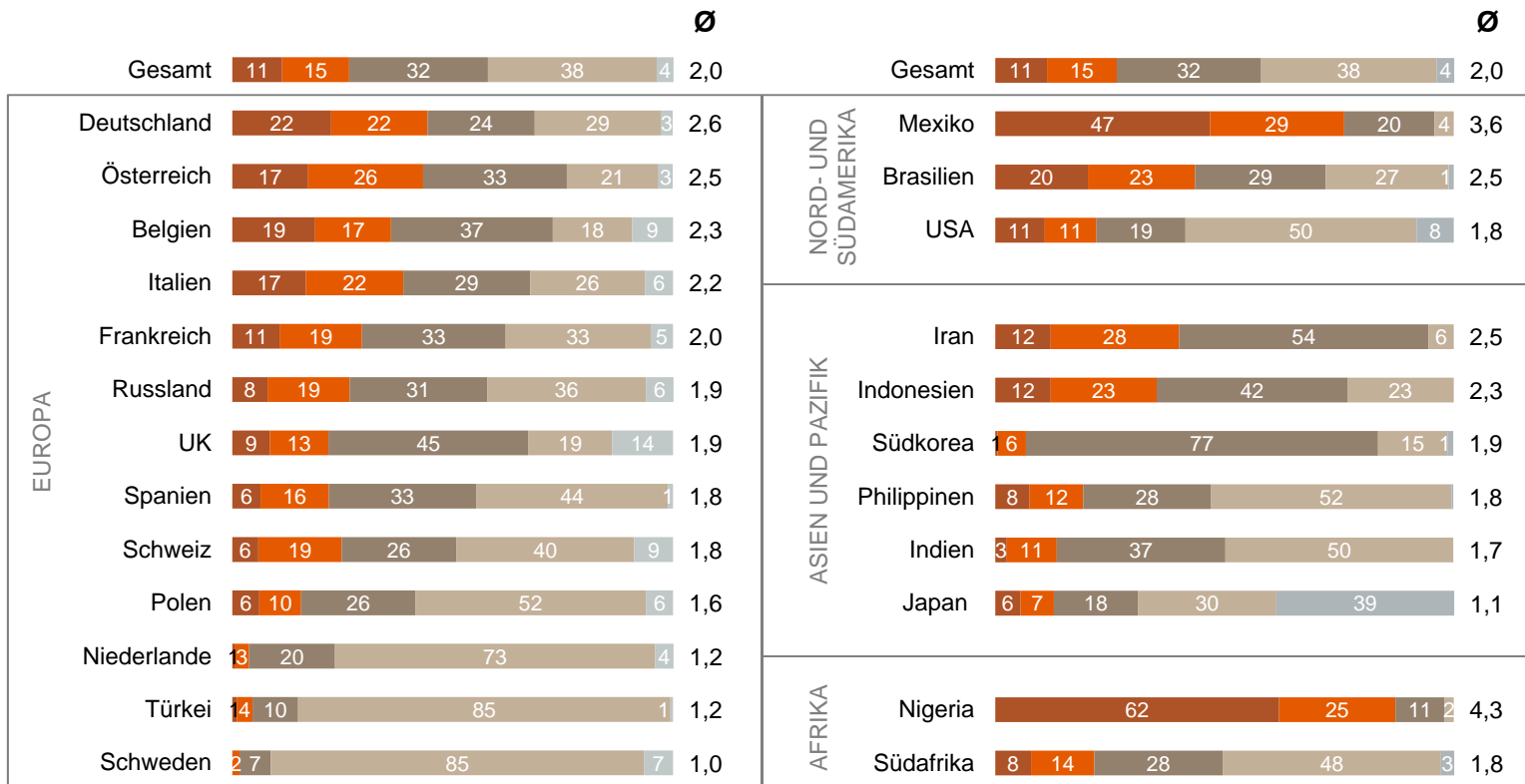
# Nationen im Überblick /// Anzahl der Antworten 2016

Anzahl der genannten Probleme pro Person und Land in %



- 4 und mehr Antworten
- 3 Antworten
- 2 Antworten
- 1 Antwort
- keine Angabe

Basis: 27.675 Befragte





Die Studie „Challenges of Nations“ deckt 2016 weltweit 24 Länder ab. Neu hinzugekommen sind Mexiko – das drittgrößte Land des amerikanischen Kontinents – sowie die Philippinen in Südostasien. Weitere Vertreter des asiatischen Kontinents sind Indien, Indonesien, Japan, Südkorea und der Iran. In Amerika nehmen wieder die Vereinigten Staaten und Brasilien sowie in Afrika Nigeria und Südafrika teil. In Europa sind weiterhin Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Österreich, Polen, Großbritannien, Belgien, Russland, die Niederlande, Schweden, die Türkei und die Schweiz beteiligt. Stellvertretend wurden in diesen Ländern insgesamt 27.675 Personen befragt. Um eine weltweite Vergleichbarkeit der Befragungsergebnisse zu gewährleisten, stellt diese Studie die Ergebnisse der einzelnen Länder dem jeweiligen Bevölkerungsanteil entsprechend gewichtet dar. Damit repräsentieren die Antworten die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, wie sie von mehr als zwei Milliarden Menschen weltweit gesehen werden.

An der Spitze der internationalen Sorgenliste findet sich 2016 mit knappem Vorsprung die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** (24%). Besonders beunruhigt bei diesem Thema sind die Menschen im Iran mit 55% sowie in drei der fünf

bevölkerungsreichsten Länder der Untersuchung, nämlich in Indien (33%), Indonesien (43%) und Russland (37%), was dort ebenfalls jeweils den ersten Platz bedeutet. Mit rund 16% und 14% weisen Russland und der Iran derzeit die höchsten Inflationsraten auf (siehe Seite 10). Starke Bedenken äußern auch die Bürger Polens und Mexikos sowie mit 43% die Einwohner Nigerias. In diesen Ländern steht die Inflation jeweils auf Platz 2 der Agenda.

Den zweiten Rang der Gesamtliste belegt mit ebenfalls 24% die **Arbeitslosigkeit**. Das Thema steht in Frankreich, Italien, Spanien und Polen auf dem ersten Platz. In vier weiteren europäischen Ländern (Österreich, Deutschland, Schweden, Türkei), aber auch in Indien, Indonesien, im Iran und in Südafrika belegt die Arbeitsmarktsituation Platz 2. Damit liegt das Thema in 12 der 24 untersuchten Länder auf einem der ersten beiden Plätze. Den größten Handlungsbedarf sehen dabei die Bürger in Spanien (65%), Frankreich (64%) und Italien (48%), also in Ländern mit einer hohen Arbeitslosigkeit (siehe Seite 11). Nur in Südafrika ist die offizielle Arbeitslosenquote noch höher, die Sorge mit 36% jedoch geringer. Mit nur 1% – und einer sehr geringen Arbeitslosigkeit – scheinen sich die Japaner dagegen nicht sehr um dieses Thema zu sorgen.

## Nationen im Überblick /// Zentrale Ergebnisse (2)



Mit derzeit 18% nimmt die **Kriminalität** den dritten Platz der internationalen Agenda ein. In zwei Ländern steht sie als größte Herausforderung besonders im Fokus: In Mexiko fordert mehr als die Hälfte der Befragten (57%) eine verstärkte Verbrechenbekämpfung, und in Südafrika äußern dies 43% der Bürger. Im internationalen Vergleich zeigen sich die Menschen in Indien mit 28% ebenfalls sehr besorgt.

Die Sorge um die **Korruption** liegt mit 15% weltweit auf dem vierten Platz. Vor allem in Spanien (31%) wird das Thema als dringlich empfunden. Überdurchschnittlich besorgt mit Werten zwischen 26% und 21% ist zudem die Bevölkerung auf den Philippinen, in Indien und Brasilien sowie in Nigeria und Mexiko. Der Corruption Perceptions Index weist in diesen Ländern eine deutlich wahrgenommene Korruption aus (siehe Seite 12). Das gilt zwar auch für Italien, Russland und die Türkei. Doch während immerhin 11% der Italiener die Situation anprangern, äußern die Bürger in den anderen beiden Ländern weit weniger offen Kritik an der Bestechlichkeit.

Über die **wirtschaftliche Stabilität** macht sich weltweit jeder zehnte Befragte Gedanken, was Rang 5 der Gesamt-Sorgenliste

bedeutet. In Südkorea (32%) und in den USA (19%) stellt das Thema 2016 sogar die Hauptsorge dar, in Russland findet sich die Beunruhigung darüber mit 19% auf Platz 2. In Japan und Mexiko sorgen sich je 13%, im Iran 12% sowie jeweils 11% in Österreich, Spanien und Indonesien über die konjunkturelle Entwicklung.

An sechster Stelle steht dicht dahinter mit 9% die Kritik an der **Bildungspolitik**. Hier sticht Brasilien hervor, wo ein Drittel der Bevölkerung Bedenken wegen des Zustands des Bildungswesens hat, was im internationalen Vergleich Rang 2 bedeutet. Mit 38% ist die Sorge in Nigeria zwar noch etwas größer, doch sind in dem afrikanischen Land andere genannte Kritikpunkte noch bedeutsamer. In Europa fällt Österreich mit einem Anteil von 16% auf. In anderen europäischen Ländern liegen die Nennungen zum Thema Bildung unter 10%.

Ebenfalls 9% entfallen weltweit auf die Sorge über das **Gesundheitswesen**. In Brasilien ist es mit 56% das dominierende Thema. In den USA liegt die Gesundheitspolitik mit 17% auf Rang 2. Aber auch in Großbritannien (25%) und in den Niederlanden (12%) belegt das Thema Platz 2 der nationalen Sorgenliste.



## Nationen im Überblick /// Zentrale Ergebnisse (3)



Weitere europäische Länder mit überdurchschnittlicher Besorgnis im Hinblick auf das Gesundheitssystem sind Österreich, Italien, Polen und Spanien. Große Unterschiede zeigen sich in Afrika: Während in Südafrika nur 2% Bedenken haben, kritisieren in Nigeria 24% der Bürger die Mängel des Gesundheitswesens.

Auf dem achten Rang liegt 2016 mit 8% das Thema **Politik** und **Regierung**. Zwar findet sich dieser Bereich in keinem der 24 Länder unter den zwei am weitesten verbreiteten Sorgen. Doch in Brasilien (27%), im Iran (26%), in Italien (17%) sowie in Spanien (16%) ist der Unmut der Bürger vergleichsweise stark.

Massiv an Bedeutung gewonnen hat 2016 der Themenkomplex **Zuwanderung** und **Integration** – und zwar aufgrund der Flüchtlingskrise vor allem in mehreren europäischen Ländern. In 7 der 13 erfassten europäischen Länder führt das Thema das Sorgenranking an, in zwei weiteren Ländern liegt es auf dem zweiten Platz. Mit 83% ist die Sorge in Deutschland am größten. Dieser Wert ist in diesem Jahr übrigens der höchste für ein einzelnes Thema über alle Länder hinweg. Aber auch in Österreich (66%) machen sich die Menschen dazu Gedanken, wie auch in Schweden und in der Schweiz, wo jeweils die Hälfte der Bevöl-

kerung Verbesserungen anmahnt. Gemessen an der Einwohnerzahl war in diesen vier Ländern 2015 die Zahl der Asylanträge besonders hoch (siehe Seite 13). Doch auch in Belgien, den Niederlanden und Großbritannien ist die Besorgnis mit Werten zwischen 33% und 43% groß. Außerhalb Europas zeigen sich nur die US-Amerikaner mit 16% überdurchschnittlich besorgt über die Zuwanderung.

Mit ebenfalls 7% finden sich die Bedenken hinsichtlich der **Armut** im internationalen Vergleich auf dem zehnten Platz. Auf den erstmalig befragten Philippinen stellt dieser Punkt mit 29% die Hauptsorge dar. Mit einigem Abstand folgen Belgien (14%), Mexiko (11%), Deutschland (10%) und Nigeria (10%).

In der Mehrzahl der Länder präsentieren sich Arbeitslosigkeit, Zuwanderung oder eine andere Top-10-Herausforderung als die jeweilige Hauptsorge – doch es gibt auch Ausnahmen. So zeigen sich in der Türkei 71% über den **Terrorismus** beunruhigt, in Japan dagegen nimmt mit 15% die **Altersfürsorge** den größten Stellenwert ein, und in Nigeria belegt die **Stabilität der Energieversorgung** mit 62% die Spitzenposition der nationalen Herausforderungen.



Die vorliegende Studie „Challenges of Nations“ zeigt nicht nur, welche der Themen in den untersuchten Ländern als wichtig erachtet werden – es lassen sich damit auch Aussagen über die **Problemvielfalt** in den einzelnen Ländern treffen. Die durchschnittliche Anzahl der Probleme, welche die Bürger wahrnehmen, variiert zwischen 1,0 und 4,3. So können Rückschlüsse auf den Problemdruck in den jeweiligen Ländern gezogen werden. Dabei spielen auch kulturelle Unterschiede eine Rolle, etwa die unterschiedlich große Bereitschaft, offen Kritik zu äußern. Länderübergreifend mahnen die Befragten in diesem Jahr **im Durchschnitt 2,0 Themen** an. Das bedeutet gegenüber 2015 einen leichten Rückgang, als noch 2,2 Themen genannt wurden.

Die **Nigerianer** äußern mit 4,3 Antworten pro Person die mit Abstand meisten Probleme – sogar mit steigender Tendenz (2015: 3,6 Nennungen). Insgesamt werden hier sechs der Top-Themen von mehr als einem Viertel der Bevölkerung genannt, angeführt von der Sorge um die Energieversorgung. Im neu hinzugekommenen **Mexiko** nennen die Bürger im Durchschnitt 3,6 Themen. Hier sind vier Themenfelder mit Besorgniswerten über 20% besonders dringlich. Auf den ebenfalls zum ersten Mal

beteiligten **Philippinen** ist der Problemdruck mit 1,8 genannten Herausforderungen dagegen merklich geringer.

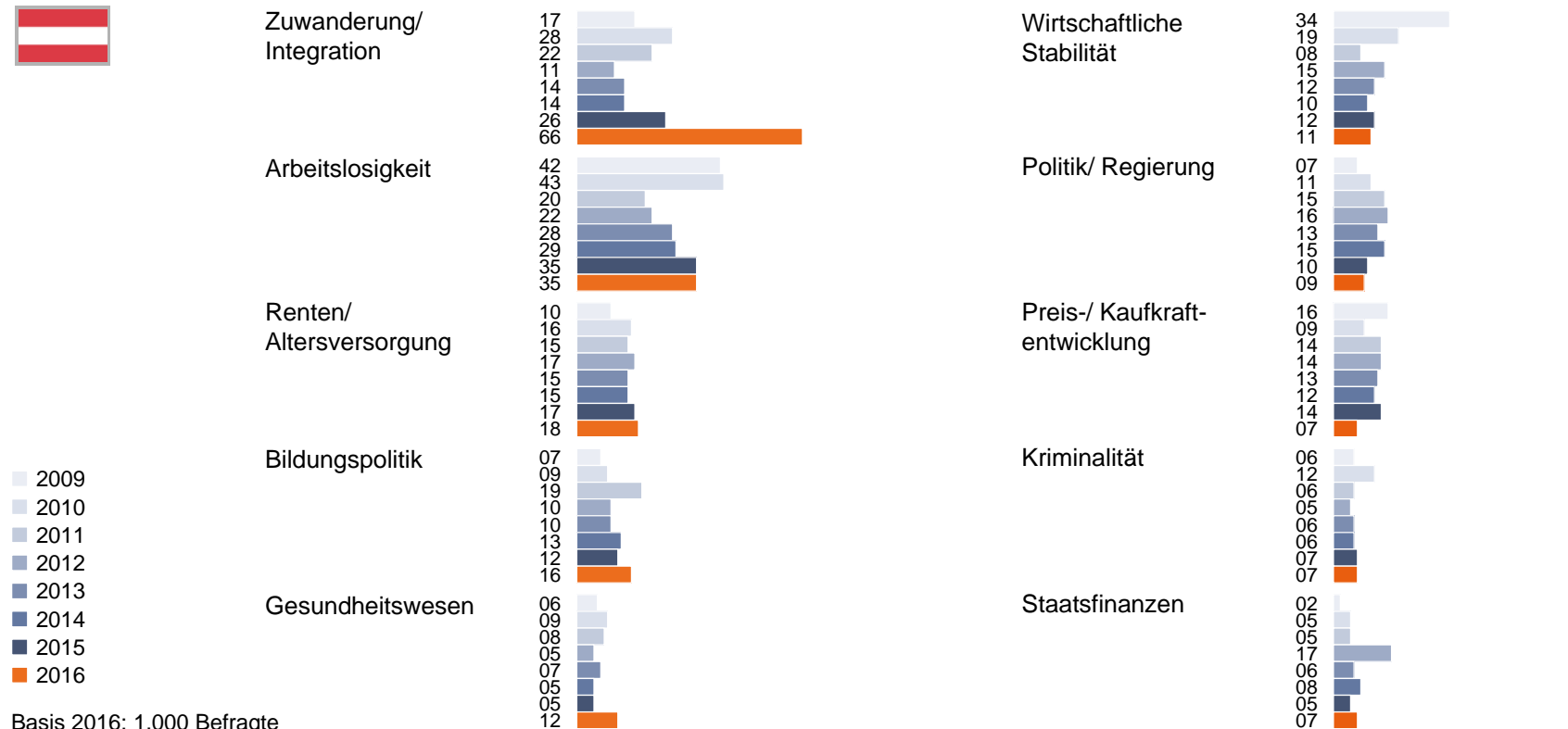
Im innereuropäischen Vergleich listen die Bürger in **Deutschland** und **Österreich** mit jeweils rund 2,5 Problemen die meisten Kritikpunkte auf. Dagegen zeigt sich in **Schweden** in diesem Jahr – ähnlich wie 2015 – mit durchschnittlich nur einer Antwort der geringste Problemdruck überhaupt. Japan mit 1,1 und die Niederlande sowie die Türkei mit je 1,2 Antworten weisen eine nur geringfügig höhere Problemvielfalt auf. Ein deutlicher Rückgang von 2,4 auf aktuell nur 1,7 Themen pro Person ist in **Indien** festzustellen.

Diese Veränderungen haben unterschiedliche Ursachen. In einigen Ländern fokussieren sich die Menschen stärker auf ein bestimmtes, ganz besonders wichtiges Problemfeld. In anderen Ländern spielen mehrere Themen eine Rolle, oder es kommen neue hinzu, die im Jahr zuvor noch keine Relevanz hatten. Welche Probleme die Bürger in den einzelnen Ländern – auch im Zeitverlauf – als besonders wichtig erachten, wird in den folgenden Kapiteln beschrieben.

# 2 Europa

# Österreich /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Österreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2016: 1.000 Befragte

## Österreich /// Zentrale Ergebnisse (1)



Die Migrationspolitik dominiert im Frühjahr 2016, also zum Zeitpunkt der Befragung, das politische Geschehen in der Alpenrepublik. Österreich ist eines der Länder, die – in Relation zur Einwohnerzahl – von der Flüchtlingskrise besonders betroffen sind. 90.000 Menschen beantragten 2015 Asyl in dem Land, in der EU hat nur Schweden relativ zur Bevölkerungszahl noch mehr Asylbewerber. Nach der umstrittenen Grenzöffnung im Herbst 2015 entschloss sich die österreichische Regierung im Januar dieses Jahres für die Einführung einer Obergrenze für Asylanträge – gegen den gemeinschaftlichen Beschluss der EU. Die Zahl der Asylbewerber soll nun im laufenden Jahr auf 37.500 begrenzt und damit im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert werden. Zudem kündigte die Regierung im Befragungszeitraum schärfere Kontrollen entlang der Südgrenze an. Mit den Maßnahmen kam Bundeskanzler Faymann (SPÖ) den Forderungen des Koalitionspartners ÖVP sowie der rechtspopulistischen FPÖ nach. Letztere positioniert sich deutlich ablehnend gegenüber Asylsuchenden und konnte damit in der Bevölkerung zunehmend an Zuspruch gewinnen. Nachdem die FPÖ bereits bei den Landtagswahlen

2015 starke Zuwächse verbucht hat, prognostizieren Umfragen der Partei weiterhin einen Stimmenanteil von mehr als 30%. Als große Verliererin gilt derzeit die regierende Koalition, die aufgrund der Flüchtlingsfrage immer zerstrittener erscheint. Vor diesem Hintergrund und der medialen Präsenz ist nachvollziehbar, dass das Thema **Zuwanderung** und **Integration** auch die Wahrnehmung der Bürger dominiert: Mit 66% nimmt die Sorge darüber im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozentpunkte zu, sie belegt mit weitem Abstand Platz 1 des Rankings.

Damit verdrängt die Zuwanderung das bislang wichtigste Sorgenthema, die **Arbeitslosigkeit**. Wie im Vorjahr äußern 35% ihre Beunruhigung darüber. Die Arbeitslosenquote steigt indes weiter: Laut OECD lag der Wert 2011 noch bei 4,6%, im Jahr 2015 stieg er auf 5,7%, und im Februar 2016 erreichte die Quote bereits die 6%-Marke. Im EU-weiten Vergleich ist Österreich damit vom zweiten auf den siebten Platz gefallen. Und trotz eines erwarteten Wirtschaftswachstums von 1,7% rechnet der Arbeitsmarktservice, Österreichs staatlicher Arbeitsvermittler, für das laufende Jahr nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen.



Nahezu unverändert auf dem dritten Platz steht mit 18% die Sorge um die **Renten** und die **Altersversorgung**. Zwar wurden bereits Abschlüsse und Altersgrenzen erhöht, um die Alterung der Bevölkerung auszugleichen, doch gehen die Österreicher im internationalen Vergleich immer noch früh in Pension und bekommen dann vergleichsweise hohe Renten. Laut OECD wendet das Land bereits heute 14% seiner Wirtschaftsleistung für Rentenzahlungen auf. Und die Kosten für die Altersversorgung werden auch in den kommenden Jahren weiter steigen. Dass Veränderungen erforderlich sind, zeigt das Abschneiden beim Global Pension Index 2015: Wie bereits 2014 belegt das Land mit Rang 18 von 25 einen der hinteren Plätze, und es fällt in der Kategorie Nachhaltigkeit weiter zurück. Kritiker begründen dies mit einer fehlenden automatischen Anpassung an die demografische Entwicklung. Doch in der Regierung aus ÖVP und SPÖ herrscht Uneinigkeit über das Ob und Wie einer Pensionsreform.

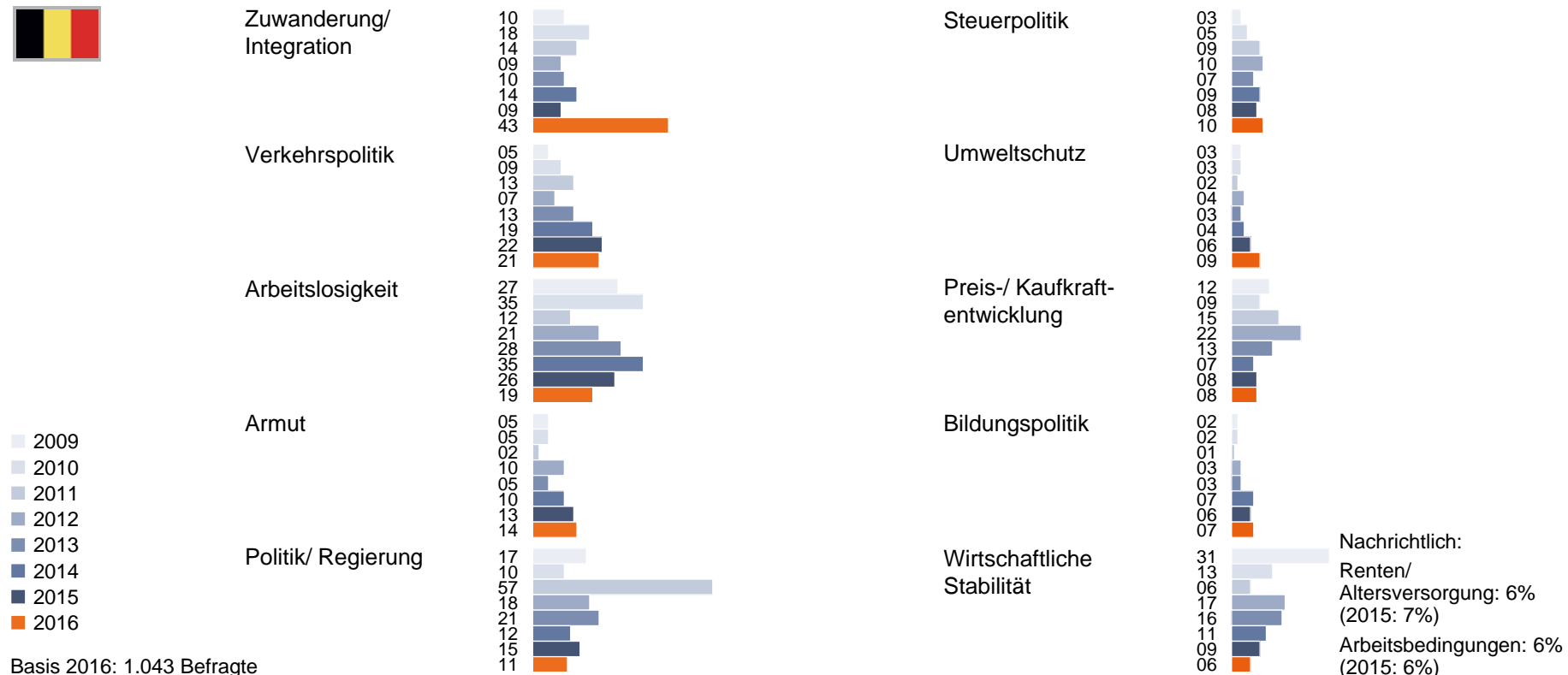
Die Besorgnis um die **Bildungspolitik** steigt gegenüber 2015 um 4 Prozentpunkte und findet sich nun mit 16% auf dem vierten Platz des Rankings. Bei den 15- bis 19-Jährigen liegt dieser Anteil sogar bei 39%. Bei den Chancen auf einen Bildungsaufstieg weist

Österreich einen der niedrigsten Werte der OECD-Länder auf: Nur etwas mehr als ein Fünftel der jungen Erwachsenen erreicht einen höheren Bildungsabschluss als die eigenen Eltern.

Zunehmenden Handlungsbedarf sehen die Österreicher auch bei der **Gesundheitsversorgung**. Mit aktuell 12% – im Vorjahr waren es 7 Prozentpunkte weniger – rückt das Thema auf Platz 5 der Sorgenliste vor. Das ist die höchste Platzierung seit 2001. Auch der Anfang 2016 veröffentlichte Euro Health Consumer Index 2015 bewertet das Gesundheitssystem schlechter: Nach Platz 10 im Vorjahr fällt Österreich auf Platz 12 zurück. Und im von der OECD im November 2015 veröffentlichten Bericht „Health at a Glance“ erhält das Gesundheitssystem des Landes ebenfalls keine Bestnoten. Bemängelt wird unter anderem die hohe Zahl an Krankenhausbehandlungen, die gemessen an der Einwohnerzahl die höchste in allen OECD-Ländern ist. Österreich unternimmt jedoch einiges, um den Missständen entgegenzuwirken. So sollen Ambulanzen durch Spezialisierung und Verkleinerung effizienter gestaltet werden, zudem werden sogenannte Primärversorgungszentren eingerichtet. Den Österreichern steht damit eine Vielzahl an Änderungen bevor, die sie offensichtlich sehr skeptisch betrachten.

# Belgien /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Belgien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2016: 1.043 Befragte

## Belgien /// Zentrale Ergebnisse (1)



In diesem Jahr führt ein neuer Spitzenreiter das belgische Sorgenranking an: Wie in mehreren anderen europäischen Ländern steht in diesem Jahr auch in Belgien das Thema **Zuwanderung** und **Integration** ganz oben auf der Agenda. Aktuell machen sich 43% der Bevölkerung Gedanken darüber, das bedeutet eine Zunahme um 34 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Belgien sah sich im vergangenen Jahr mit einem starken Anstieg des Flüchtlingszustroms konfrontiert, worauf die Regierung Anfang 2016 vorübergehend mit wieder eingeführten Grenzkontrollen reagierte.

Die Integrationsproblematik zeigt sich besonders deutlich am Beispiel des Brüsseler Stadtteils Molenbeek. Mehr als jeder Vierte der rund 90.000 Bewohner ist arabischer oder afrikanischer Herkunft, und mehr als ein Drittel der Einwohner sind arbeitslos. Die Abschottung der muslimischen Einwohner sowie die vorherrschende Perspektivlosigkeit führen dazu, dass insbesondere Jugendliche vermehrt Zuflucht im radikalen Islam suchen. Diese Radikalisierung beschränkt sich jedoch nicht auf Molenbeek, sie ist ein landesweites Problem. Aus kaum einem anderen Land in Europa sind relativ zur Bevölkerungszahl so viele Menschen als

Dschihadisten nach Syrien oder in den Irak gegangen. Auch deshalb gilt die Terrorgefahr in Belgien als besonders hoch. Sichtbar wurde dies, als bekannt wurde, dass ein Teil der Attentäter, die im November 2015 an den Anschlägen in Paris beteiligt waren, in Belgien lebten. In diesem Jahr äußern sich explizit 5% der Bürger besorgt über den **Terrorismus** (Platz 14). Die Erhebung fand vor den Anschlägen am Brüsseler Flughafen Ende März 2016 statt, weshalb diese sich noch nicht im Ausmaß der Besorgnis widerspiegeln.

Mit deutlichem Abstand findet sich die **Verkehrspolitik** auf dem zweiten Platz. Bereits zum dritten Mal in Folge sieht rund jeder fünfte Bürger darin ein wichtiges Problem, das gelöst werden muss. Dies dürfte auch mit den zahllosen Staus zusammenhängen, unter denen Belgien seit vielen Jahren leidet. In keinem anderen Land Europas stehen Autofahrer so lange im Stau – nach Angaben des amerikanischen Verkehrsfunk-Dienstleisters INRIX waren es 2015 durchschnittlich 44 Stunden. Auch von Streiks im öffentlichen Nahverkehr war die belgische Bevölkerung Anfang 2016 häufiger betroffen, was die Mobilität zusätzlich einschränkt.



## Belgien /// Zentrale Ergebnisse (2)



Nach drei Jahren an der Spitze der belgischen Herausforderungen rangiert die Besorgnis um die **Arbeitslosigkeit** 2016 nun auf dem dritten Platz. Die Sorge darüber geht 2016 noch einmal von 26% auf aktuell 19% zurück, was gegenüber 2014 fast einer Halbierung gleichkommt. Dabei bleibt die Arbeitslosenquote laut OECD mit 8,5% im Vergleich zu den beiden Vorjahren konstant. Doch die Aussichten scheinen sich zu verbessern: Durch die Arbeitsmarktreformen der Mitte-Rechts-Regierung um Premierminister Michel sollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Unternehmen sowie die Beschäftigung gefördert werden. Nach Angaben des belgischen Konjunkturinstituts könnte die Arbeitslosenquote damit 2017 unter 8,0% sinken. Neben diesen positiven Signalen durch die Regierung dürfte der aktuelle Rückgang der Besorgnis aber auch auf die zunehmenden Sorgen über Zuwanderung und Integration zurückzuführen sein, die von dem Thema ablenken.

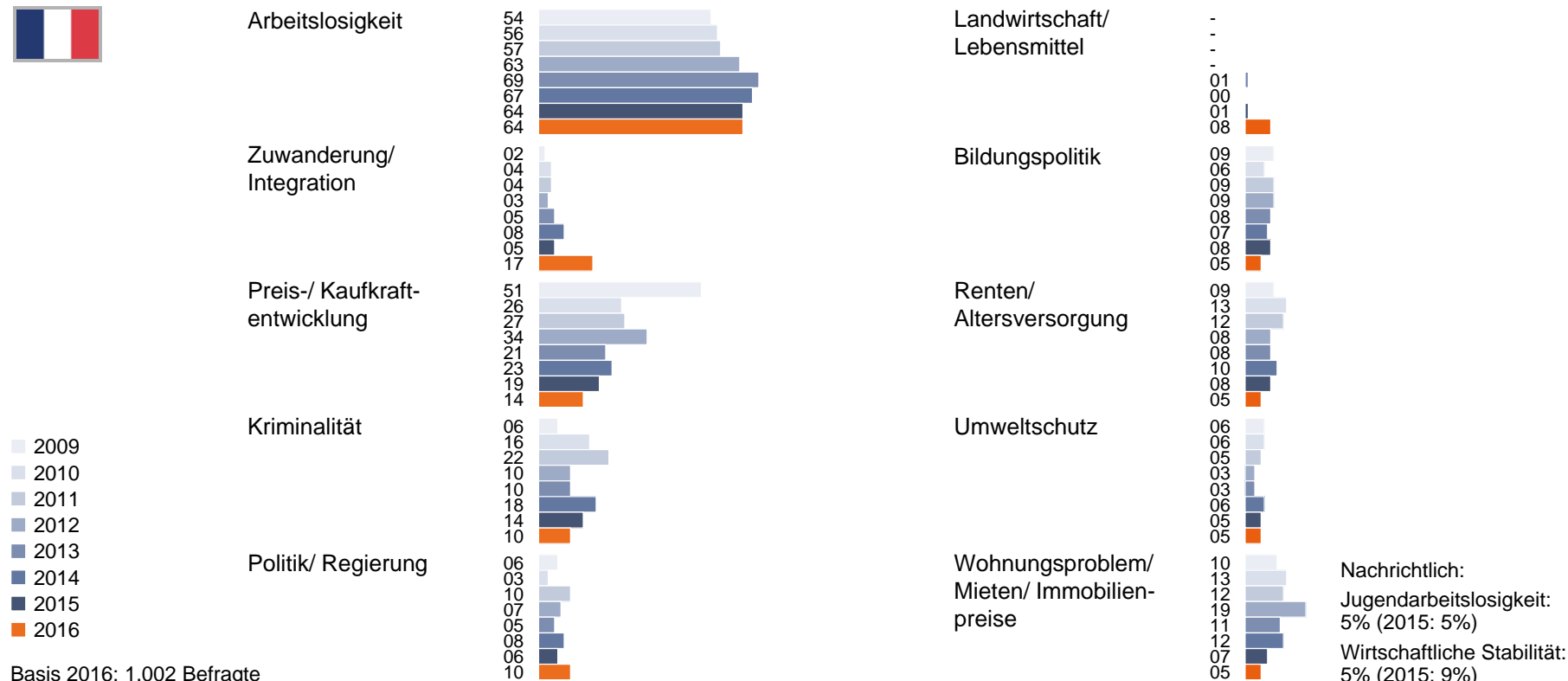
Die Besorgnis um die **Politik** und die **Regierung** nimmt im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls ab, nämlich um 4 Prozentpunkte. Mit 11% liegt sie nun auf dem fünften Rang. Der Konflikt zwischen den flämischen und wallonischen Regionen besteht zwar weiterhin, allerdings ließ die ausländische Kritik an Belgien als einem „dys-

funktionalen“ Staat die Bürger wieder enger zusammenrücken. Die Neu-Flämische Allianz (N-FA) strebt immer noch eine Abspaltung an, sie will dieses Thema aber erst im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2019 forcieren. Aktuell steht keine größere politische Entscheidung an, weshalb die Belgier möglicherweise weniger Handlungsbedarf sehen.

Auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr, aber im Lauf der vergangenen Jahre mit steigender Tendenz, rangiert die Sorge um die **Armut**. Mit 14% liegt sie an vierter Stelle. Viele Belgier leben unterhalb der Armutsgrenze, besonders betroffen sind Alleinerziehende und deren Kinder. Daten von Eurostat zeigen, dass die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in den vergangenen Jahren leicht angestiegen ist: Waren es 2008 noch 14,7%, so lag der Anteil 2014 bei 15,5%. Die Armutsrate bei Kindern gehört laut Unicef zu den höchsten in Europa – in Brüssel etwa lebt rund jedes dritte Kind unterhalb der Armutsgrenze. Auch die Zahl der Obdachlosen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, was unter anderem auch den hohen Mietpreisen geschuldet sein dürfte. Demzufolge hat auch die Besorgnis über die **Obdachlosigkeit** um 3 Prozentpunkte zugenommen, sie liegt derzeit mit 4% auf Rang 16.

# Frankreich /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Frankreich zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2016: 1.002 Befragte

Nachrichtlich:  
 Jugendarbeitslosigkeit:  
 5% (2015: 5%)  
 Wirtschaftliche Stabilität:  
 5% (2015: 9%)

## Frankreich /// Zentrale Ergebnisse (1)



Mit großem Abstand führt die **Arbeitslosigkeit** auch 2016 die Sorgenliste der Franzosen an. Unverändert zum Vorjahr zeigen sich 64% der Bürger besorgt über die Situation am Arbeitsmarkt. Tatsächlich liegt die offizielle Arbeitslosenquote im Land auf Rekordniveau: Mit 10,4% war sie 2015 so hoch wie noch nie seit der Jahrtausendwende. Präsident Hollande räumt dem Kampf gegen die Erwerbslosigkeit darum höchste Priorität ein. So stellte er im Januar 2016 ein zwei Milliarden Euro schweres Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vor, das unter anderem umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeitslosen sowie eine Senkung der Sozialabgaben für Unternehmen vorsieht. Zudem sollen kleine und mittlere Unternehmen staatliche Zuschüsse für die Einstellung von Arbeitslosen bekommen. Bereits 2014 hatte Hollande eine erneute Präsidentschaftskandidatur bei der Wahl 2017 daran geknüpft, dass er es schafft, die Arbeitslosenquote zu senken. Aktuell scheint er weit entfernt von diesem Ziel. Zudem gibt es seit Mai 2016 landesweit Proteste gegen eine geplante Arbeitsmarktreform, die den Kündigungsschutz lockern und Arbeitszeiten flexibler gestalten soll. Dementsprechend schlecht schneidet der Präsident bei Umfragen ab.

Insgesamt äußern 10% der Franzosen ihren Unmut über die **Politik** und die **Regierung**. Das bedeutet einen Anstieg um 4 Prozentpunkte. Die Sozialisten und die Konservativen haben bei den Regionalwahlen Ende 2015 nur dadurch einen Wahlsieg des rechtspopulistischen Front National verhindert, dass sie zugunsten der jeweils anderen Partei auf eigene Kandidaten verzichtet haben, wenn diese wenig Aussicht auf Erfolg hatten. Die Partei um Marine Le Pen triumphierte zwar im ersten Wahlgang, konnte im zweiten Wahlgang aber keine Region mehr für sich gewinnen. Dies könnte darauf hindeuten, dass viele Bürger die rechtspopulistische Partei aus Protest und Verdrossenheit über die etablierten Parteien wählen – sie aber nicht in der Regierungsverantwortung sehen möchten. Premierminister Valls warnte nach der Wahl, dass die Gefahr, die von den Rechtsextremen ausgeht, damit nicht gebannt sei. Tatsächlich zeigt der Vergleich der Wahlergebnisse mit denen der Europawahl 2014, dass die Partei nun in allen Landesteilen verankert ist und in vielen Regionen Zuwächse von bis zu 10 Prozentpunkten und mehr erzielen konnte. Wahlforscher gehen davon aus, dass diese Entwicklung auch mit den Terroranschlägen von Januar und November 2015 zusammenhängen könnte.



Bei den Terroranschlägen im November 2015 kamen 130 Menschen ums Leben, und mehr als 350 wurden teils schwer verletzt. Zu den Anschlägen bekannte sich der sogenannte „Islamische Staat“. Präsident Hollande verhängte daraufhin den Ausnahmezustand. Womöglich liegt es an der seitdem höheren Polizeipräsenz und den verschärften Sicherheitskontrollen, dass die Sorge über den **Terrorismus** um 2 Prozentpunkte auf 4% zurückgeht. Weitere Anschläge wie der von Nizza im Juli 2016 könnten diese Entwicklung aber schnell wieder umkehren.

Auch in der Flüchtlingskrise hat sich der Ton inzwischen verschärft. Vor allem der Front National behauptet, dass die vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen die Torgefahr erhöhe. Aber auch Premierminister Valls forderte Ende November 2015, die Aufnahme von Asylbewerbern zu begrenzen und strengere Grenzkontrollen einzuführen. Es überrascht daher nicht, dass die Franzosen dem Thema **Zuwanderung und Integration** eine gestiegene Bedeutung beimessen: Aktuell sehen 17% darin eine dringende Aufgabe, 12 Prozentpunkte mehr als 2015. Damit steigt das Thema binnen eines Jahres um 13 Plätze auf aktuell Platz 2.

Was die **Kriminalität** anbelangt, zeigt sich 2016 ein erneuter Rückgang der Beunruhigung. Lediglich 10% der Befragten äußern sich besorgt über dieses Thema. Möglicherweise führen Maßnahmen der Regierung wie das neue Gesetz zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität dazu, dass die Franzosen sich sicherer fühlen. Dieses Gesetz räumt den Sicherheitsorganen umfangreichere Befugnisse ein. Kritiker befürchten nun eine Einschränkung der Freiheitsrechte.

Die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** ist 2016 weiterhin rückläufig, was den Trend der Vorjahre fortsetzt. Mit 14% liegt das Thema 5 Prozentpunkte unter dem Wert von 2015 und damit auf dem dritten Platz der Rangordnung. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass es 2015 in Frankreich keinerlei Teuerung gab, was die Kaufkraft der Verbraucher stärkt. Das BIP wuchs 2015 um 1,2%, was im Vergleich zum Wachstum von 0,2% aus dem Vorjahr einen merklichen Anstieg bedeutet. Auch die Prognosen für 2016 sind gut und lassen die Franzosen offensichtlich positiver in die Zukunft blicken. So sinkt die Besorgnis um die **wirtschaftliche Stabilität** denn auch von 9% im Vorjahr auf aktuell 5%.

## Frankreich /// Zentrale Ergebnisse (3)



Ein Bedeutungszuwachs zeigt sich bei einem neuen Thema in den Top-10: Die Sorge über **Landwirtschaft** und **Lebensmittel** liegt mit 8% nun auf Platz 6 der Liste. Die Landwirtschaft ist traditionell ein wichtiger Wirtschaftssektor in Frankreich. Doch zuletzt haben die derzeit niedrigen Weltmarktpreise für Milch, Rind- und Schweinefleisch, das Einfuhrverbot von Lebensmitteln aus der EU nach Russland sowie sinkende Exporte nach China die französischen Landwirte in Bedrängnis gebracht. Sie streiken seit Sommer 2015 immer wieder, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Laut Agrarminister Le Foll droht gegenwärtig ungefähr jedem zehnten landwirtschaftlichen Betrieb, der Fleisch erzeugt, der Konkurs.

# Deutschland /// Die Herausforderungen 2016

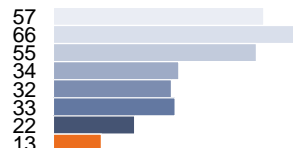
... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



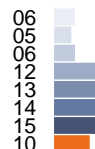
Zuwanderung/  
Integration



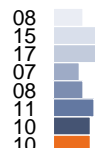
Arbeitslosigkeit



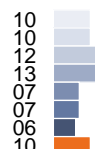
Armut



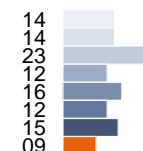
Kriminalität



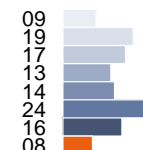
Politik/ Regierung



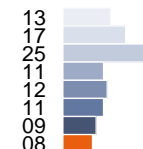
Bildungspolitik



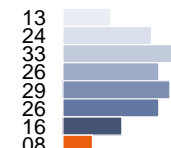
Renten/  
Altersversorgung



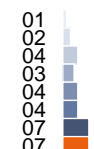
Soziale Sicherung



Preis-/ Kaufkraft-  
entwicklung



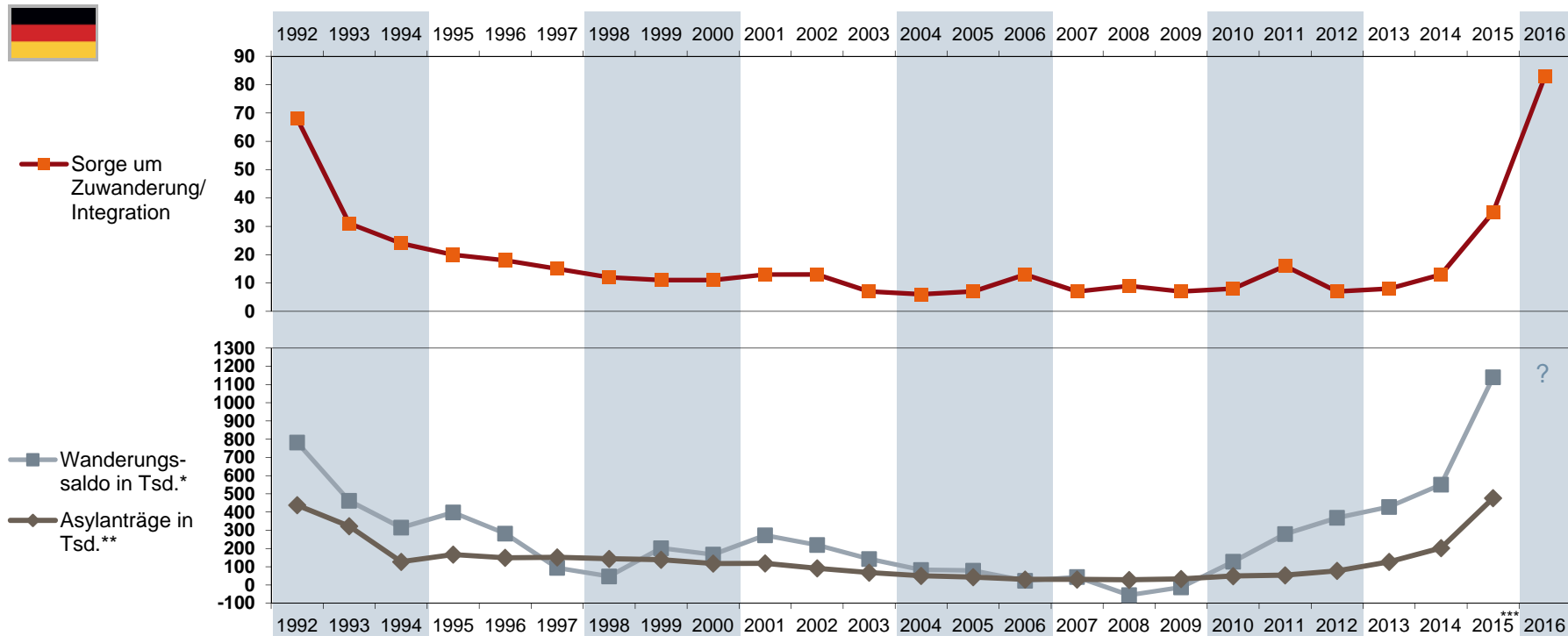
Weltpolitik/  
Europapolitik



Basis 2016: 2.104 Befragte

# Deutschland /// Zuwanderung/ Integration 1992-2016, 1992, 2015 und 2016 Platz 1: Gegenüberstellung von Besorgnis und Wanderungssaldo bzw. Asylanträge

... % der Befragten nannten Zuwanderung /Integration als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

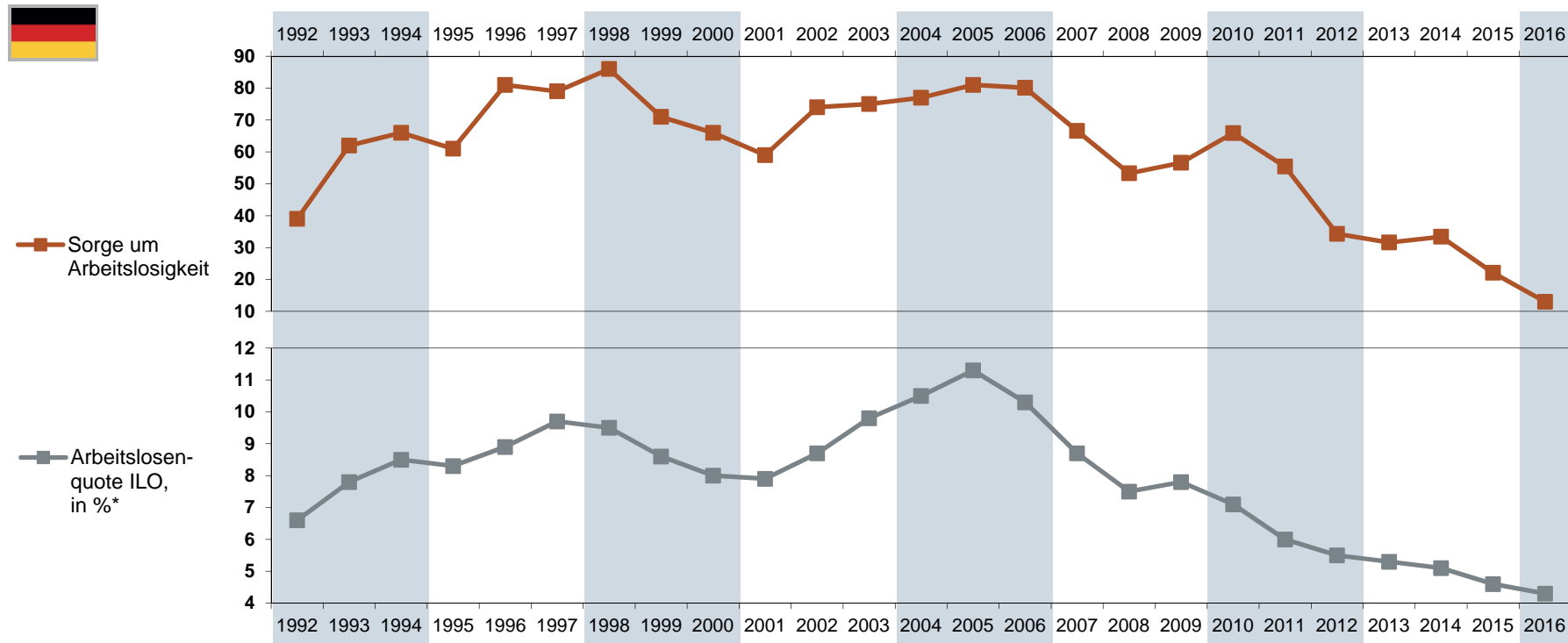


\*Quelle: Statistisches Bundesamt (Deutsche und Ausländer); \*\*Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge;

\*\*\*geschätzter Wanderungssaldo (nur Ausländer) für 2015 laut Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 21.03.2016

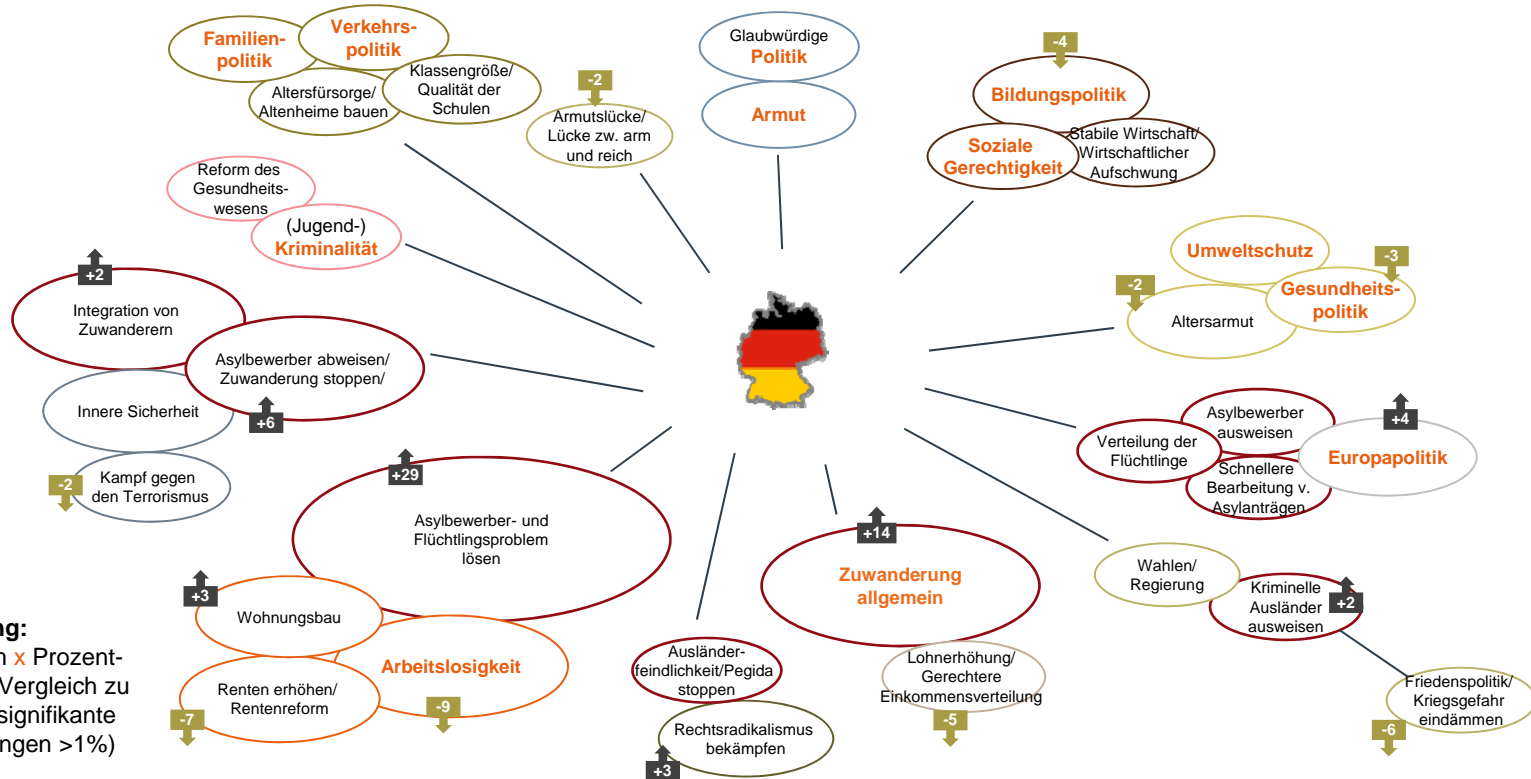
# Deutschland /// Arbeitslosigkeit 1992-2016, Platz 1 (außer 1992, 2015 und 2016): Gegenüberstellung von Besorgnis und Arbeitslosenquote

... % der Befragten nannten Arbeitslosigkeit als dringendste Aufgabe (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



\*Quelle: OECD, Wert für 2016: Stand Januar 2016





**Anmerkung:**  
Anstieg um x Prozentpunkte im Vergleich zu 2015 (nur signifikante Veränderungen >1%)

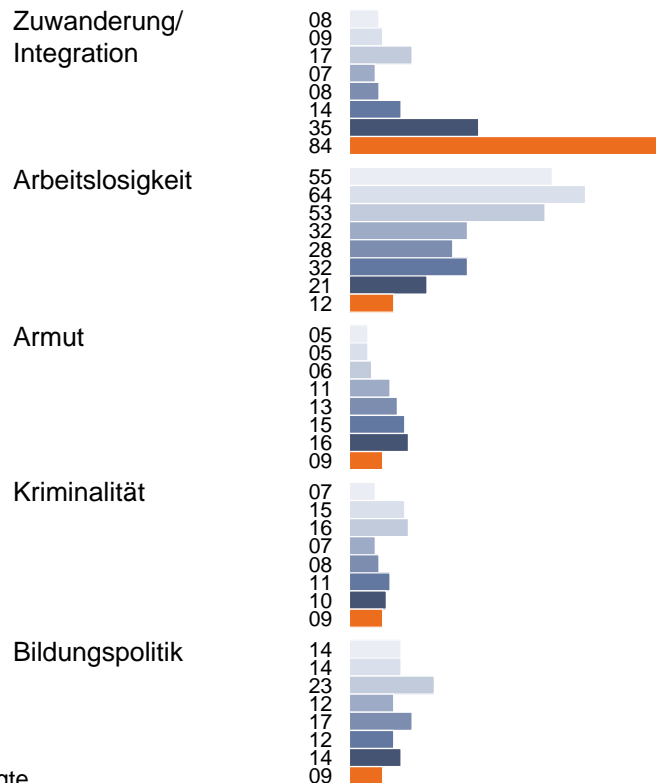
# Deutschland /// Die Herausforderungen 2016

## Top 5 - Alte und neue Bundesländer

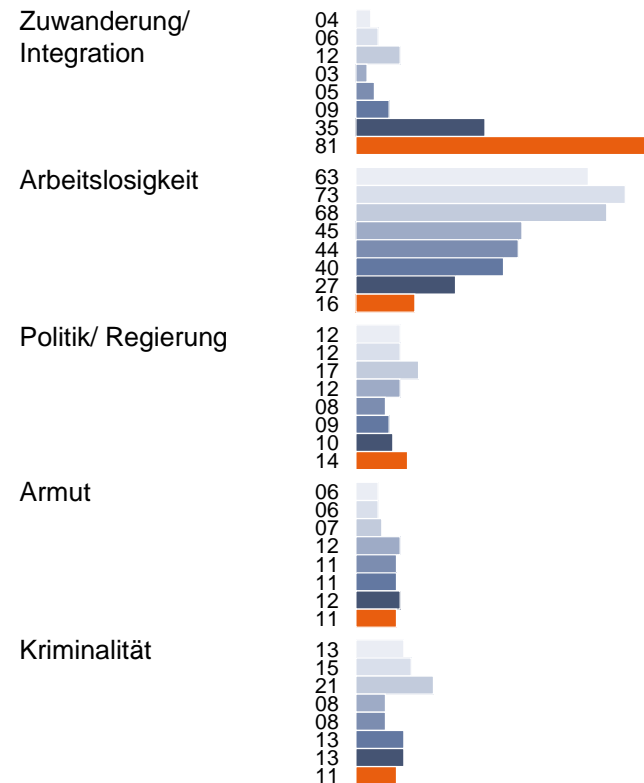
... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



### Alte Bundesländer



### Neue Bundesländer



Basis 2016: 2.104 Befragte

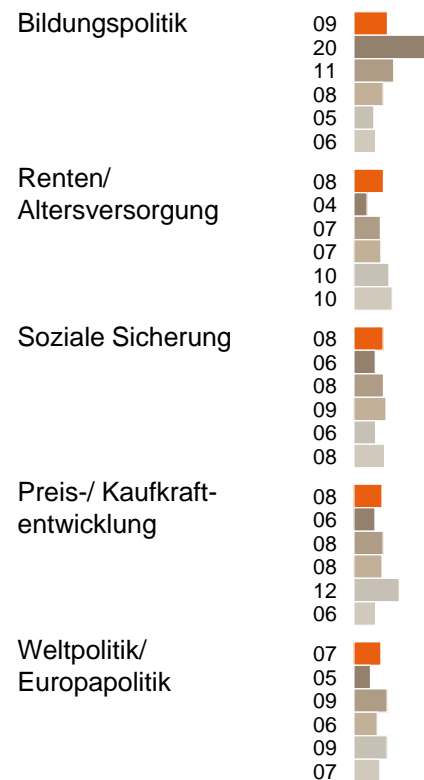
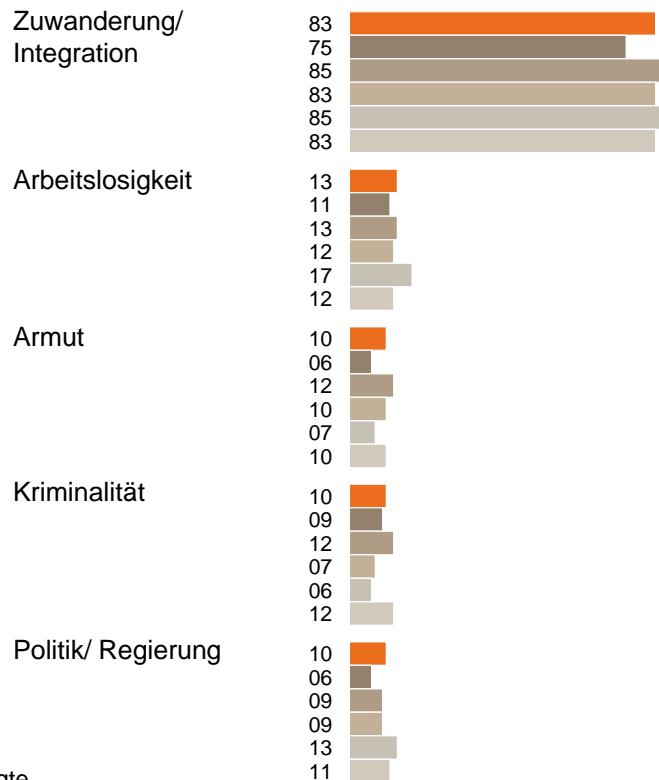
# Deutschland /// Die Herausforderungen 2016

## Top 10 – nach Lebenswelten

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



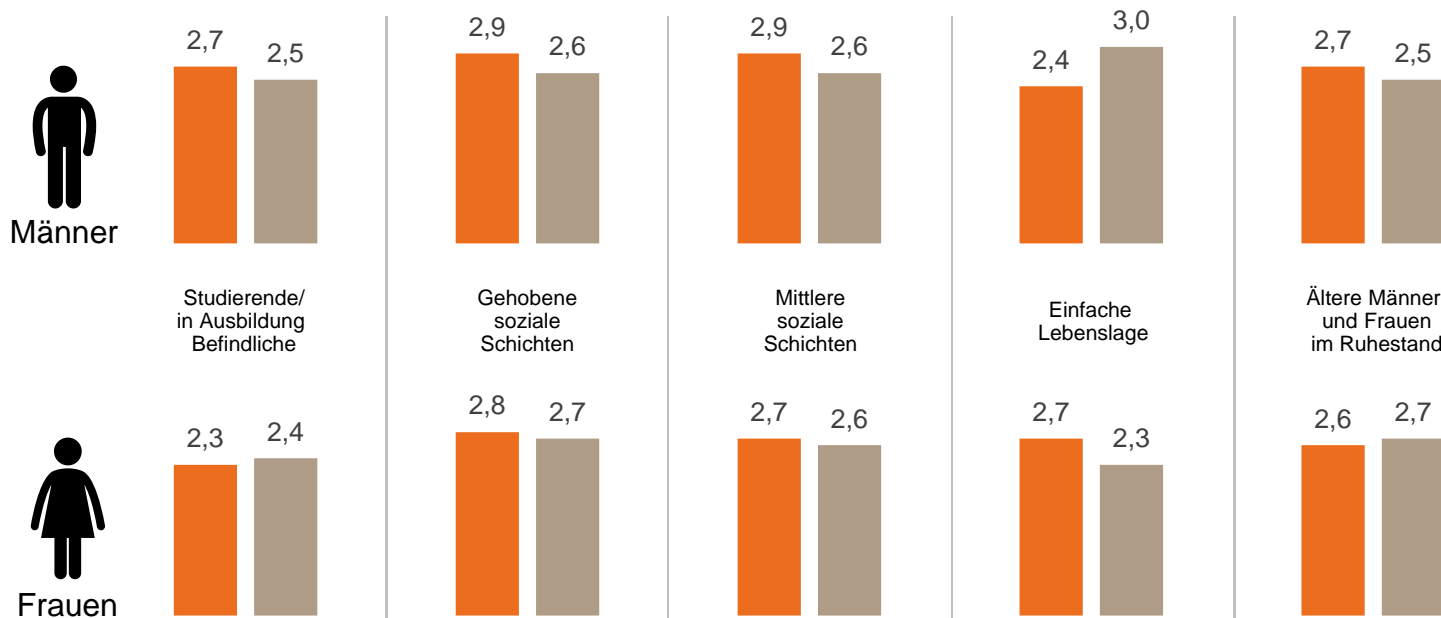
- Gesamt
- Studierende/  
in Ausbildung  
Befindliche
- Gehobene  
soziale  
Schichten
- Mittlere  
soziale  
Schichten
- Einfache  
Lebenslage
- Ältere Männer  
und Frauen  
im Ruhestand



Basis 2016: 2.104 Befragte

# Deutschland /// Anzahl der Nennungen - Nach Lebenswelten

Durchschnittliche Anzahl der genannten Probleme pro Person



■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 2.104 Befragte



2016 dominiert vor allem ein Thema die Sorgenliste der Deutschen: die Besorgnis über Zuwanderung und Integration. Diese hat sich innerhalb der vergangenen zwölf Monate mehr als verdoppelt und erreicht nun 83%. Einige der bis dato für wichtig gehaltenen Probleme werden dagegen seltener genannt. Dafür lassen sich zum Teil inhaltliche Erklärungen finden – vor allem aber scheint die Migrationsdebatte andere Themen schlicht in den Hintergrund zu drängen. Das führt dazu, dass über die Herausforderungen auf den Plätzen 3 bis 6 jeweils nur noch rund 10% der Bürger beunruhigt sind. Auf die durchschnittliche Zahl der Nennungen wirkt sich der Wandel aber kaum aus, dieser Wert geht nur minimal von 2,7 auf 2,6 Antworten pro Person zurück.

Mit 83% liegt das Thema **Zuwanderung** und **Integration** nun sogar 15 Prozentpunkte über dem bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 1992. Damals nahm in Folge des Balkankonflikts die Zuwanderung zu – und damit auch die Sorge über dieses Thema. 2015 kamen rund 1,1 Millionen Flüchtlinge in Deutschland an, vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Fast die Hälfte davon hat bis Ende 2015 Asylanträge gestellt. Zum Teil können die Anträge erst Monate nach der Ankunft eingereicht werden, weshalb noch zahlreiche zu erwarten sind. Aber auch so waren es mehr als doppelt

so viele wie 2014 – und auch etwas mehr als 1992. Seit damals hat sich die Einstellung der Deutschen jedoch verändert: Zwar fordert nur jeder siebte eine bessere Integration von Zuwanderern, doch war dieser Anteil noch nie so hoch wie 2016. Klar gegen (weitere) Zuwanderung spricht sich jeder vierte Befragte aus. Damit ist diese Gruppe stärker gewachsen als die der Integrationsbefürworter. Die Mehrzahl der Deutschen, genauer gesagt: zwei Drittel, erwartet 2016 jedoch eine – pragmatische – Lösung der aktuellen Flüchtlingssituation.

Die Lösung der Flüchtlingskrise und das Bekämpfen der Fluchtursachen könnten aus Sicht der Bürger eine verstärkte internationale Zusammenarbeit erfordern. Gleichbleibend zu 2015 nennen 7% der Deutschen die **Welt-** bzw. **Europapolitik** als wichtige Aufgabe, womit das Thema den zehnten Platz belegt. Auf europäischer Ebene bemüht sich die Bundesregierung um eine Reduktion der Zuwanderung, etwa durch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei. Diese Übereinkunft haben die EU und die Türkei erst gegen Ende dieser Befragung beschlossen. Allerdings hat Deutschland das Abkommen wegen der Menschenrechtssituation in der Türkei und der dort geltenden Anti-Terrorgesetze bereits zuvor kontrovers diskutiert.



Im Februar 2016 verabschiedete der Bundestag das umstrittene Asylpaket II, das unter anderem beschleunigte Asylverfahren, einen erschwerten Familiennachzug und die schnellere Ausweisung straffälliger Ausländer beinhaltet. Laut dem ARD-DeutschlandTREND haben sich die Zustimmungswerte für Bundeskanzlerin Merkel, die im Laufe der Flüchtlingskrise zurückgegangen waren, im März 2016 mit 54% vom Tiefstand im Februar wieder leicht erholt. Allerdings ist sich die große Koalition aus CDU/CSU und SPD uneins in der Flüchtlingspolitik. Diese Stimmung greift die rechtspopulistische AfD auf, die sich klar gegen Zuwanderung und inzwischen auch generell gegen Muslime positioniert. Bei den Landtagswahlen Mitte März 2016 konnte die AfD mit zweistelligen Prozentwerten in drei Landesparlamente einziehen. Sie konnte vor allem Nicht-Wähler mobilisieren, wodurch die Wahlbeteiligung in allen Bundesländern deutlich gestiegen ist. Als einzige weitere Sorge in den Top 10 des Rankings verbucht auch das Thema **Politik/ Regierung** einen Anstieg, und zwar um 4 Prozentpunkte. Mit 10% bleibt das Niveau der Sorgen bei diesem Thema jedoch weit hinter dem Spitzenreiter zurück.

Wie sich die Wahlergebnisse der AfD entwickeln werden, bleibt abzuwarten. Allerdings ist laut Umfragen der Großteil der Deutschen der Meinung, dass sich die Partei zu wenig von rechtsradikalen Positionen distanziert. Eine verstärkte Bekämpfung des **Rechtsradikalismus** fordern in diesem Jahr 5% der Deutschen. Nach einem Anstieg um 3 Prozentpunkte liegt das Thema auf Rang 14. Vor allem in sozialen Netzwerken im Internet ist eine zunehmende verbale Aggressivität zu beobachten. In den vergangenen Monaten wurde in den Medien über den Fall des Pegida-Gründers Bachmann berichtet, der aufgrund seiner Äußerungen auf Facebook im Herbst 2015 wegen Volksverhetzung angeklagt und inzwischen verurteilt wurde. Nicht nur verbal, sondern auch real hat die Aggression gegen Flüchtlinge 2015 stark zugenommen. Das Bundeskriminalamt zählte 2015 mehr als 1.000 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte – das sind fünf Mal mehr als im Vorjahr. Rund 900 davon haben einen nachweisbar rechtsradikalen Hintergrund.



Doch die Gewalt richtet sich auch gegen Vertreter von Staat, Kommunen oder Kirchen. So stach ein Täter mit rechtsradikalem Hintergrund im Oktober 2015 vor der Bürgermeisterwahl die heutige Kölner Oberbürgermeisterin Reker nieder. Der Grund: Er missbilligte die Flüchtlingspolitik, die sie als Sozialdezernentin verfolgt hatte. Eine breite gesellschaftliche Debatte haben die Übergriffe in der Silvesternacht 2015 in Köln ausgelöst. Hier wurden Frauen von anscheinend vorrangig nordafrikanischen Männern bestohlen und sexuell belästigt. Als eine Reaktion darauf verschärfte die Regierung im Asylpaket II das erst zum Jahresanfang in Kraft getretene neue Ausweisungsrecht. Auch wegen dieser Straftaten in bislang nicht gekanntem Umfang ließe sich eigentlich einen Anstieg der Besorgnis über die **Kriminalität** erwarten. Dazu kommt die steigende Zahl der Haus- und Wohnungseinbrüche, die gegenüber 2015 um 10% zugenommen hat. Doch die Sorge um die Kriminalität stagniert im Vergleich zum Vorjahr mit unverändert 10% – und findet sich damit auf dem vierten Platz. Zuletzt belegte das Thema im Jahr 2002 einen Platz unter den Top 5.

Und wie steht es um den langjährigen Spitzenreiter, die Sorge um die **Arbeitslosigkeit**? Im Jahr 2016 befindet sich das Thema auf Platz 2 des Rankings, zum dritten Mal nach 1992 und 2015. Die Besorgnis sinkt auf nur noch 13% – was den bisherigen Tiefstwert aus dem Vorjahr noch einmal um 9 Prozentpunkte unterbietet. Die Arbeitslosenquote in Deutschland lag 2015 laut OECD bei 4,6%. Seit 2009 mit damals 7,6% ist sie kontinuierlich gesunken und weist nun den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung auf. Die Einführung des Mindestlohns Anfang 2015 wirkte sich bisher nicht – wie ursprünglich befürchtet – negativ auf den Arbeitsmarkt aus. Mit fast 600.000 offenen Stellen scheinen auch die weiteren Aussichten für diesen Bereich positiv zu sein. Experten rechnen für 2016 mit einem Höchststand bei den Erwerbstätigen. Doch die Zahl der Arbeitslosen könnte steigen, wenn ab Sommer 2016 zunehmend mehr anerkannte Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt drängen und sich somit das Angebot an Arbeitskräften vergrößert.



Als dritt wichtigste Herausforderung sehen die Befragten in diesem Jahr die **Armut**. Mit 10% nimmt die Sorge darüber zwar um 5 Prozentpunkte ab, sie schiebt sich aber trotzdem um drei Ränge nach vorne. Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der sich auf Zahlen aus dem Jahr 2014 bezieht, geht davon aus, dass 15,4% der deutschen Bevölkerung arm sind. Damit ist allerdings nicht existenzielle Armut gemeint, sondern relative – der Wert bezieht sich auf Bürger mit finanziellen Einschränkungen und weniger gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten im Vergleich zur Bevölkerungsmehrheit. Besonders betroffen sind davon Alleinerziehende und deren Kinder sowie Langzeitarbeitslose und Rentnerinnen.

Ebenso in den Hintergrund gerückt ist in den Köpfen der deutschen Bürger das Thema **Renten** und **Altersversorgung**. Die Sorge darüber geht von 16% auf 8% zurück und liegt nun auf Platz 7. Zwar betonen Untersuchungen immer wieder, dass insbesondere jüngere Menschen zu wenig vorsorgen, um im Alter abgesichert zu sein. Bereits jetzt gibt es Altersarmut – und sie wird zunehmen. Doch schon während der Befragung haben Experten

eine Rentenerhöhung von 4 bis 5% prognostiziert. Inzwischen wurde eine nominale Erhöhung um 5,95% im Osten und 4,25% im Westen beschlossen. Eine gute Arbeitsmarktlage und die positive konjunkturelle Entwicklung haben diese stärkste Erhöhung seit 23 Jahren möglich gemacht.

Deutlich weniger Handlungsbedarf als im Vorjahr sehen die Deutschen auch bei wirtschaftlichen Themen wie etwa der **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Die Besorgnis darum geht im Vergleich zu 2015 wie die beim Thema Renten von 16% auf 8% zurück. Dies liegt an der geringen Teuerungsrate, die laut OECD 2015 nur bei 0,2% lag – und damit nochmal geringer ausfiel als 2014 mit 0,9%. Der Grund dafür war vor allem der niedrige Energiepreis.





- Die Größe der Ellipsen gibt an, wie häufig ein Problem genannt wird.
- Der Abstand vom Mittelpunkt gibt an, wann ein Thema genannt wurde. Wenn also eine Ellipse nahe an der Mitte liegt, wird dieses Thema häufig zuerst genannt.
- Die Themen, die an einer Linie vom Mittelpunkt aus liegen und sich überlappen, werden häufig zusammen genannt, sie bilden also ein gemeinsames Sorgenfeld.
- Ein Pfeil nach oben oder unten gibt an, ob die Relevanz eines Themas gegenüber 2015 signifikant gestiegen oder gesunken ist.

Für die deutschen Ergebnisse analysiert diese Studie wieder das semantische Netz anhand einer Clusteranalyse. Aus der Grafik lassen sich die **vier links beschriebenen Informationen** ablesen.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt die Clusteranalyse 2016 weniger unterschiedliche Sorgenfelder. Tatsächlich haben die Befragten auch weniger Einzelthemen genannt, die über der Marke von 1,5% liegen und damit in das Chart aufgenommen werden. Dies korrespondiert mit dem Problemdruck, der von 2,7 auf 2,6 Antworten pro Person minimal gesunken ist. Der Rückgang liegt daran, dass das Thema Zuwanderung und Integration in diesem Jahr die Agenda dominiert. Doch die Flüchtlingssituation zeichnet sich in mehreren Sorgenfeldern ab, die im Uhrzeigersinn nachfolgend beschrieben werden.

Im größten Cluster links unten steht die Lösung des **Flüchtlingsproblems** im Vordergrund, das gegenüber 2015 erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Zusammen mit diesem Thema werden häufig die Sorgen über den **Wohnungsmarkt**, die **Renten** und die **Arbeitslosigkeit** genannt, von denen sich die letzteren aber rückläufig entwickeln.

Darüber befindet sich ein Sorgenfeld, in dem sich die Kom-

plexität des Themas Zuwanderung zeigt: Oft fordern Befragte hier zugleich, die **Zuwanderung zu stoppen** und **Zuwanderer zu integrieren**. Häufig wird im Zusammenhang mit diesen Punkten der Wunsch nach mehr **innerer Sicherheit** und einem verstärkten Kampf gegen den **Terrorismus** geäußert.

Die **Europapolitik**, die in den Augen der Bürger 2016 wichtiger geworden ist, findet sich in einem Sorgenfeld auf der rechten Seite. In diesem Cluster wird – passend zum Kontext – auch die **Verteilung der Flüchtlinge** genannt sowie die **Ausweisung von Asylbewerbern** und die **schnellere Bearbeitung von Asylanträgen**. In dem kleinen Cluster daneben sind die **Ausweisung krimineller Ausländer** und das Thema **Wahlen und Regierung** zusammengefasst. Beides Themen, die zum Zeitpunkt der Befragung stark in den Medien präsent waren.

Unten mittig findet sich allgemein das Thema **Zuwanderung**, dessen Bedeutung wächst. In diesem Zusammenhang thematisieren Befragte auch eine gerechtere **Einkommensverteilung** – allerdings mit einem Rückgang. Zuletzt folgt noch ein kleiner Bereich, der die **Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit** und des **Rechtsradikalismus** beinhaltet.



Zwischen den neuen und alten Bundesländern herrscht 2016 weitgehend Einigkeit über die wichtigsten zu lösenden Aufgaben im Land. Doch ab Platz 3 zeigen sich Unterschiede.

In beiden Landesteilen steht – wie schon 2015 – das Thema **Zuwanderung** und **Integration** an der Spitze des Rankings. Mit 84% im Westen und 81% im Osten ist der Anteil der Besorgten in etwa gleich groß – und auch gleichermaßen sprunghaft gestiegen. Auch wenn Pegida im Osten stärkeren Zulauf hat und die AfD dort mehr punkten kann, zeigen sich in der Challenges-Studie nur marginale Unterschiede zwischen Ost und West bei den Einstellungen pro und kontra Zuwanderung. Auf Länderebene ändert sich das Bild: Hier weist Sachsen den mit Abstand höchsten Anteil an Zuwanderungsgegnern auf. Aber auch Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Bayern liegen über dem Durchschnitt.

Einig sind sich die Landesteile auch bei der zweitgrößten Herausforderung: Die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** geht jeweils zurück – in Ostdeutschland ist sie mit 16% allerdings immer noch größer als in Westdeutschland, wo sie bei 12% liegt. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote, die in den neuen Bundesländern immer noch höher ist als in den alten.

Ab dem dritten Rang beginnen die Unterschiede: Im Westen ist hier die **Armut** positioniert, mit einem Rückgang der Besorgnis auf 9%, während die Sorge darum in den neuen Bundesländern bei 11% stagniert und auf Platz 4 liegt. Auf Rang 3 findet sich in Ostdeutschland stattdessen mit 14% die Sorge um **Politik** und **Regierung**, die im Westen mit 8% nur Rang 6 belegt.

Anders als im Vorjahr rangiert die Sorge um die **Kriminalität** 2016 in beiden Landesteilen in den Top 5. In den alten Bundesländern belegt sie mit 9% den vierten Platz, während sie im Osten mit 11% auf Rang 5 liegt.

Beim Thema **Bildungspolitik** erweisen sich die Bürger in beiden Regionen in etwa gleichermaßen beunruhigt. Im Westen liegt die Sorge mit 9% auf Platz 5 des Rankings, in den neuen Bundesländern dagegen mit 10% auf Platz 7.

Eine weitere Parallele zwischen den alten und neuen Bundesländern besteht darin, dass in den diesjährigen Top 10 nur die Themen **Zuwanderung** und **Integration** sowie **Politik** und **Regierung** als dringlicher beurteilt werden als noch im Vorjahr. Mit 2,8 genannten Sorgen pro Bürger bleibt der Osten aber weiterhin beunruhigter als der Westen (2,6 Antworten).



Zwischen den unterschiedlichen Lebenswelten in Deutschland finden sich im Hinblick auf die wichtigsten Herausforderungen einige Unterschiede – aber auch quer durch alle Schichten zahlreiche Gemeinsamkeiten. Die Ergebnisse spiegeln meist die jeweilige Lebenssituation der Bürger wider.

So steht in allen Lebenswelten das Thema **Zuwanderung** und **Integration** mit großem Abstand ganz oben auf der Agenda. Weniger beunruhigt sind mit 75% diejenigen, die sich gerade in Ausbildung befinden. Diese Gruppe macht sich zudem am häufigsten Gedanken über Integration und weist den niedrigsten Anteil an Zuwanderungsgegnern auf. Dieser wiederum ist bei älteren Personen im Ruhestand am höchsten.

Die **Arbeitslosigkeit** wird vor allem von Menschen in einfacher Lebenslage als Herausforderung gesehen. Relevant erscheint das Thema jedoch allen Lebenswelten, denn die Sorge belegt überall den zweiten Platz. Nur für Jugendliche und Studenten ist die **Bildungspolitik** von höherer Bedeutung, die bei ihnen mit 20% Platz 2 belegt. Am wenigsten Gedanken machen sich über dieses Thema Menschen in einfacher Lebenslage (5%) und Ältere (6%).

Beim Thema **Armut** sehen, etwas überraschend, eher die gehobenen Lebenswelten Grund zur Beunruhigung (12%). Am wenigsten brisant erscheint dieses Thema den Personen in Ausbildung mit 6% und in einfacher Lebenslage mit 7%. Letztere sorgen sich jedoch mehr als die Menschen anderer Lebenslagen über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** (12%) – vermutlich wegen ihres knapperen Budgets.

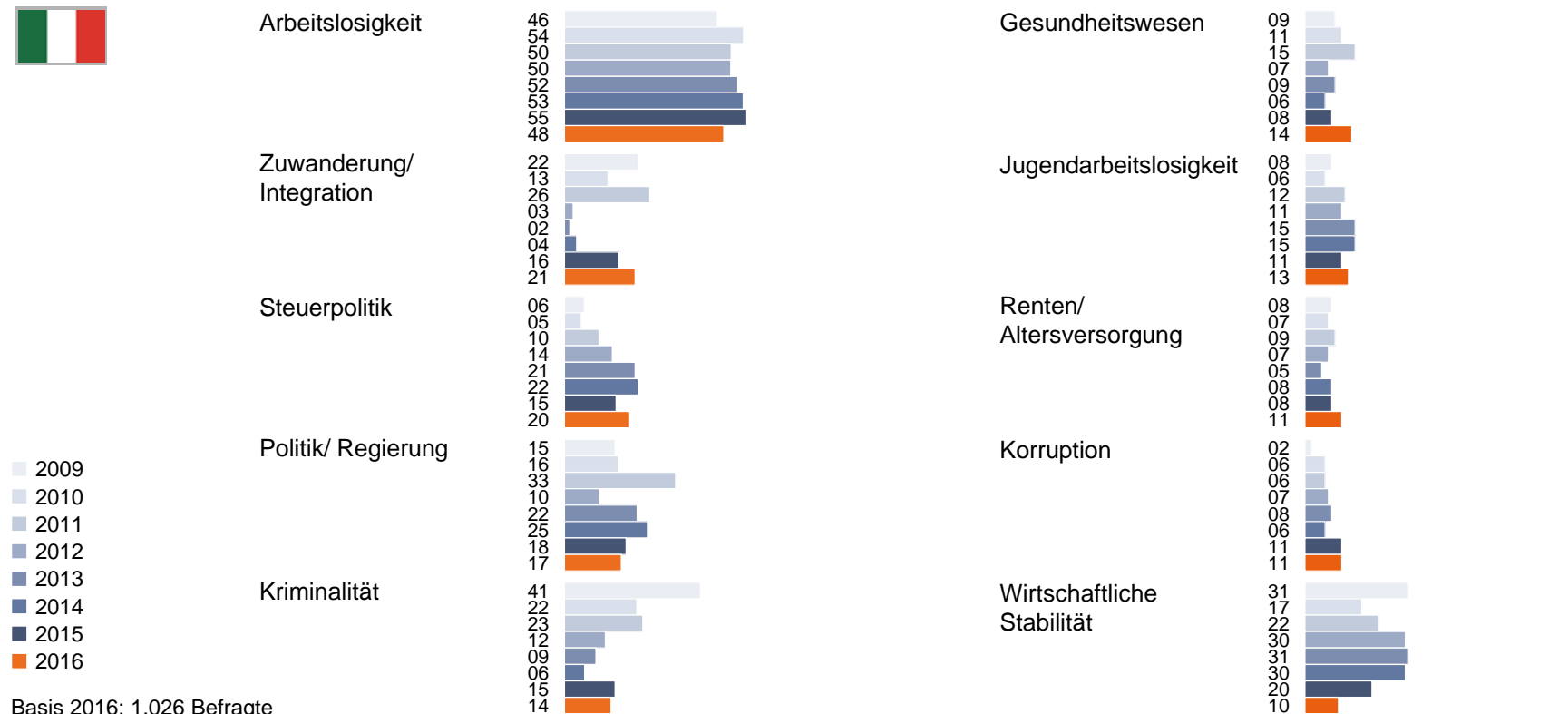
Ältere Menschen im Ruhestand sowie Personen aus den gehobenen sozialen Schichten fordern eine stärkere Bekämpfung der **Kriminalität**. In diesen Lebenswelten sind jeweils 12% besorgt, während nur 7% der Bürger in einfacher Lebenslage dieses Thema nennen.

Handlungsbedarf beim Themenkomplex **Politik und Regierung** sehen mit 13% vor allem Menschen in einfacher Lebenslage, aber mit 11% auch Ältere. Am wenigsten beunruhigt zeigen sich dabei Personen in der Ausbildung (6%).

Insgesamt weisen Frauen in einfacher Lebenslage mit 2,3 Antworten den geringsten, Männer in einfacher Lebenslage mit **drei Antworten** dagegen den höchsten Grad an Besorgnis auf.

# Italien /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Italien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2016: 1.026 Befragte

## Italien /// Zentrale Ergebnisse (1)



Wie in den vergangenen Jahren steht das Thema **Arbeitslosigkeit** unangefochten auf Platz 1 der italienischen Agenda. Die Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen geht aber 2016 erstmals seit fünf Jahren wieder zurück, und zwar um 7 Prozentpunkte. Mit 48% beschäftigt sie jedoch noch immer fast jeden zweiten Italiener. Die Arbeitslosenquote des Landes bleibt hoch, allerdings zeichnet sich eine Trendwende ab: Der stete Anstieg seit der Finanzkrise konnte gestoppt werden, laut OECD sank die Arbeitslosenquote 2015 von 12,7% auf 11,9%. Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen ist 2015 im Vergleich zum Vorjahr von 42,7% auf 40,3% leicht gesunken. Die Besorgnis über die **Jugendarbeitslosigkeit** nimmt jedoch noch um 2 Prozentpunkte zu und liegt mit 13% auf Platz 7 des Rankings. Immerhin: Die Arbeitsmarktreform von 2014 zeigt offensichtlich erste Erfolge. Deren Kernpunkt war eine Lockerung des Kündigungsschutzes, damit Unternehmen wieder mehr Personal einstellen. Ob die Reformen mittelfristig zu einer weiteren Entspannung führen werden, bleibt abzuwarten.

Zunehmenden Handlungsbedarf sehen die Italiener beim

Thema **Zuwanderung** und **Integration**. Mit aktuell 21% legt die Besorgnis darüber im Vergleich zu 2015 nochmals um 5 Prozentpunkte zu und schiebt sich auf den zweiten Platz. Die Zahl der neuankommenden Flüchtlinge ging 2015 nach Angaben des italienischen Innenministeriums zwar von 170.000 auf 150.000 zurück. Dafür aber beantragten mehr Menschen Asyl in dem Land: Während es 2014 noch 64.000 Asylbewerber gab, waren es 2015 83.000. Die Flüchtlingskrise stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar. Die Regierung in Rom fühlt sich von der EU allein gelassen und fordert seit längerem mehr Unterstützung. Verschärft wird die Situation dadurch, dass seit Herbst 2015 immer mehr Länder entlang der Balkanroute ihre Grenzen geschlossen haben. Beobachter fürchten, dass wieder mehr Flüchtlinge die Seeroute über die Adria wählen und somit an der italienischen Küste landen werden, wo sie dann auch Asyl beantragen. Die Beunruhigung der Bevölkerung darüber hat seit 2014 stark zugenommen. Dennoch erreicht der diesjährige Wert noch nicht den Höchststand von 26% aus dem Jahr 2011. Damals waren infolge des Arabischen Frühlings die Flüchtlingszahlen drastisch gestiegen.

## Italien /// Zentrale Ergebnisse (2)



Auch die Besorgnis um die **Steuerpolitik** steigt im Vergleich zum Vorjahr an – nach einem Plus von 5 Prozentpunkten liegt sie nun auf Platz 3. Steuererleichterungen und Gutschriften regen zwar die großen Unternehmen des Landes mittlerweile erfolgreich zu Investitionen an. Die Maßnahmen halten die Bevölkerung jedoch nicht davon ab, hier weiteren Handlungsbedarf zu sehen. Kein Wunder, denn die Regierung kann angekündigte Steuersenkungen nicht umfassend umsetzen, so lange die Haushaltslücke nicht geschlossen ist. Damit wird das Steuersystem wohl kompliziert bleiben – und die Steuerbelastung für die Bevölkerung hoch.

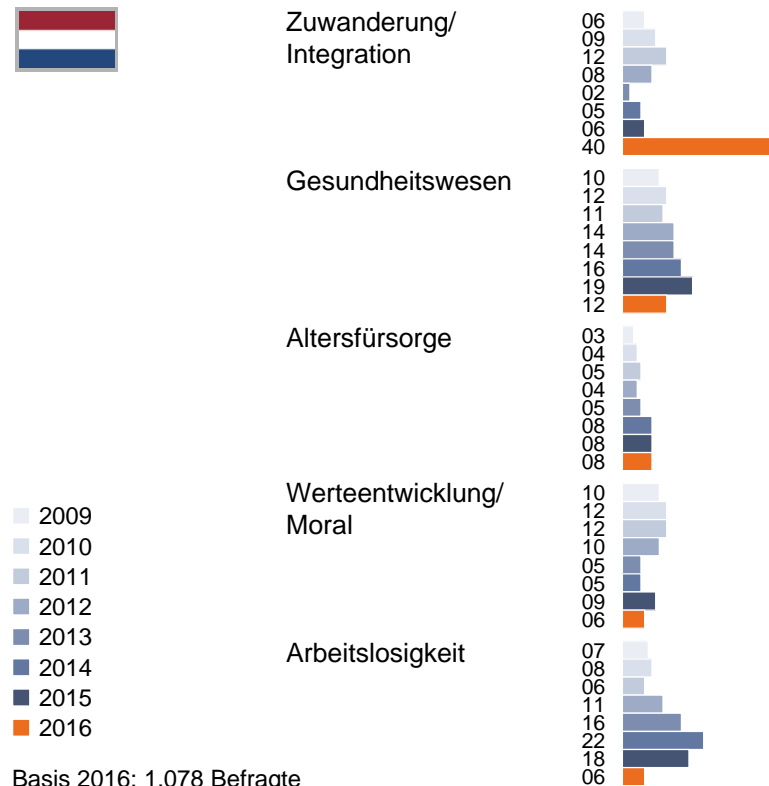
Nach einem Rückgang im Vorjahr bleibt die Kritik an **Politik** und **Regierung** 2016 nahezu konstant bei 17%. Doch die innenpolitische Lage hat sich seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Renzi Anfang 2014 entspannt – und die Konjunktur hellt sich auf. So ist laut OECD das BIP nach drei Jahren Rezession 2015 um 0,8% gewachsen. Eine Folge: Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** halbiert sich auf 10%. Unverändert wichtig ist den Italienern das Thema **Kriminalität**, das mit aktuell 14% den fünften Platz belegt. 2015 haben vermutlich zwei Ereignisse die Besorgnis geschürt: Ende 2014 wurde ein Mafia-Netzwerk in Rom aufgedeckt, und Anfang 2015 verhafteten die Behörden in der Region

Emilia-Romagna mehr als hundert Personen, weil sie mit der 'Ndrangheta kooperiert haben sollen. Präsent dürfte das Thema auch durch zwei Prozesse bleiben, die im Oktober 2015 und im März 2016 begonnen haben und als die größten Verfahren gegen das organisierte Verbrechen seit Jahrzehnten gelten. Vor Gericht müssen sich dabei Unternehmer, Politiker, Journalisten und Polizisten verantworten. Sicher auch deswegen prangern 11% der Italiener die **Korruption** an. Im Juni 2016 konnten nach einer Stichwahl die beiden Kandidaten des „Movimento 5 Stelle“ – verbunden mit hohen Erwartungen – in Rom und Turin das Bürgermeisteramt gewinnen.

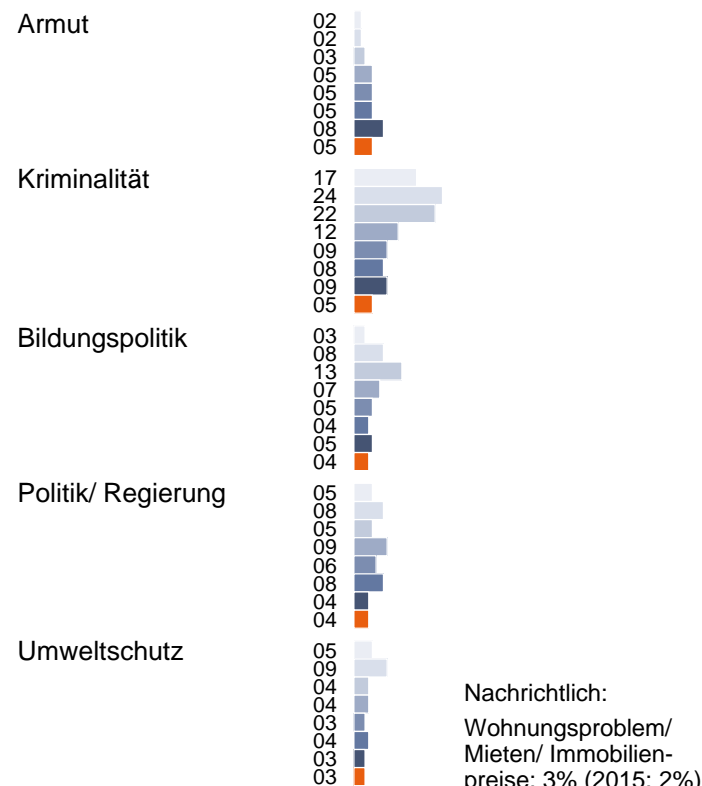
Merklich zugenommen hat die Kritik am **Gesundheitswesen**. So ist gegenüber 2015 ein Anstieg um 6 Prozentpunkte auf 14% zu verzeichnen. Im *Euro Health Consumer Index 2015* schneidet Italien in den meisten Bereichen mittelmäßig ab. Das liegt vor allem an den regionalen Unterschieden zwischen Nord- und Süditalien. Etliche Patienten aus dem Süden suchen mittlerweile Krankenhäuser und Praxen im Norden auf, weil dort die Versorgung besser ist. Die Diskrepanz spiegelt sich auch in den Sorgenwerten wider: Im Süden Italiens äußern sich 21% beunruhigt über die Versorgung, während es im Nordosten nur 8% sind.

# Niederlande /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den Niederlanden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2016: 1.078 Befragte



Nachrichtlich:  
Wohnungsproblem/  
Mieten/ Immobilien-  
preise: 3% (2015: 2%)

## Niederlande /// Zentrale Ergebnisse (1)



Auch in den Niederlanden hat die europäische Flüchtlingskrise das Thema **Zuwanderung und Integration** auf den ersten Platz des Sorgenrankings befördert: Mit einer Zunahme um 34 Prozentpunkte katapultiert sich das Thema mit Abstand an die Spitze der Herausforderungen. Insgesamt sehen jetzt 40% der Befragten Zuwanderung und Integration als die drängendsten Aufgaben an. Verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern ist dieser Wert noch verhältnismäßig niedrig. Der innereuropäische Vergleich zeigt denn auch, dass die Niederlande weniger von der Flüchtlingskrise betroffen sind als andere Länder. Zwar haben laut Eurostat 2015 annähernd 45.000 Menschen in den Niederlanden Asyl beantragt – ein Plus von über 80% gegenüber 2014. In Relation zur Einwohnerzahl war der Zuwachs in Belgien, Deutschland oder Österreich allerdings noch stärker. So kamen 2015 in den Niederlanden 2,7 Asylanträge auf 1.000 Einwohner, während es in Belgien 3,9, in Deutschland 5,9 und in Österreich 10,3 waren.

Im April 2015 führte der Streit der niederländischen Regierungsparteien VVD und PvdA über die Versorgung der bereits ausgewiesenen Asylsuchenden zu einer Regierungskrise: Während die rechtsliberale VVD die Minimalversorgung von abge-

wiesenen Asylantragstellern mit Schlafplätzen oder Nahrungsmitteln einstellen wollte, trat die sozialdemokratische PvdA dafür ein, diese „Bett, Bad und Brot“ oder „BBB“ genannte Regelung beizubehalten. Der Ende 2015 erzielte Kompromiss sichert den Fortbestand der BBB-Regelung zwar – allerdings nur noch für jene Asylbewerber, die sich bei der Ausweisung kooperativ zeigen. Zudem ist die Maßnahme auf maximal zwölf Wochen und auf sechs Städte begrenzt. Die erfolgreiche Einigung dürfte mit dafür verantwortlich sein, dass die Kritik an **Politik und Regierung** mit 4% weiterhin moderat ausfällt und den neunten Platz belegt.

Doch nicht nur die Politiker, auch die Bevölkerung ist beim Flüchtlingsthema gespalten. Nach der Neuregelung der „BBB“ weigern sich viele Gemeinden und Bürger, die Notunterkünfte für illegale Flüchtlinge zu schließen und setzen sich für humanitäre Hilfe ein. Demgegenüber stehen Proteste gegen die Ankunft weiterer Asylbewerber oder die Planung neuer Asylzentren. Im Oktober 2015 wurde in Woerden (Provinz Utrecht) erstmals ein Anschlag auf ein niederländisches Asylbewerberheim verübt. Die Sorge über die **Kriminalität** bleibt davon aber unbeeinflusst, sie ist von 9% auf 5% zurückgegangen.





Der Problemdruck insgesamt in den Niederlanden sinkt leicht von 1,4 auf 1,2 Antworten pro Person. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte verlieren andere Themen, die in den Vorjahren wichtig waren, etwas an Bedeutung. Das gilt beispielsweise für die **Werteentwicklung** und **Moral**, über die 2015 noch 9% besorgt waren – aktuell sind es nur noch 6%. Damit ist dieses Thema auf Platz 4 der Sorgenliste positioniert.

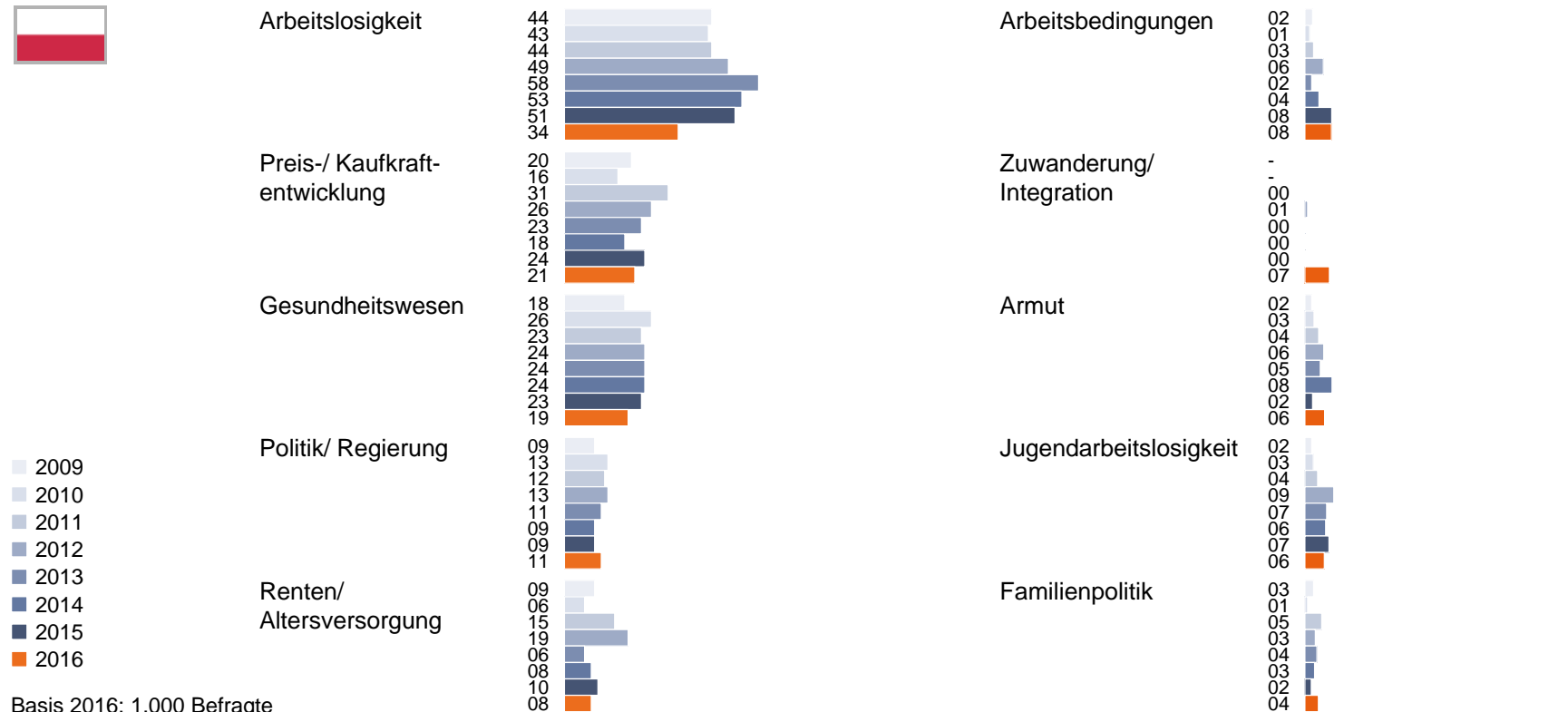
Auch die Besorgnis um das **Gesundheitswesen** tritt wohl hinter die Sorge um die Zuwanderung zurück. Nachdem in den vergangenen Jahren die Sorge über die gesundheitliche Versorgung stetig angestiegen ist und 2015 mit 19% den höchsten Wert erreicht hat, geht die Sorge 2016 auf 12% zurück. Im Januar 2016 belegte das niederländische Gesundheitssystem im Vergleich von 35 europäischen Ländern beim Euro Health Consumer Index (EHCI) zum wiederholten Mal den ersten Platz. Der 2015 angestoßene Reformprozess des Systems sorgt jedoch nach wie vor für Schlagzeilen. So zahlte die Sociale Verzekeringsbank (SVB), die seit Anfang 2015 für die Verwaltung personengebundener Budgets zuständig ist, wegen administrativer Probleme Gelder nur verzögert aus. Pflegepersonal und Betreuungseinrichtungen wurden nicht

oder nur unregelmäßig bezahlt. Auch auf die Sorge um die **Altersfürsorge** könnte sich dies auswirken. So machen sich, wie auch in den vergangenen beiden Jahren, 8% der Bürger Gedanken über die Betreuung im Alter, was aktuell den dritten Platz bedeutet.

Beim Thema **Arbeitslosigkeit** setzt sich der rückläufige Trend aus dem Vorjahr fort: Das 2014 noch zweitwichtigste Thema fällt mit einem Minus von 12 Prozentpunkten aktuell auf Platz 5 zurück: Nur noch 6% der Niederländer sehen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als ein drängendes Problem an. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geht mit dieser Entwicklung einher. So ist die Arbeitslosenquote nach Angaben der OECD stetig von 7,4% (2014) auf 6,9% (2015) gesunken. Auch die weiterhin positive Wirtschaftsentwicklung kann zur rückläufigen Sorge um den Arbeitsmarkt beigetragen haben. Nachdem das BIP 2012 und 2013 noch schrumpfte, weist die OECD nun im zweiten Jahr in Folge ein Wachstum aus. Im Jahr 2015 betrug das Plus 2,0%. Nach einer Herabstufung 2013 bescheinigt die Rating-Agentur Standard & Poor's den Niederlanden nun denn auch wieder eine Spitzenbonität und hob die Kreditwürdigkeit zurück auf die Bestnote AAA an.

# Polen /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Polen zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2016: 1.000 Befragte

## Polen /// Zentrale Ergebnisse (1)



An der Spitze der Liste von Sorgengründen steht in Polen auch 2016 die **Arbeitslosigkeit**. Allerdings hat sich die Lage entspannt: Nach zuletzt 51% machen sich aktuell nur noch 34% der Bürger Gedanken über die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Das entspricht dem zweitniedrigsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2001. Der Positivtrend korrespondiert mit den offiziellen Arbeitslosenzahlen: Laut OECD ist die Arbeitslosenquote in Polen von noch knapp über 10% in den Jahren 2012 und 2013 auf 7,5% im Jahr 2015 zurückgegangen. Dieser Wert entspricht der zweitniedrigsten Quote seit dem EU-Beitritt des Landes (2008: 7,1%). Bei den unter 25-Jährigen ist die Arbeitslosequote mit 20,8% im Jahr 2015 zwar höher, sie geht aber ebenfalls zurück. Mit 6% liegt die Besorgnis über die **Jugendarbeitslosigkeit** weiterhin auf dem Niveau der vergangenen Jahre.

Zum Themenfeld Arbeit gehört auch, dass sich 8% der Polen wegen der **Arbeitsbedingungen** im Land sorgen. Konkret nennen dabei je 3% der Befragten schlechte Arbeitsverträge sowie eine Emigration aus beruflichen Gründen. Tatsächlich wandern immer mehr Polen ins Ausland aus, laut Statistikamt leben bereits 2,2 Millionen von ihnen im Ausland. Experten gehen davon aus, dass die Zahl weiter steigt – trotz der aktuell guten wirtschaftlichen Lage.

Laut OECD wuchs das polnische BIP in den Jahren 2014 und 2015 jeweils um mehr als 3%. Für 2016 prognostiziert der IWF ein Wachstum von knapp 4%. So geht denn auch die Besorgnis über die **wirtschaftliche Entwicklung** zurück, sie ist seit vergangenem Jahr von 10% auf 3% gesunken. Damit belegt dieses Thema nun den zehnten Platz.

Auf dem zweiten Platz findet sich erneut die Sorge um die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**, allerdings geht sie von 24% auf aktuell 21% zurück. Die weiterhin große Beunruhigung über dieses Thema liegt vermutlich nicht an der Inflation: Während zu Beginn des Jahrzehnts laut OECD noch Inflationsraten von rund 4% gemessen wurden, betrug der Wert 2015 nur -0,9% – die Kaufkraft stieg also leicht. Der größere Teil der Besorgten fordert allerdings eine gerechtere Einkommensverteilung und höhere Löhne. Das Lohnniveau in Polen ist mit einem landesweiten Durchschnittslohn von umgerechnet rund 805 Euro (Stand: Mitte 2015) deutlich niedriger als etwa im Nachbarland Deutschland. Daran ändert auch der prognostizierte Anstieg der Gehälter um 3% im Jahresdurchschnitt 2015 wenig, selbst wenn damit angesichts der niedrigen Inflation die Löhne und Gehälter real steigen.

## Polen /// Zentrale Ergebnisse (2)



Auf dem dritten Platz liegt ebenso wie 2015 die Sorge um das **Gesundheitswesen**. Während sich in den Vorjahren noch jeweils 23% bis 24% der Polen Gedanken über die gesundheitliche Versorgung gemacht haben, geht die Besorgnis nun auf 19% zurück. Sie bleibt damit aber weiterhin groß. Das staatliche Gesundheitswesen ist unterfinanziert, bisher wendet das Land nur 4,4% seines BIP dafür auf. Doch die neue Regierung hat angekündigt, dies zu ändern – was womöglich zu der rückläufigen Besorgnis beigetragen hat. In den kommenden Jahren sollen die staatlichen Ausgaben für das Gesundheitssystem auf 6% des BIP erhöht werden. Von dem höheren Budget werden vor allem staatliche Einrichtungen profitieren, der jüngst stark gewachsene private Sektor ist davon weitgehend ausgenommen.

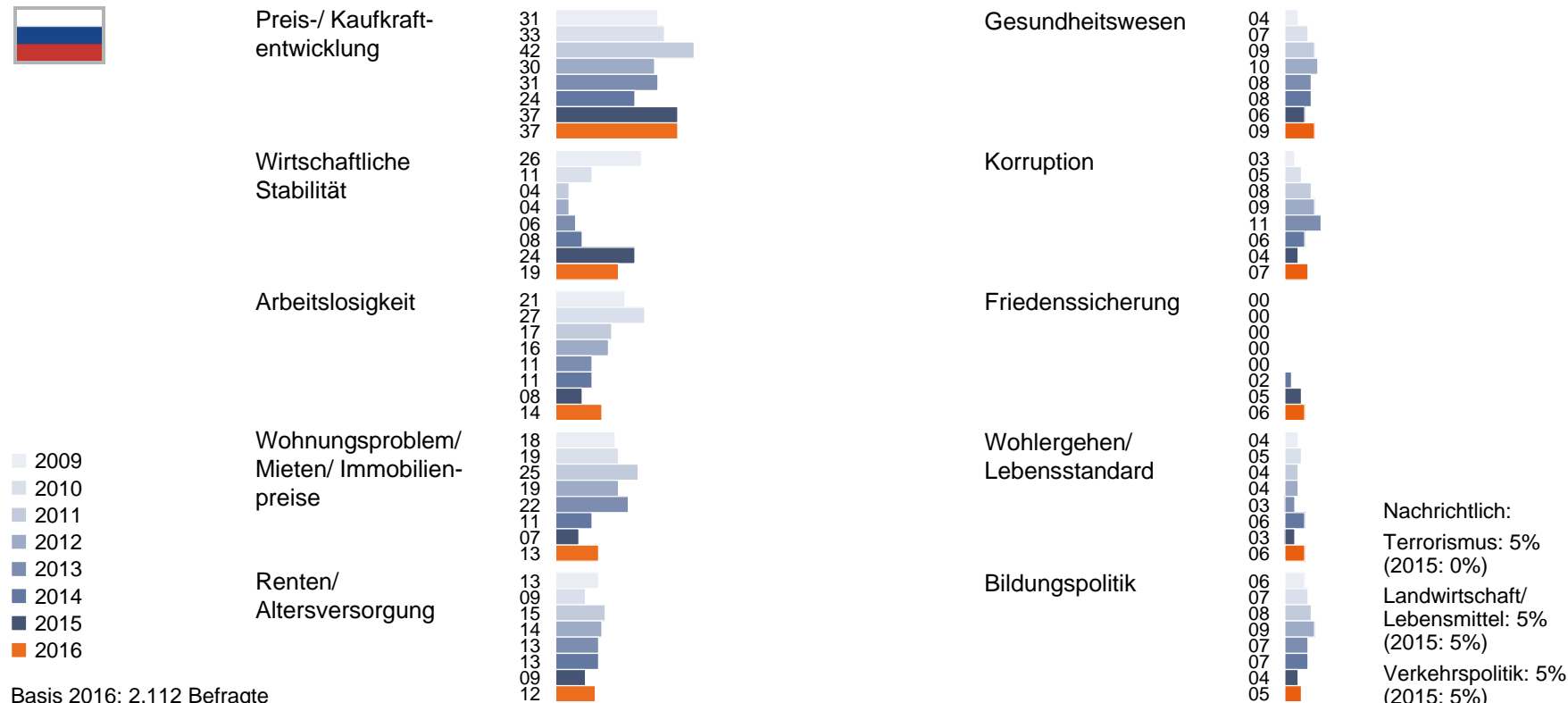
Das Jahr 2015 bedeutete für Polen einen politischen Umbruch: Im Mai wurde Präsident Duda ins Amt gewählt, der Kandidat der zu diesem Zeitpunkt oppositionellen nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Bei den folgenden Parlamentswahlen im Oktober hat dann die Koalition aus Bürgerplattform (PO) und Bauernpartei (PSL) nach zwei Legislaturperioden so deutlich an Zustimmung verloren, dass die PiS unter Regierungschefin Szydlo mit absoluter Mehrheit regieren kann – ein Novum in

der jüngeren Geschichte Polens. Das scheint die Bürger aber nicht zu beruhigen, denn mit 11% nimmt die Sorge um die **Politik** und die **Regierung** wieder leicht zu: Sie schiebt sich um zwei Plätze auf Rang 4 vor. Die ersten Entscheidungen der neuen Regierung haben sogar Massenproteste ausgelöst. Ihr wird vorgeworfen, durch in Eilverfahren verabschiedete Gesetze sowohl kritische Medien als auch das Verfassungsgericht unter ihre Kontrolle gebracht zu haben – und damit die Demokratie zu gefährden. Gepunktet hat die Regierung unter anderem mit dem Wahlversprechen, das erst 2012 erhöhte Renteneintrittsalter wieder zu senken und Vergünstigungen für Rentner einzuführen. Die Sorge um die **Altersversorgung** sinkt aktuell leicht von 10% auf 8% (Platz 5).

Ein anderes Wahlkampfthema der europaskeptischen PiS war die Flüchtlingspolitik. Im Mittelpunkt stand dabei die diskutierte Quote zur Verteilung von Flüchtlingen in der EU. Im Januar 2016 wurde von der neuen Regierung überraschend verkündet, dass Polen ein Kontingent von 7.000 Flüchtlingen, das die Vorgängerregierung zugesagt hatte, unter Auflagen nun doch aufnehme. Das Thema **Zuwanderung** spielte in den Vorjahren keine Rolle, ist 2016 aber mit 7% auf dem sechsten Platz vertreten.

# Russland /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Russland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2016: 2.112 Befragte

## Russland /// Zentrale Ergebnisse (1)



Die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** bleibt auch 2016 mit 37% der größte Anlass zur Sorge bei der Bevölkerung Russlands. Die starke Beunruhigung ist nachvollziehbar, denn laut OECD hat sich die Inflationsrate von 2014 auf 2015 nahezu verdoppelt und beträgt nun 15,5%. Eine ähnlich hohe Teuerungsrate hatte das Land zuletzt bei der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008. Versuche, die Inflation mit einer drastischen Erhöhung des Leitzinses einzudämmen, wirkten sich Ende 2014 jedoch negativ auf den privaten Konsum und die Investitionen der Unternehmen aus. Der Zinssatz wurde darum 2015 schrittweise wieder gesenkt.

Der stark von Öl- und Gasexporten abhängige Staatshaushalt leidet derzeit unter dem Ölpreisverfall. Anfang 2016 rutschte der Ölpreis auf ein historisches Tief, Russlands Staatseinnahmen sind dadurch dramatisch gesunken. Parallel dazu brach der Rubelkurs weiter ein: Von Mitte 2014 bis zum Befragungszeitraum im Februar 2016 hat die russische Währung mehr als die Hälfte ihres Werts verloren. Das Land befindet sich in einer tiefen Rezession. Die Weltbank weist für 2015 ein um 3,7% gesunkenes BIP aus und die OECD prognostiziert auch für 2016 eine weiter schrumpfende Wirtschaft. Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** liegt 2016 denn auch auf Platz 2 der Agenda. Mit 19% geht die Besorgnis

allerdings um 5 Prozentpunkte zurück, was in Anbetracht der großen Probleme auf den ersten Blick überrascht.

Doch vermutlich liegt dies daran, dass die Sorgen um die konkrete Lebenssituation jetzt stärker in den Fokus der Bevölkerung rücken – die Krise ist im Alltag vieler Russen angekommen. So leiden Konsumenten wie Unternehmen unter den Sanktionen, welche die EU wegen der Ukraine-Krise verhängt hat. Vielen Banken ist seitdem der Zugang zum westlichen Finanzmarkt und damit zu Kapital für neue Investitionen verwehrt. Viele ausländische Firmen und Investoren ziehen sich aus dem Land zurück. Steigende Arbeitslosigkeit und ein Anstieg der Teilzeit- und Kurzarbeit sind die Folgen. In diesem Kontext nimmt die Sorge über die **Arbeitslosigkeit** nach 5 Jahren erstmals wieder zu und steigt von 8% auf 14%. Die Besorgnis über die **Altersversorgung** steigt ebenfalls, und zwar von 9% auf 12% (Platz 5). Die öffentlichen Haushalte und viele der unter der Wirtschaftskrise leidenden privaten Unternehmen setzen Renten- sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen aus. Anpassungen liegen meist unterhalb der Geldentwertung, wodurch die Realeinkommen der Bevölkerung deutlich sinken – laut Weltbank um 10% im Jahr 2015.



Diese Entwicklung hat drastische Auswirkungen auf die Binnennachfrage. So erwartet die Weltbank für 2015 einen Rückgang des privaten Konsums um rund 5%. Das ist deutlich mehr als 2009, als das Minus in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2,5% betrug. Neben der Teuerungsrate insgesamt wird die Bevölkerung zusätzlich durch stark gestiegene Lebensmittelpreise belastet. Der Importstopp für europäische Lebensmittel, den das Land als Reaktion auf die EU-Sanktionen verhängt hat, führte zu einem spürbaren Anstieg der Lebensmittelpreise. Viele Russen können sich nur noch das Nötigste leisten, fast 20 Millionen Menschen – rund jeder siebte Russe – leben laut Weltbank unter der Armutsgrenze. Dass sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes nun stärker als noch 2015 auf die private Situation der Bürger auswirkt, verdeutlicht ein Blick auf die expliziten Antworten der Befragten: Während im Vorjahr im Zusammenhang mit der Preis- und Kaufkraftentwicklung noch mit 14% am häufigsten eine Stabilisierung der Währung gefordert wurde, liegen aktuell Lohnerhöhungen und eine gerechtere Einkommensverteilung mit ebenfalls 14% deutlich vorn. Aber auch die Lebenshaltungskosten werden von den Befragten kritisiert, mit 10% nennen rund doppelt so viele dieses Thema wie 2015. Außerdem

machen sich 6% der Russen Gedanken über den eigenen **Lebensstandard**, nach nur 3% im Jahr 2015. In Zeiten steigender Preise kann es schwierig werden, das eigene Dach über dem Kopf zu bezahlen. Tatsächlich werden in Russland auch kommunale Dienstleistungen teurer – und dieser Punkt ist der am häufigsten genannte bei der Sorge um das **Wohnen** und die **Mietpreise**. Das Thema steigt um 6 Prozentpunkte auf 13% und belegt 2016 den vierten Platz.

Auch die Sorge über die **Korruption** (Platz 7) nimmt wieder leicht zu und liegt nun bei 7%. Transparency International zufolge wird Korruption in Russland mit einem CPI von 29 Punkten deutlich wahrgenommen. Ein knapperes Warenangebot bei gleichzeitig gesunkenen Einkommen könnte die Anfälligkeit von Teilen der russischen Gesellschaft gegenüber Bestechungen erhöht haben.

Die **Situation in der Ukraine**, im vergangenen Jahr mit Platz 3 noch eines der bedeutsamsten Themen, ist dagegen nahezu vollständig aus dem Fokus verschwunden: Nur noch 3% der Russen (Platz 16) sehen in diesem Thema eine wichtige zu lösende Aufgabe.

# Spanien /// Die Herausforderungen 2016

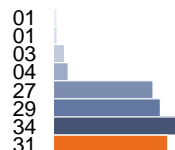
... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Spanien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



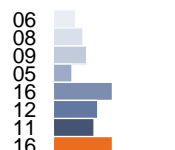
Arbeitslosigkeit



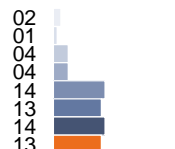
Korruption



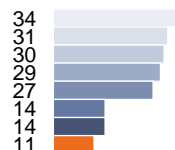
Politik/ Regierung



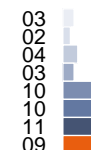
Gesundheitswesen



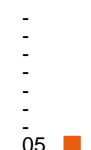
Wirtschaftliche Stabilität



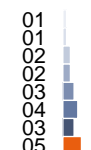
Bildungspolitik



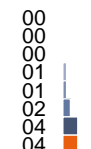
Eine Regierung bilden



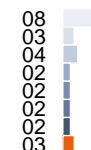
Soziale Sicherung



Armut



Kriminalität



Nachrichtlich:  
 Wohnungsproblem/  
 Mieten/ Immobilien-  
 preise: 3% (2015: 3%)  
 Preis-/ Kaufkraft-  
 entwicklung: 3%  
 (2015: 2%)  
 Arbeitsbedingungen: 3%  
 (2015: 1%)



Basis 2016: 1.015 Befragte



## Spanien /// Zentrale Ergebnisse (1)



In Spanien hat im Jahr 2016 einzig die Sorge um die **Politik** und die **Regierung** spürbar zugenommen. Insgesamt ist die Anzahl genannter Herausforderungen aber leicht auf 1,8 Antworten zurückgegangen. Machten sich 2015 noch 11% Gedanken über die politische Führung, so erreicht die Besorgnis in diesem Jahr 16%. Der Grund dafür sind sicherlich die Parlamentswahlen im Dezember 2015 mit den zentralen Wahlkampfthemen Korruption und Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Das jahrelang dominierende System aus zwei Parteien, den Konservativen und den Sozialisten, wurde in dieser Wahl von einer Vier-Parteien-Konstellation abgelöst, da die beiden großen Parteien deutliche Verluste hinnehmen mussten. Die konservative Partido Popular (PP) des bisherigen Regierungschefs Rajoy wurde zwar wieder stärkste politische Kraft, verlor aber die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Partei wurde die sozialistische PSOE, die jedoch mit nur 22% ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei landesweiten Wahlen erzielte. Mit einem unerwartet guten Ergebnis von 20,7% ging die linksalternative Partei Podemos aus der Wahl hervor und wurde damit drittstärkste Kraft. Die Partei entstand erst 2014 aus den Protesten gegen die Sparpolitik der bisherigen Regierung und findet insbesondere in der jüngeren Generation, die noch immer

unter der Wirtschaftskrise und ihren Folgen leidet, große Zustimmung. Die liberalen Ciudadanos erreichten als zweite Neueinsteiger 13,9% der Stimmen. Da keine Partei zu Kompromissen bereit ist, gestaltet sich die Regierungsbildung schwierig. Zum Zeitpunkt der Befragung Mitte Februar war noch keine Einigung in Sicht. Im Juni 2016 fanden Neuwahlen statt, mit dem Ergebnis, dass es womöglich zur Bildung einer großen Koalition kommen könnte. Auch aus dieser Unsicherheit heraus entstand im Frühjahr 2016 die Forderung nach einer **Regierungsbildung**, die erstmalig explizit 5% der Spanier äußern (Platz 7).

Wie in den Vorjahren, so steht auch 2016 die Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** mit 65% ganz oben auf der spanischen Agenda, aber mit einem Rückgang um 9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr ist diese Sorge auf einen Tiefststand seit 2009 gesunken. Dies korrespondiert mit der Entwicklung der Arbeitslosenquote, die laut OECD 2015 mit 22,1% im europäischen Vergleich ebenfalls noch sehr hoch war, sich aber seit 2014 merklich verbessert hat. So lag die Arbeitslosenquote im Januar 2016 bei 20,5%, während sie für das Jahr 2014 insgesamt noch mehr als 24% betrug.



Ebenfalls positiv entwickelt sich die **wirtschaftliche Lage**. Das BIP kann an die gute Ausgangslage des Jahres 2014 anknüpfen (+1,4%) und ist laut OECD 2015 um 3,2% wachsen. Für 2016 wird ein weiteres Plus um rund 3% prognostiziert. Ein Grund für diese Zuwächse ist der boomende Tourismus. Im letzten Jahr haben so viele ausländische Touristen wie noch nie ihren Urlaub in Spanien verbracht, auch deshalb, weil andere Mittelmeerländer wie Ägypten und Tunesien aufgrund von Terroranschlägen eher gemieden werden. Doch Experten befürchten, dass die Wirtschaft durch die ungeklärte Regierungsbildung verunsichert ist und dass sich auch anstehende Reformen verzögern. Die Beunruhigung über die Wirtschaftskrise ist weiterhin ein Thema und macht immer noch 7% der Antworten aus. Insgesamt ist die Sorge über die konjunkturelle Entwicklung gegenüber 2015 aber um 3 Prozentpunkte auf 11% zurückgegangen, bleibt auf Platz 5 jedoch ein zentrales Thema.

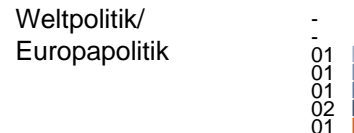
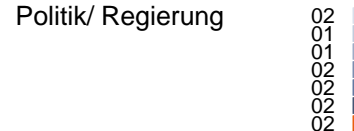
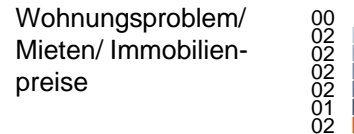
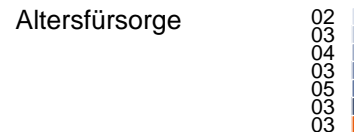
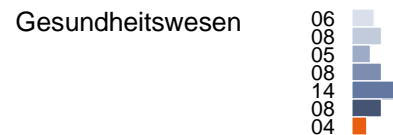
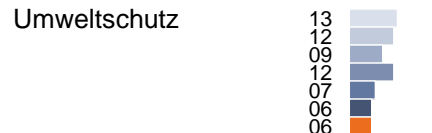
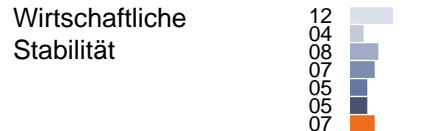
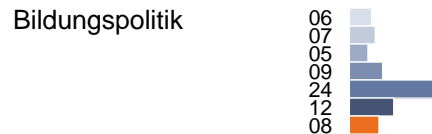
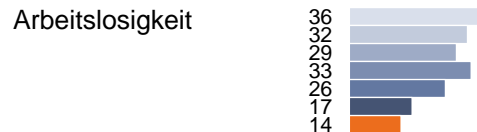
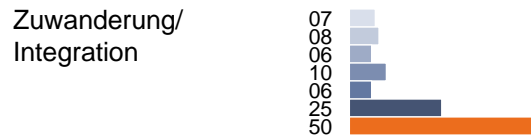
Ebenfalls leicht abgenommen hat die Besorgnis über die **Korruption**, die jedoch mit 31% weiterhin den zweiten Rang einnimmt. Skandale waren in den letzten Jahren zahlreich – und aktuell steht die noch regierende PP im Mittelpunkt: Im Februar 2016 ließ die spanische Staatsanwaltschaft 24 Regionalpolitiker

und Geschäftsleute wegen Schmiergeldaffären festnehmen, darunter mehrere PP-Angehörige. Ermittelt wird außerdem gegen die ehemalige Bürgermeisterin von Valencia, Barberá, wegen des Vorwurfs, öffentliche Gelder veruntreut zu haben. Auch die königliche Familie scheint in Korruptionsaffären verwickelt zu sein. Seit Mitte Januar 2016 läuft ein Prozess gegen die Schwester des spanischen Königs, der Beihilfe zum Steuerbetrug vorgeworfen wird. In Summe führt das dazu, dass Spanien im Corruption Perceptions Index (CPI) 2015 von Transparency International nur 58 Punkte erreicht (2014: 60 Punkte). Diese deutlich wahrgenommene Korruption dürfte auch zum Aufstieg der beiden neuen – und bisher unbelasteten – politischen Parteien beigetragen haben.

Weiterhin relevant bleibt die Sorge um das **Gesundheitswesen**. Diese belegt 2016 mit 13% den vierten Rang der Sorgenliste. Durch die Kürzungen aufgrund der Sparpolitik der letzten Jahre leidet das Gesundheitssystem. Laut dem Euro Health Consumer Index werden besonders der Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Wartezeiten bemängelt. Doch könnte sich die Lage verbessern, wenn den Wahlkampfversprechen der verschiedenen Parteien konkrete Maßnahmen folgen würden.

# Schweden /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Schweden zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:  
 Kriminalität: 1% (2015: 1%)  
 Verkehrspolitik: 1% (2015: 0%)  
 Werteentwicklung/ Moral: 1% (2015: 0%)  
 Jugendarbeitslosigkeit: 1% (2015: 6%)  
 Friedenssicherung: 1% (2015: 1%)

Basis 2016: 1.013 Befragte; Anmerkung: Institutswechsel





Das Thema **Zuwanderung** und **Integration** hat 2016 in Schweden höchste Priorität. Noch 2014 machten sich nur rund 6% der befragten Bürger Gedanken über den Zuzug von Ausländern, 2015 stieg der Wert auf 25%. Seitdem hat sich der Anteil der Besorgten mit aktuell 50% noch einmal verdoppelt. Im Jahr 2015 haben in Schweden mit 163.000 Menschen so viele Neuan-kömmlinge wie nie zuvor Asyl beantragt. Kein anderes EU-Land hat in Relation zur Einwohnerzahl mehr Flüchtlinge aufgenommen. Doch die liberale Einwanderungspolitik scheint nun an ihr Ende gelangt zu sein: Im November 2015 kündigte Ministerpräsident Löfven ein neues, restriktiveres Vorgehen an. Es sieht unter anderem eine Begrenzung des Familiennachzugs vor, außerdem mehr befristete Aufenthaltsgenehmigungen und weniger Bleiberechte für Flüchtlinge. Innenminister Ygeman erklärte im Januar 2016, dass etwa 45% der Asylanträge abgelehnt würden. Zunächst sollten Voraussetzungen für freiwillige Rückreisen der abgelehnten Flüchtlinge geschaffen werden, doch auch Zwangsabschiebungen seien nicht ausgeschlossen. Zudem hat das Land Anfang 2016 wieder Passkontrollen an der Grenze zu Dänemark eingeführt, wovon auch der Verkehr über die Öresundbrücke betroffen ist. Diese Verbindung zwischen Kopenhagen und Malmö nutzen

jedoch neben Flüchtlingen auch täglich knapp 9.000 Pendler. Sie müssen sich nun auf Verspätungen einstellen.

Im Gegensatz zur zunehmenden Bedeutung der Zuwanderung hat die Besorgnis um die **Arbeitslosigkeit** 2016 zum dritten Mal in Folge abgenommen, und zwar im Vergleich zum Vorjahr um 3 Prozentpunkte. Seit 2013 hat sich der Anteil der Menschen, die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, damit mehr als halbiert. Aktuell erreicht er mit 14% den niedrigsten Wert seit Beginn der Erhebung. Im Einklang damit entwickelt sich die Arbeitslosenquote: Noch 2010 lag sie, ausgelöst von der damaligen Finanzkrise, laut OECD auf dem Höchststand von 8,6%, Inzwischen rangiert sie mit 7,4% auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Ebenso erreicht die Sorge um die **Jugendarbeitslosigkeit** mit 1% in diesem Jahr den bislang niedrigsten Wert überhaupt. 2015 machten sich noch 6% der Befragten Gedanken um dieses Thema, beim vorläufigen Höchststand 2012 waren es sogar 14%. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die unter 25-Jährigen hat sich denn auch leicht verbessert: 2015 waren 20,3% von ihnen arbeitslos – ein Jahr zuvor waren es noch 22,9%.

## Schweden /// Zentrale Ergebnisse (2)



Wie bereits im Vorjahr folgt auf Platz 3 die **Bildungspolitik**. Noch 2014 war die Besorgnis über dieses Thema sprunghaft auf 24% gestiegen – eine Folge des schlechten Abschneidens bei der damaligen Pisa-Studie. Inzwischen ist die Beunruhigung auf ein Drittel gesunken, mit 8% rangiert der Wert jetzt wieder auf ähnlichem Niveau wie vor 2014. Doch steht die Bildungspolitik künftig wohl vor neuen Herausforderungen. So sind nach Angaben der schwedischen Bildungsbehörde immer mehr neu ankommende Flüchtlingskinder jenseits des Einschulungsalters – sie müssen darum den vorgegebenen Unterrichtsstoff aufholen. Das wird jedoch erschwert durch Sprachbarrieren. Um diese Herausforderungen zu meistern, fordert die Behörde die Einstellung zusätzlicher Lehrer und Dolmetscher. Doch das dürfte angesichts der ohnehin knappen Lehrkräfte schwierig werden.

Einen leichten Zuwachs verzeichnet die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** des Landes. Mit 7% belegt sie Platz 4 auf der Themenrangliste. Laut OECD ist das schwedische BIP 2015 gegenüber dem Vorjahr real um 4,1% gewachsen – eine im europäischen Vergleich sehr positive Entwicklung. Auch das von der EU-Kommission geschätzte Haushaltsdefizit und die Gesamt-

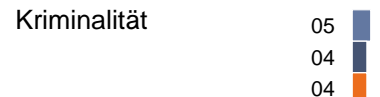
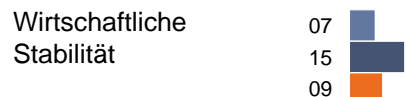
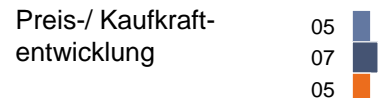
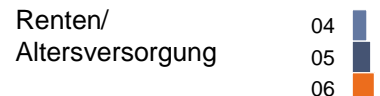
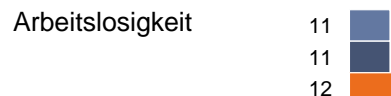
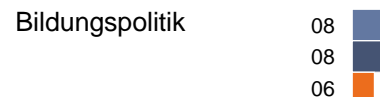
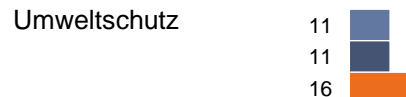
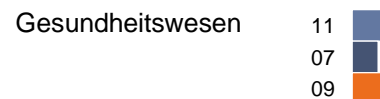
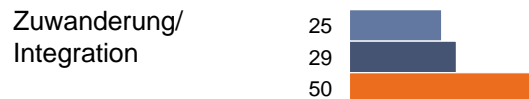
verschuldung des Landes haben sich im Vergleich zum vorangegangenen Jahr verbessert. Wirtschaftsexperten begründen den Aufschwung mit einer gestiegenen Exportnachfrage, einer höheren Bereitschaft zu Investitionen sowie einer stabilen Währung. Doch die hohen Kosten für die Zuwanderung könnten die weitere wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen. So rechnet Schweden für die Versorgung von Flüchtlingen bis 2017 mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von rund acht Milliarden Euro. Bis jetzt ist unklar, wie dieser Posten finanziert werden soll.

Auf Platz 5 der Rangliste liegt wie 2015 das Problemfeld **Umweltschutz**. Doch mit 6% stagniert die Besorgnis. In Zukunft will Schweden stärker in Elektromobilität investieren, beispielweise indem LKW auf speziellen Straßen mit Strom aus eingelassenen Schienen versorgt werden.

Insgesamt präsentiert sich die durchschnittliche Anzahl der genannten Herausforderungen im Jahresvergleich stabil: Mit **1,0 Antworten pro Person** nennt jeder Befragte nur ein Problem. Das ist im Vergleich der insgesamt 24 Länder der geringste Problemdruck.

# Schweiz /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in der Schweiz zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2014  
■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:  
Weltpolitik/  
Europapolitik: 4%  
(2015: 10%)



Die Sorgenliste der Schweiz wird 2016 mit deutlichem Abstand vom Thema **Zuwanderung** und **Integration** dominiert, das mit aktuell 50% auf Platz 1 liegt. 2015 wurden in der Schweiz rund 40.000 Asylanträge gestellt, ein Plus von mehr als 60% gegenüber dem Vorjahr. Die Schweiz hat ein Eilverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern eingeführt: Einwanderer vom Balkan etwa können damit innerhalb von 48 Stunden abgewiesen werden, und Anträge von Bürgern einiger afrikanischer Staaten sollen binnen zwei Monaten bearbeitet werden. Doch nicht nur die aktuelle Flüchtlingssituation, sondern auch die Einwanderung aus EU-Ländern steht im Fokus. Bereits seit Februar 2013, als die von der national-konservativen SVP vorangetriebene Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ mit einer knappen Mehrheit von 50,3% angenommen wurde, wird das Thema in der Schweiz kontrovers diskutiert. Jedes Jahr wandern zwischen 70.000 und 80.000 Ausländer ins Land ein. Zwei Drittel davon kommen aus der EU, ermöglicht durch ein Freizügigkeitsabkommen. Im Dezember 2015 hat der Bundesrat angekündigt, die Volksinitiative nun umzusetzen. Die Zuwanderung von Personen aus der EU soll dabei durch eine Obergrenze eingedämmt werden. Das ist mit Hilfe einer Schutzklausel im

Freizügigkeitsabkommen möglich, die aber offiziell nur bei zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen greift. Beobachter werten diesen juristischen Kniff als Bruch des Freizügigkeitsabkommens, seitens der EU findet das Vorgehen keine Zustimmung. Im Falle einer Umsetzung kann die EU sechs weitere Wirtschaftsabkommen aufkündigen – mit möglicherweise weitreichenden Folgen für das Land.

Vermutlich war diese Entwicklung bereits im Jahr 2015 ein Grund für die wachsende Besorgnis der Bürger über die **Welt-** und **Europapolitik** und die **wirtschaftliche Stabilität**. Für jenes Jahr geht die Weltbank zudem von einem mit 0,9% verhalteneren Wachstum aus als 2014, wo es noch 1,9% betrug. 2016 soll das BIP voraussichtlich wieder stärker zulegen, Experten prognostizieren ein Plus von 1,2%. Aktuell geht die Beunruhigung denn auch wieder zurück. So belegt die wirtschaftliche Entwicklung mit 9% den fünften Platz, nach 15% im Jahr 2015. Auch die erfolgreiche Gründung der Initiative „RASA – Raus aus der Sackgasse“, die eine erneute Volksabstimmung gegen die Umsetzung der ursprünglichen Initiative zum Ziel hat, könnte ein Anlass für die rückläufige Besorgnis sein.



Als einzige der untersuchten Nationen haben die Schweizer den **Umweltschutz** auf Platz 2 ihrer Agenda gehoben. So machen sich aktuell 16% der Eidgenossen Gedanken über dieses Thema, nach nur 11% in den vergangenen beiden Jahren. Traditionell ist in dem Land, das Touristen wegen der Natur und der Alpenkulisse schätzen, der Umweltschutz sehr wichtig. Dass das Thema gegenüber den Vorjahren leicht zugenommen hat, mag auch an der – letztlich erfolgreichen – Volksabstimmung für eine zweite Gotthardtunnel-Röhre liegen. Sie fand Ende Februar statt, rund einen Monat nach dem Erhebungszeitraum dieser Studie. Das Votum wurde vorab intensiv in den Medien diskutiert, was das Thema Umweltschutz präsenter gemacht haben könnte.

In dem Zusammenhang zeigt sich auch in diesem Jahr wieder eine wachsende Beunruhigung über die **Verkehrspolitik**. Mit einem Anstieg um 5 Prozentpunkte auf 11% belegt das Thema Rang 4. Tatsächlich wird das Schweizer Straßennetz immer stärker beansprucht. So hat etwa die Fahrleistung der Güterfahrzeuge zwischen 2000 und 2012 um fast ein Fünftel zugenommen, was zu mehr Staus führt und den Umweltschutz-Bemühungen entgegenwirkt. Die Schweizer Bundesverwaltung geht davon aus, dass der

Personen- und Güterverkehr in den kommenden Jahren noch einmal deutlich wachsen wird. Die Verlagerung auf die Schiene stößt an ihre Grenzen, da das Netz bereits ausgelastet ist. Eine mögliche Alternative ist der Bau unterirdischer Tunnels, die den Warentransport zwischen den Städten ermöglichen sollen. Diese Idee wurde Anfang 2016 erstmalig durch ein Konsortium vorgestellt, bis zur tatsächlichen Realisierung können jedoch noch Jahrzehnte vergehen. So ist die geplante Fertigstellung des noch nicht finanzierten Pilotprojekts für frühestens 2030 angekündigt.

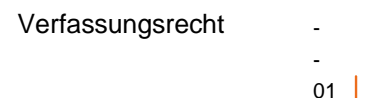
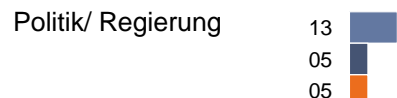
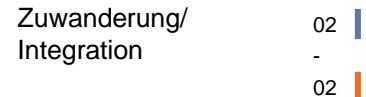
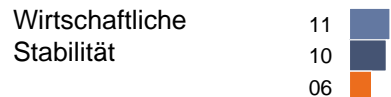
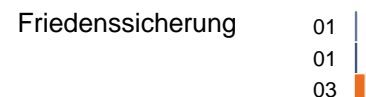
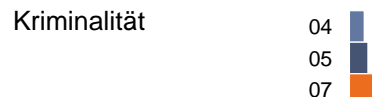
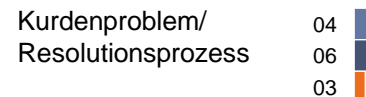
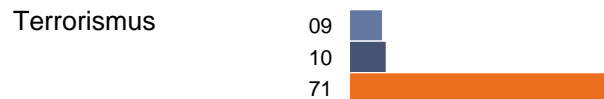
Nahezu unverändert auf dem dritten Platz rangiert mit 12% die Sorge um die **Arbeitslosigkeit**. Damit steht das Thema zwar weit oben auf der nationalen Agenda, die Besorgnis ist aber im internationalen Vergleich nicht besonders ausgeprägt. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote, die laut OECD 2015 unverändert zum Vorjahr bei nur 4,5% lag.

Der Problemdruck bleibt mit durchschnittlich 1,8 Antworten pro Person im Vergleich zu 2015 relativ stabil. Damit gehört die Schweiz auch weiterhin zu den Ländern, in denen die Bürger sich eher weniger besorgt zeigen.



# Türkei /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in der Türkei zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2014  
■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.236 Befragte; Nachrichtliche Nennungen ab 1,0%

Nachrichtlich:  
Verkehrspolitik: 1%  
(2015: 4%)



Während der Erstellung des vorliegenden Berichts zu den aktuellen Herausforderungen in der Türkei überschlugen sich die politischen Ereignisse in dem Land: Mitte Juli 2016 unternahmen Teile des Militärs einen Putschversuch, der durch den gemeinsamen Widerstand von Politik und Bürgern niedergeschlagen wurde. Präsident Erdogan nahm die Entwicklung zum Anlass, um tausende Polizisten, Richter, Beamte und Lehrer zu suspendieren, den Ausnahmezustand zu verhängen und die Wiedereinführung der Todesstrafe zu fordern. Die EU zeigt sich alarmiert, da der Rechtsstaat gefährdet sein könnte – und in Folge auch die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.

Trotz der aktuellen Ereignisse dürften sich die Herausforderungen, die die Türken im März als drängend erachtet haben, nicht grundsätzlich geändert haben. Im Frühjahr 2016 ist in der Türkei kein anderes Thema so präsent gewesen wie der **Terrorismus**. Nach 10% Besorgten 2015 hat das Thema enorm an Brisanz gewonnen: 71% der Bürger äußern sich nun beunruhigt. Damit rückt das Problem mit deutlichem Abstand auf Rang 1 der Sorgenliste. Die wichtigsten Aufgaben des Vorjahres – Arbeitslosigkeit, Bildungspolitik und wirtschaftliche Stabilität – verlieren dagegen an Bedeutung. Mit einem Durchschnitt von 1,2 genannten Themen pro

Person bleibt der Problemdruck zwar konstant. Es lässt sich aber eine Verlagerung feststellen, denn außer der Hauptsorge werden in der Türkei derzeit kaum noch andere Aufgaben angemahnt. Seit 2015 ist das Land verstärkt von Terroranschlägen betroffen, und zwar von zwei Seiten: Zum einen durch die Terrororganisation IS, den sogenannten „Islamischen Staat“, die Anschläge verübt, seit die Türkei den Kampf gegen den IS in Syrien unterstützt, zum anderen durch kurdische Terroristen. Dieser Konflikt war eskaliert, nachdem Präsident Erdogan 2015 – offenbar aus wahltaktischen Gründen – den Friedensprozess mit den Kurden ausgesetzt hatte. Die Anschläge von beiden Seiten fordern zahlreiche Opfer. So starben im Juli 2015 bei einem Anschlag in Suruç 34 Menschen. Im Oktober explodierten Sprengsätze während einer kurdischen Kundgebung, und mehr als 100 Menschen kamen ums Leben. Bei einem Attentat auf eine deutsche Touristengruppe in Istanbul wurden im Januar 2016 zwölf Menschen getötet. Im Februar kostete eine Autobombe in Ankara 28 Menschen das Leben. Im Befragungszeitraum im März 2016 starben bei einem Sprengstoffanschlag in Ankara 37 Menschen. Und nur eine Woche später wurden bei einem Anschlag in einer Einkaufsstraße von Istanbul fünf Personen getötet.

## Türkei /// Zentrale Ergebnisse (2)



Neben dem Terrorismus verzeichnet die Sorge über die **Kriminalität** als einziges Thema unter den Top 5 ebenfalls einen Anstieg. Sie nimmt um 2 Prozentpunkte auf nun 7% zu, was aktuell Platz 3 bedeutet. Die Besorgnis über die **Politik** und die **Regierung** stagniert dagegen bei 5%. Auch ohne den Putschversuch liegt ein turbulentes Jahr hinter den Türken. Im Juni 2015 verfehlte die regierende AKP von Präsident Erdogan bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit, und die kurdische HDP konnte ins Parlament einziehen. Da alle Koalitionsverhandlungen scheiterten, setzte der Präsident Neuwahlen für November 2015 an. Die AKP konnte danach zwar wieder allein regieren, doch wurden Repressalien während des Wahlkampfs gegen die Opposition und kritische Medien national und international kritisiert.

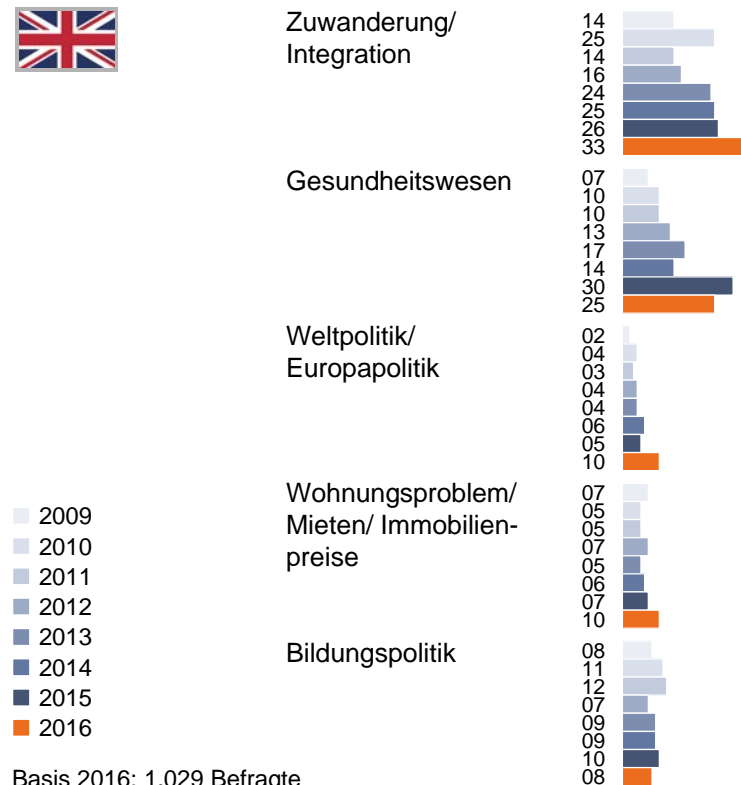
Unter den Anschlägen, aber auch unter den Kriegen in Syrien und im Irak, dem neu entfachten Kurdenkonflikt und der unsicheren Lage im Süden der Türkei leidet besonders die wichtige Tourismusbranche. Zusätzlich schwächen die Ende 2015 von Russland verhängten Sanktionen den Tourismus: Während 2014 noch mehr als vier Millionen Russen in die Türkei reisten, werden es 2016 Prognosen zufolge deutlich weniger sein, auch wenn inzwischen eine Annäherung beider Länder stattfindet. Trotzdem geht die OECD für

2015 mit 4,0% von einem relativ starken BIP-Wachstum aus. 2014 betrug der Zuwachs noch 2,9%. Womöglich geht deshalb die Besorgnis über die **wirtschaftliche Stabilität** um 4 Prozentpunkte auf 6% zurück – oder das Thema wird ebenfalls von der Sorge über den Terrorismus überdeckt. Stellt man die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** und die Entwicklung der Arbeitslosenquote gegenüber, dann liegt diese Vermutung nahe. So ist die Sorge über den Arbeitsmarkt um 20 Prozentpunkte zurückgegangen, sie belegt aber mit 10% aktuell Rang 2 des Sorgenrankings. Konträr dazu ist die von der OECD veröffentlichte Arbeitslosenquote seit 2014 jedoch gestiegen und erreicht 2015 10,3%. Auch die Jugendarbeitslosigkeit hat weiter zugenommen, im Jahr 2015 betrug sie 18,5%.

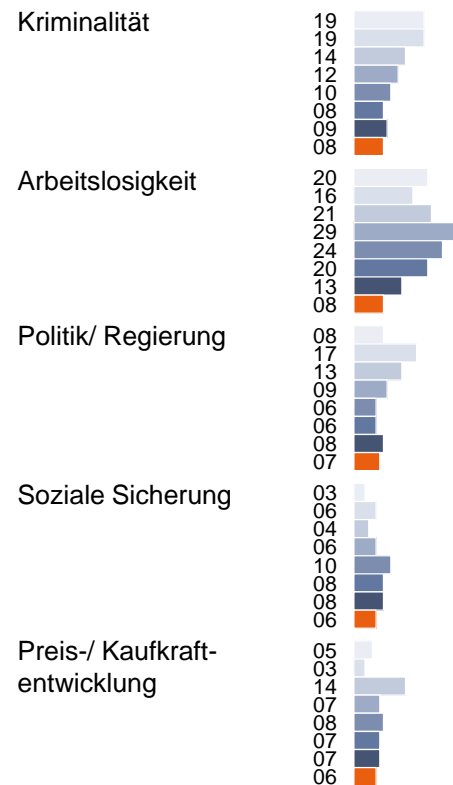
Beim Thema **Bildungspolitik** geht die Sorge von 13% auf nun 3% zurück. Die AKP war 2002 mit dem Versprechen angetreten, das Bildungsniveau zu verbessern. Der Bildungsetat wurde mehrmals deutlich erhöht – mit dem Ergebnis, dass türkische Schüler in den letzten PISA-Tests kontinuierlich besser abgeschnitten haben. In der Kritik stehen jedoch andere Reformen im Bildungssystem, etwa die Gründung der religiös-konservativen Imam-Hatip-Schulen.

# Großbritannien /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Großbritannien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Basis 2016: 1.029 Befragte



Nachrichtlich:  
Armut: 6%  
(2015: 6%)



Das positive Brexit-Votum konnte sich noch nicht auf die Sorgen der Briten auswirken, da die Befragung im Frühjahr 2016 stattfand. Auch im Rahmen des Referendums ein zentraler Streitpunkt, hat sich das Thema **Zuwanderung** und **Integration** mit 33% auf den ersten Platz des Sorgenrankings geschoben. Die im Mai 2015 wiedergewählte Regierung unter Premierminister Cameron hatte sich zum Ziel gesetzt, die Zuwanderung deutlich zu reduzieren. Das ist nicht gelungen, die Netto-Einwanderungsquote blieb 2015 mit 333.000 Menschen weiter auf Rekordniveau. Dementsprechend nimmt die Besorgnis der britischen Bürger weiter zu (+7 Prozentpunkte). Verglichen mit den Werten in anderen westeuropäischen Ländern fällt dieser Anstieg der Beunruhigung jedoch moderat aus. Der Inselstaat sieht sich mit einer deutlich geringeren Anzahl an Flüchtlingen konfrontiert als die Länder auf dem Kontinent: Von 1,3 Millionen Asylanträgen, die 2015 insgesamt in EU-Ländern gestellt wurden, entfallen weniger als 40.000 auf Großbritannien. Bei der öffentlichen Debatte um die Zuwanderung stehen daher weniger Flüchtlinge und Asylbewerber, als vielmehr Migranten aus anderen EU-Ländern im Fokus. Seit 2012 nimmt die Zahl an EU-Einwanderern stetig zu. Zuwanderung und Integration sind nun schon im vierten Jahr in Folge unter den Top-Themen.

Das Thema spiegelt sich auch im Wahlerfolg der britischen Unabhängigkeitspartei UKIP wider, die bei der Unterhauswahl im Mai 2015 12,6% der Stimmen erhielt und damit drittstärkste Kraft wurde, wenngleich der Partei aufgrund des Mehrheitswahlrechts nur ein Sitz im Parlament zufiel. UKIP spricht sich unter anderem gegen unbegrenzte Einwanderung aus und fordert den Austritt Großbritanniens aus der EU. Um den Brexit zu verhindern, erwirkte Premierminister Cameron auf einem EU-Sondergipfel noch ein Reformpaket für einen Sonderweg Großbritanniens in der EU, zu dem eine Kürzung von Sozialleistungen für EU-Einwanderer gehörte. Bei dem Referendum am 23. Juni 2016 stimmte dennoch eine Mehrheit der Briten für den Austritt aus der EU – obwohl viele Kritiker vor unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen warnen. Schon die Aussicht auf das Referendum ließ die Sorge der Bevölkerung um die **Welt-** und **Europapolitik** 2016 deutlich ansteigen. Mit 10% liegt dieses Thema nun auf Platz 3 der Herausforderungen in Großbritannien (2015: Platz 13). Wann und wie der Brexit stattfindet, wird sich im zweiten Halbjahr 2016 entscheiden.



Das **Gesundheitswesen** bleibt auch im Jahr 2016 ein heftig diskutierter Punkt in der britischen Öffentlichkeit. Die Sorge um den National Health Service (NHS) geht zwar um 5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2015 zurück, doch noch immer machen sich 25% der Briten Gedanken über dieses Thema. Im Januar 2016 rief die Ärzteschaft zum ersten Streik seit mehr als 40 Jahren auf. Trotz der Reformbemühungen der vergangenen Jahre steht das steuerfinanzierte NHS weiter vor großen finanziellen Problemen. Um das britische Haushaltsdefizit zu senken, plant die Regierung weitere Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen und sucht nach Möglichkeiten für eine Teilprivatisierung. Die Beunruhigung der Bevölkerung um ihre medizinische Versorgung wächst, viele sehen durch die finanziellen Einschnitte das Patientenwohl gefährdet. Auch die zunehmende Zahl an Einwanderern lässt die Briten befürchten, dass ihr Gesundheitssystem an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gelangt. Immer mehr Menschen fordern daher ein Ende der Sparmaßnahmen in diesem Sektor.

Auch das **Wohnungsproblem** gewinnt 2016 wieder an Brisanz: Mangel an Wohnraum, steigende Mieten und die konti-

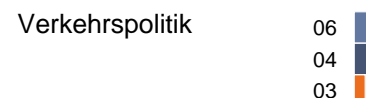
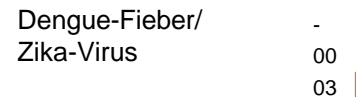
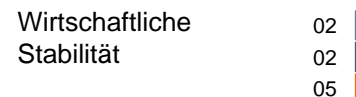
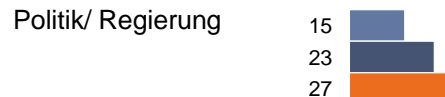
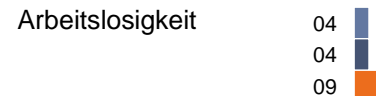
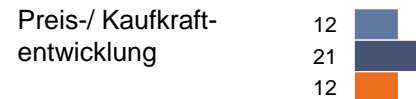
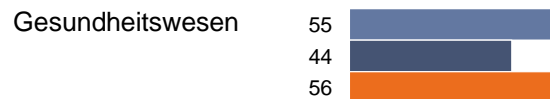
nuierlich wachsende Bevölkerung heben dieses Thema auf Platz 4. So zeigen sich 10% der Briten über die derzeitige Entwicklung des Wohnungs- und Immobilienmarkts beunruhigt. Das sind ungefähr so viele wie zuletzt während der Immobilienkrise 2007/2008. Die Kosten für eine Mietwohnung in London betragen im Schnitt 2.200 Euro – circa drei Mal so viel wie in Berlin. Die explodierenden Mietpreise treiben die Lebenshaltungskosten in die Höhe. Da die Einkommen nicht im gleichen Maße steigen, sinkt der Lebensstandard. Im vergangenen Jahr kam es immer wieder zu Demonstrationen, bei denen mehrere zehntausend Briten unter anderem für ein Ende der Sparmaßnahmen im Wohnungsbau eintraten.

Die Sorge um die **Bildungspolitik** liegt mit 8% geringfügig unter dem Vorjahreswert. Das neugewählte Kabinett hält an der umstrittenen Schulreform der Vorgängerregierung fest. Dazu gehören angehobene Studiengebühren, zusätzliche Prüfungen und sogenannte „free schools“ – staatlich finanzierte Schulen in freier Trägerschaft, die laut Kritikern zu einer größeren sozialen Spaltung führen werden. Viele dieser Reformmaßnahmen finden derzeit nur wenig Akzeptanz in der Bevölkerung.

# 3 Nord- und Südamerika

# Brasilien /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Brasilien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2014  
■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.000 Befragte

Nachrichtlich:  
Steuerpolitik: 3%  
(2015: 5%)





Brasilien steckt derzeit in einer umfassenden Krise, und die wird in den Ergebnissen der aktuellen Befragung deutlich sichtbar. So steigt die Relevanz von sieben der Top-10-Sorgen seit 2015 an, und der Problemdruck im Land legt von durchschnittlich 2,3 auf 2,5 genannte Themen pro Person zu. Die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas erlebt momentan die schwerste Rezession seit einem Vierteljahrhundert. Zudem leidet das Land unter einer Inflation von fast zehn Prozent, die Arbeitslosigkeit steigt rasant. Experten gehen von einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage aus. Zu allem Überfluss wird Brasilien seit Mitte 2015 vom Zika-Virus heimgesucht. Dieses Problem macht die Schwächen des Gesundheitssystems deutlich sichtbar.

Der Zika-Virus verbreitet sich rasch über Mücken, doch es fehlen Insektizide zu deren Bekämpfung. Für viele ist der Erreger harmlos, er steht jedoch in Verdacht, bei Embryos Hirnschäden zu verursachen, wenn werdende Mütter sich infizieren. So kamen in Brasilien in jüngster Vergangenheit ungewöhnlich viele Kinder mit Schädeldefektbildungen zur Welt. Für eine ausreichende und flächendeckende Behandlung der Krankheit fehlt es an Medikamenten und Personal. Trotz dieser akuten Lage wurde das Budget für das

Gesundheitswesen im Februar 2016 weiter gekürzt, was die Bürger zunehmend verunsichert haben dürfte. So belegt zum dritten Mal in Folge die Sorge um das **Gesundheitswesen** Platz 1 in Brasilien. Mit 56% ist der Handlungsbedarf 12 Prozentpunkte höher als im Vorjahr.

Merklich zugenommen hat auch die Besorgnis um die **Bildungspolitik**. Gegenüber 2015 ist ein Anstieg um 9 Prozentpunkte auf nun 34% zu verzeichnen. Der „Better Life Index“ der OECD bestätigt den Handlungsbedarf, da das Land bei der Bildungsqualität unterdurchschnittlich abschneidet. Verhältnismäßig wenige Brasilianer verfügen über einen Abschluss der Sekundarstufe II, der zum Hochschulbesuch und zur beruflichen Ausbildung befähigt. Nach wie vor herrscht ein starkes Qualitätsgefälle zwischen privaten und öffentlichen Schulen: Letztere sind schlechter ausgestattet, und deren Lehrer oft geringer qualifiziert. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf teure Privatschulen, da der Besuch öffentlicher Schulen kaum die Chance auf einen späteren Studienplatz bietet. Der soziale Aufstieg für ärmere Bevölkerungsschichten wird so zusätzlich erschwert.



Auf den Plätzen 3 und 4 liegen die Themen **Politik** und **Regierung** mit 27% sowie **Korruption** mit 24% – jeweils mit einer Zunahme um 4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Ein Grund für den Anstieg dürfte das Aufdecken weiterer Details im Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras sein, in den zahlreiche Politiker verwickelt sind. Jahrelang flossen bei öffentlichen Auftragsvergaben an Bauunternehmen Schmiergelder in Millionenhöhe in Parteikassen oder auf die Konten von Politikern und Managern. Auch die zum Zeitpunkt der Befragung noch amtierende Präsidentin Rousseff soll an dem System beteiligt gewesen sein. Nach massiven Protesten und Demonstrationen gegen ihre Regierung und Rousseff selbst wurde Anfang Dezember 2015 ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet. Die Ankläger warfen ihr vor, die Haushaltszahlen von 2014 gefälscht zu haben, um ihre Wiederwahl zu sichern. Anfang März 2016 startete die Justiz Ermittlungsverfahren gegen 34 weitere Abgeordnete, darunter Parlamentschef Cunha. Er soll für das Zustandekommen von Geschäften mit der Ölgesellschaft Petrobras Millionen eingesteckt haben. All dies gefährdet nicht nur die Existenz des ehemaligen Vorzeigeunternehmens, sondern wirkt sich auch negativ auf die gesamte wirtschaftliche Lage des Landes aus: Investoren sind

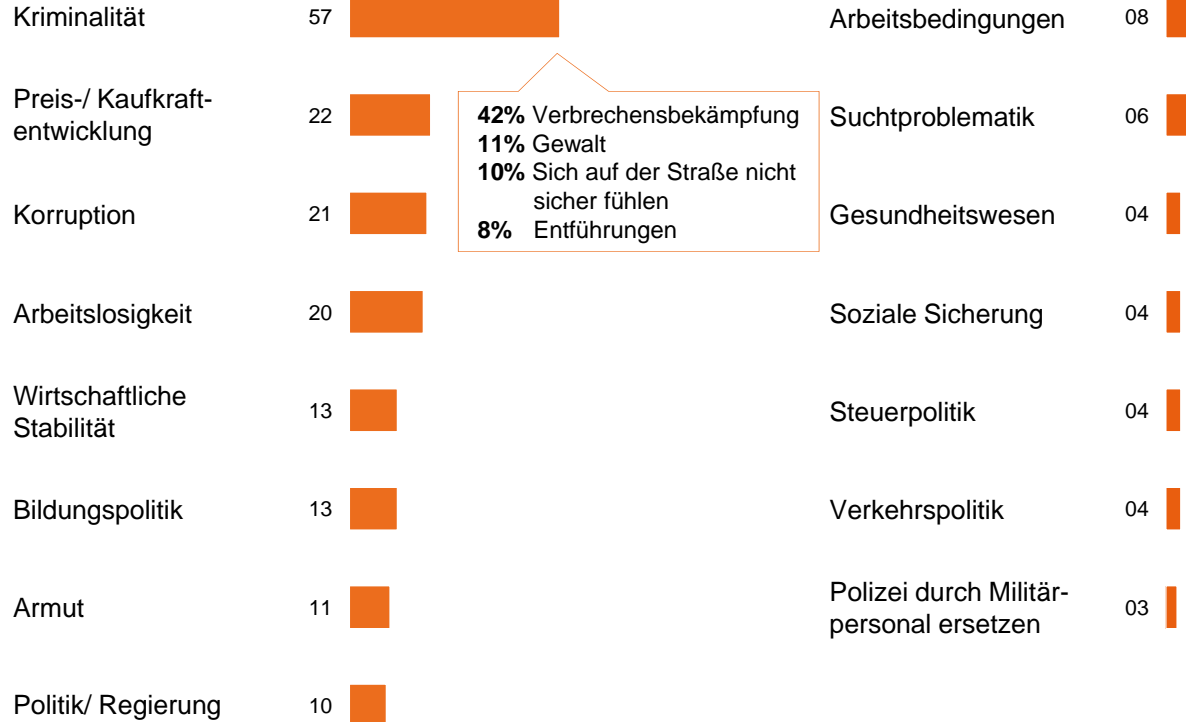
verunsichert, und die Arbeitslosigkeit steigt weiter. In der Folge gewinnen die Sorge über die **Arbeitslosigkeit** (9%) und die **wirtschaftliche Stabilität** (5%) wieder an Bedeutung. Das Land, das vor wenigen Jahren noch als aufstrebende Wirtschaftsmacht galt, kämpft nun gegen den wirtschaftlichen Abstieg. Viele Brasilianer geben der Präsidentin eine Mitschuld daran, was sich auf ihre Zustimmungswerte in der Bevölkerung auswirkt – im März 2016 erreichen diese nur noch knapp 10%. Der Druck wächst zusehends, auch durch ihre vorläufige Suspendierung im Mai 2016.

Die Sorge über die **Kriminalität** hingegen geht weiter zurück, das Thema beschäftigt aktuell nur noch 18% der Bürger. Vermutlich liegt dies an der Brisanz der anderen Themen, denn die Kriminalität stellt real nach wie vor ein großes Problem dar. So liegen 22 der weltweit 50 Städte mit den höchsten Mordraten auf der Forbes-Liste in Brasilien. Mitte 2015, ein Jahr vor den Olympischen Spielen in Rio, forderten einige Politiker eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Einer Studie zufolge befürworten dies 87% der Bevölkerung. Die Regierung hält die Herabsetzung der Strafmündigkeit von 18 auf 16 Jahre derzeit aber nicht für ein Mittel, das zu einer Verringerung der Gewalt führen würde.

# Mexiko /// Die Herausforderungen 2016

## Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Mexiko zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



## Mexiko /// Zentrale Ergebnisse (1)



Mexiko nimmt 2016 erstmals an der Studie Challenges of Nations teil – und belegt beim allgemeinen Problemdruck mit durchschnittlich 3,6 genannten Themen pro Person auf Anhieb Platz 2 aller untersuchten Nationen. In dem Land, das massiv vom organisierten Verbrechen bedroht ist, stellt die **Kriminalität** mit 57% die dominierende Sorge dar. Allein zu diesem Problemfeld geben die Befragten im Durchschnitt 2,5 Antworten. In vielen Regionen bekämpfen sich Drogenbanden, Sicherheitskräfte und sogenannte Bürgerwehren. Polizisten sollen selber an Raubüberfällen, Entführungen und Tötungsdelikten beteiligt sein – vermutlich wird auch deshalb gefordert, **Polizei durch Militärpersonal zu ersetzen** (3%, Rang 15). Die Mordrate in Mexiko ist sehr hoch. Zudem verschwinden immer wieder Menschen spurlos. Dazu gehören etwa jene 43 Studenten, die nach einer polizeilichen Festnahme im Jahr 2014 nicht wieder aufgetaucht sind. Sie wollten eine Veranstaltung des örtlichen Bürgermeisters stören. Vermutungen zufolge hat der Bürgermeister die Polizei angewiesen, die Studenten an Mitglieder eines Drogenkartells zu übergeben. Ihr weiteres Schicksal ist bis heute ungeklärt, laut Geständnissen von Bandenmitgliedern sollen sie jedoch tot sein. Diese offizielle Version wirkt wie ein Eingeständnis behördlichen Versagens. Doch viele Mexikaner

zweifeln die Version an und vermuten sogar ein Zusammenwirken von Behörden und Drogenkartellen. Dass der Mafiaboss „El Chapo“ im Juli 2015 unbehelligt durch einen Tunnel aus einem Hochsicherheitsgefängnis fliehen konnte, obwohl er dabei von Kameras gefilmt wurde, dürfte ebenfalls zu dieser Einschätzung beitragen – auch wenn er inzwischen wieder in Haft ist.

Weit oben auf der mexikanischen Sorgenliste findet sich denn auch die **Korruption**, die mit 21% den dritten Platz belegt. Der Corruption Perceptions Index bescheinigt dem Land mit 35 Punkten eine deutlich wahrgenommene Korruption. Präsident Nieto kündigte im November 2014 nach Demonstrationen, bei denen eine Aufklärung des Verschwindens der bereits erwähnten Studenten gefordert wurde, eine Polizei- und Justizreform an. Diese soll es erlauben, kommunale Polizeibehörden aufzulösen und den Bundesstaaten zu unterstellen sowie korrupte Kommunalpolitiker abzusetzen. Die Glaubwürdigkeit des Präsidenten hat jedoch zeitgleich unter einem Immobilienskandal gelitten, auch wenn ihn die Anti-Korruptionsbehörde schließlich freisprach. Die Journalisten, die den Vorgang öffentlich gemacht hatten, wurden dagegen entlassen.

## Mexiko /// Zentrale Ergebnisse (2)



Angesichts dieser Vorkommnisse überrascht es wenig, dass die Sorge über die **Politik** und die **Regierung** mit 10% Platz 8 belegt. Zudem dürfte es die Bürger beunruhigen, dass es teils schwer ist, Menschen zu finden, die in Kommunen freigewordene Ämter und Posten bekleiden wollen. In den Drogenhochburgen leben Polizeichefs oder Bürgermeister gefährlich. So wurde eine Bürgermeisterin einen Tag nach ihrem Amtsantritt am Neujahrstag 2016 erschossen. Sie hatte angekündigt, die organisierte Kriminalität und den Drogenhandel stärker bekämpfen zu wollen.

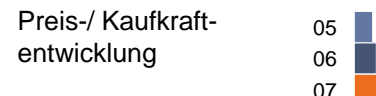
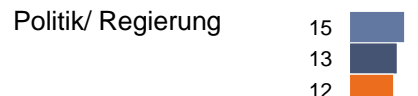
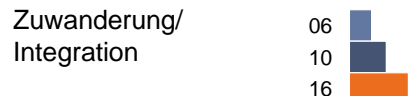
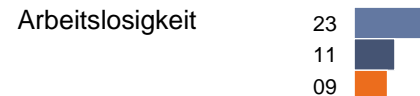
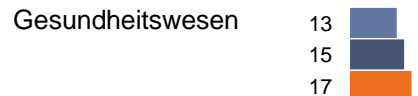
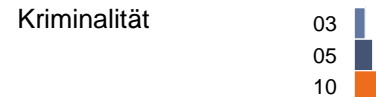
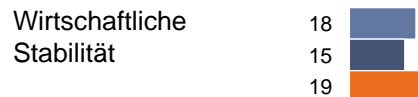
Bei **Preisen** und **Kaufkraft** sehen 22% der Mexikaner Handlungsbedarf, damit liegt die Sorge auf Platz 2. In den vergangenen Jahren ist die Kaufkraft nur leicht gestiegen, da durch die schwache Wirtschaftsentwicklung die Löhne kaum zulegen konnten. Zwar erzielt Mexiko die zweitgrößte Wirtschaftsleistung Lateinamerikas, die konjunkturelle Entwicklung hat sich aber nach der globalen Wirtschaftskrise verlangsamt. Nach OECD-Schätzungen ist das BIP 2015 um 2,5% gewachsen. Wegen des niedrigen Ölpreises – Mexiko steht auf Platz 10 der ölexportierenden Länder – wurde für 2016 bereits ein Sparhaushalt verabschiedet, und im Januar 2016 hat das Finanzministerium weitere Einsparungen angeordnet. Die Regierung will nun die Wirtschaft auf eine breitere

Basis stellen. Präsident Nieto hat daher für besonders betroffene Regionen, in denen binnen eines Jahres 40.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, ein Konjunkturprogramm angekündigt. Trotzdem liegt die Besorgnis über die **wirtschaftliche Stabilität** bei 13% und die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** bei sogar 20%. Zwar ist laut OECD die Arbeitslosenquote von 2009 bis 2015 kontinuierlich von 5,5% auf 4,4% gesunken. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu interpretieren, da der informelle Sektor mehr als die Hälfte des Arbeitsmarkts ausmacht.

Jedes Jahr steigt rund eine Million junge Menschen relativ schlecht ausgebildet ins Berufsleben ein. Auch darum zeigen sich 13% der Mexikaner besorgt über die **Bildungspolitik**, die damit Platz 6 belegt. Laut OECD hat mehr als die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen nicht einmal einen mittleren Schulabschluss. Zudem kommen an Primarschulen 28 Schüler auf eine Lehrkraft. Das ist das schlechteste Schüler-Lehrer-Verhältnis aller OECD-Länder – der Durchschnitt liegt bei 15 Schülern pro Lehrer. Eine gute Ausbildung dürfte aber die Voraussetzung dafür sein, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter aufgeht. Über die **Armut** sorgen sich aktuell 11% der Bürger, was den siebten Platz bedeutet.

# USA /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den USA zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

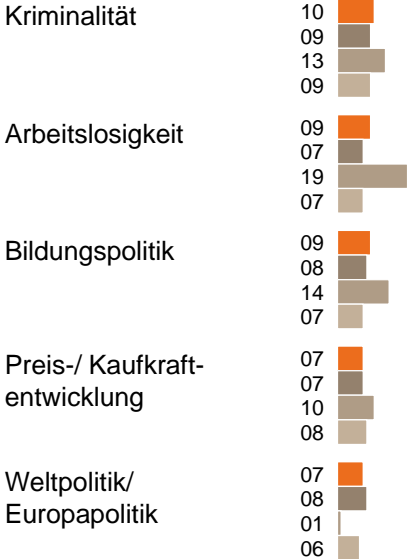
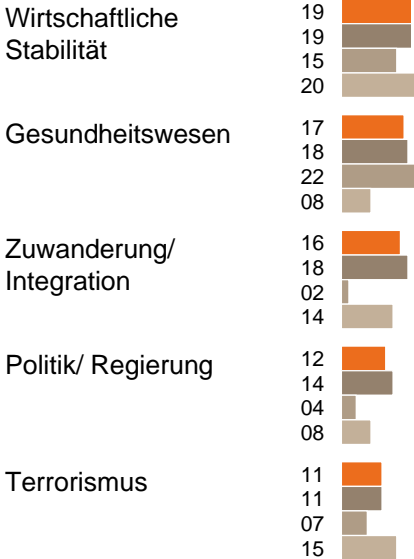


■ 2014  
■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.000 Befragte

# USA /// Die Herausforderungen 2016 nach den drei größten ethnischen Gruppen

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in den USA zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ Gesamt (alle Amerikaner)
 ■ Weiße
 ■ Afroamerikaner
 ■ Hispanoamerikaner



Basis 2016: 1.000 Befragte

**➔ Weitere Sorgen**

**Gesundheitswesen**

- Erschwingliche medizinische Versorgung: **8%**

Weiße	Afro-amerikaner	Hispano-amerikaner
8%	<b>10%</b>	4%

**Zuwanderung/ Integration**

- Illegale Immigranten: **4%**

Weiße	Afro-amerikaner	Hispano-amerikaner
5%	1%	3%

**Kriminalität**

- Kriminaldelikte mit Waffen: **4%**

Weiße	Afro-amerikaner	Hispano-amerikaner
4%	<b>6%</b>	3%

**Konsolidierung der Staatsfinanzen: 6%**

Weiße	Afro-amerikaner	Hispano-amerikaner
7%	2%	1%

**Armut: 6%**

Weiße	Afro-amerikaner	Hispano-amerikaner
6%	<b>10%</b>	5%

## USA /// Zentrale Ergebnisse (1)



Die Vereinigten Staaten stehen 2016 ganz im Zeichen des Präsidentschaftswahlkampfes. In den Ergebnissen der vorliegenden Studie macht sich der Wahlkampf ebenfalls bemerkbar – wenn auch nicht beim Thema **Politik** und **Regierung**. Dieses belegt zwar mit 12% den vierten Platz, aber die Besorgnis in diesem Bereich geht seit 2014 leicht zurück. Dafür scheinen die US-Amerikaner jedoch allgemein kritischer zu werden – möglicherweise eine Folge des aktuellen Wahlkampfes. So ist die Anzahl an Themen, die jeder Bürger nennt, von durchschnittlich 1,4 im Jahr 2015 auf aktuell 1,8 gestiegen. Nur noch 8% der Bürger machen gar keine Angaben mehr dazu, was im Land zu verbessern sei – nach noch 23% im Jahr 2015. Das Ergebnis sind eine größere Themenvielfalt und insgesamt Bedeutungszuwächse von mehreren Themen, auch auf den hinteren Rängen. So finden sich auf den Plätzen 11 und 12 die Sorgen um die **Armut** und um die **Staatsfinanzen**. Je 6% der Befragten äußern sich dazu – in vielen anderen Ländern würden diese Herausforderungen damit in den Top Ten rangieren.

Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** steigt nach einem Rückgang 2015 aktuell wieder an, und zwar um 4 Prozentpunkte auf nun 19%. Zwar ist das US-amerikanische BIP im Jahr

2015 laut Schätzungen der OECD um 2,4% gewachsen. Doch im vierten Quartal 2015 entwickelte sich die Wirtschaft verhaltener als im vorangegangenen Jahr. Dafür machen Beobachter unter anderem gesunkene Investitionen durch Unternehmen sowie die wegen des starken US-Dollars zurückhaltende Auslandsnachfrage verantwortlich. Der niedrige Ölpreis stellt für die Bürger ebenfalls eine Unwägbarkeit dar. Die in den USA eingesetzte Fördermethode des Frackings ist teuer und lohnt sich aufgrund des derzeitigen Ölpreises kaum mehr, was bereits zu Insolvenzen in der Branche geführt hat. Auf der anderen Seite erweist sich der niedrige Ölpreis aber auch als positiv für die Verbraucher.

Insgesamt ist der private Konsum weiterhin die wichtigste Stütze der US-Konjunktur. Die gute Konsumentenstimmung dürfte dabei auch mit der positiven Lage auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängen. So ist die **Arbeitslosigkeit** von 7,4% im Jahr 2013 auf 4,9% im Februar 2016 zurückgegangen. Damit nähert sich die Arbeitslosenquote wieder dem Niveau vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Jahr 2007 betrug sie 4,6%. Die Sorge über die Arbeitslosigkeit ist ebenfalls noch einmal auf 9% zurückgegangen. Mit 19% zeigen sich Afroamerikaner besorgter als der Durchschnitt.





Auf dem zweiten Platz in der Besorgnis-Rangliste liegt das **Gesundheitswesen**: 17% der US-Amerikaner machen sich inzwischen darüber Gedanken. Zusätzlich sehen – ebenso wie im Vorjahr – 2% der Befragten die als „ObamaCare“ bekannten gesetzlichen Regelungen als drängendes Problem. Auf der Basis dieses Gesetzespakets kann jeder Bürger eine staatlich geförderte Krankenversicherung abschließen. Bis Mitte 2015 haben so rund 16 Millionen Amerikaner eine Krankenversicherung erhalten. Doch die Meinungen über „ObamaCare“ gehen auseinander: Während vor allem, aber nicht nur, Demokraten eine positive Bilanz ziehen, betrachten viele Republikaner die Neuregelung als einen unangemessenen Eingriff des Staates in die Privatsphäre der Bürger. Auch wenn an einigen Stellen noch Verbesserungsbedarf besteht und mehrere Bundesstaaten das Programm bisher nicht wie vorgesehen ausgeweitet haben, haben sich die schlimmsten Befürchtungen – etwa der Verlust von Arbeitsplätzen oder eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen – jedoch nicht bewahrheitet. Die Reform scheint im Land inzwischen so akzeptiert zu sein, dass auch ein künftiger republikanischer Präsident sie kaum komplett rückgängig machen können.

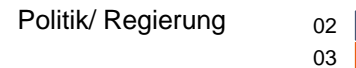
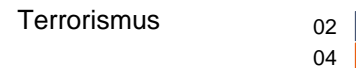
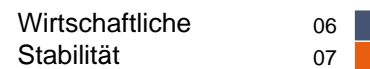
Ein weiteres Wahlkampfthema ist die **Zuwanderung** bzw. die

**Integration**. Mit einem Zuwachs um 6 Prozentpunkte auf 16% belegt die Sorge darum aktuell Rang 3. Die im Befragungszeitraum aussichtsreichsten Kandidaten Clinton und Trump vertreten diesbezüglich konträre Positionen. Der für provokante Äußerungen bekannte Trump will die illegale Zuwanderung mit einer Mauer an der Grenze zu Mexiko eindämmen. Die geschätzt rund elf Millionen bereits in den USA lebenden illegalen Immigranten würde er ausweisen. Clinton plädiert dagegen für eine Einbürgerung dieser Menschen unter Auflagen. Sie spricht sich zudem dafür aus, rund 65.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Im Gegensatz dazu hat Trump, als vorgebliches Mittel im Kampf gegen Terroristen, ein vorübergehendes Einreiseverbot für Muslime gefordert. Zwar gibt es mit den Anschlägen in Paris und im kalifornischen San Bernardino Ende 2015 durchaus handfeste Gründe dafür, dass die Bekämpfung des **Terrorismus** stärker in den Fokus der US-Bürger rückt. Aber auch der Wahlkampf dürfte dazu beigetragen haben. So ist die Besorgnis über den Terrorismus aktuell noch einmal um 3 Prozentpunkte gestiegen. Ebenso ist bei dem Thema **Kriminalität** ein deutlicher Anstieg auf aktuell 10% festzustellen. Explizit 4% der Amerikaner sorgen sich dabei um die von Waffendeliktanten verursachte Gewalt, unter Afroamerikanern sind es 6%.

# 4 Asien und Pazifik

# Indien /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Indien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.060 Befragte

Nachrichtlich:  
Umweltschutz: 3%  
(2015: 4%)

## Indien /// Zentrale Ergebnisse (1)



Nach einem eindeutigen Wahlsieg löste im Frühjahr 2014 in Indien die hindu-nationalistische BJP mit Premierminister Modi an der Spitze die viele Jahre regierende Kongresspartei ab. Modi versprach damals, er werde sich für Wirtschaftswachstum, bessere Chancen für die gesamte Bevölkerung sowie die Bekämpfung der Korruption einsetzen. Nach knapp zwei Jahren Regierungszeit zeichnen sich erste positive Tendenzen ab. Und die Menschen nehmen diese offenbar wahr: In der vorliegenden Studie zeigt sich ein rückläufiger Problemdruck von durchschnittlich 2,4 genannten Themen 2015 auf aktuell nur noch 1,7 geäußerte Sorgen.

An Brisanz verloren hat vor allem der wichtigste Sorgenversacher der Inder: die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**. Dieses Thema steht zwar 2016 erneut an der Spitze, doch die Beunruhigung darüber ist von 56% auf 33% zurückgegangen. Analog dazu entwickelt sich die Inflationsrate, die nach Angaben der OECD von 10,9% im Jahr 2013 zunächst auf 6,4% 2014 sowie 2015 noch einmal leicht auf 5,9% gesunken ist. Für 2016 prognostizieren Experten eine weitere Stabilisierung auf diesem für Indien vergleichsweise niedrigen Niveau.

Erneut im Fokus steht die **Arbeitslosigkeit**, die Rang 2

belegt. Im Moment sind 29% der Inder darüber besorgt, was einen Rückgang um 10 Prozentpunkte bedeutet. Damit bleibt die Besorgnis groß, aber die Bürger zeigen sich optimistischer. Tatsächlich ist die Arbeitslosenquote, die laut Weltbank über die vergangenen Jahre etwa 3,5% betrug, recht moderat. Doch von der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung – die Regierung geht für 2015 von einem Anstieg des BIP um mehr als 7% aus – profitiert noch nicht die gesamte Bevölkerung. Weiterhin sind viele Erwerbstätige im informellen Sektor tätig, ohne Anspruch auf Sozialleistungen oder Altersvorsorge. Möglicherweise wirkt sich allerdings eine Bildungsmaßnahme, die Modi im Juli 2015 ins Leben gerufen hat, positiv auf die Besorgnis aus – zumal auch die Nennungen zur **Bildungspolitik** von 11% auf 5% zurückgehen: Mit der „Skill India“-Initiative sollen sich bis 2022 rund 400 Millionen Menschen beruflich qualifizieren können. Vorangetrieben wird diese Initiative, an der auch deutsche Bildungseinrichtungen beteiligt sind, von einem eigens gegründeten Ministerium für Berufsbildung. Die Regierung arbeitet also an einer Verbesserung der Berufsausbildung. Dem eigentlich günstigen Generationenverhältnis – in Indien ist fast ein Drittel der Bevölkerung jünger als 15 Jahre – stehen bislang noch zu wenige Arbeitsplätze und Bildungsmöglichkeiten gegenüber.

## Indien /// Zentrale Ergebnisse (2)



In engem Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt und der Bildung steht die Sorge über die **Armut**: 8% der Inder machen sich darüber Gedanken, das bedeutet 2016 Position 5 auf der Agenda. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung haben weniger als zwei US-Dollar pro Tag zur Verfügung, rund jeder Dritte lebt sogar von nur einem US-Dollar pro Tag. Zwischen der aufstrebenden städtischen Mittelschicht und der armen Bevölkerung, vor allem auf dem Land, herrscht ein starkes Einkommensgefälle. Die Hälfte der Arbeitskräfte ist in der Landwirtschaft beschäftigt, die aber nicht einmal ein Fünftel des BIP erwirtschaftet.

Nahezu unverändert bleibt die Sorge über die **Kriminalität**, die mit 28% auf Platz 3 liegt. Am meisten sind die Menschen in Indien über die Gewalt gegen Frauen beunruhigt, allein darauf entfallen 23% der Antworten. Diese Verbrechen sind vielfältig, etwa Entführungen, Säureangriffe sowie Morde an Inderinnen, denen Schwarze Magie vorgeworfen wird. Am häufigsten wird jedoch über Vergewaltigungen berichtet, an deren Folgen immer wieder Frauen sterben. Seit dem Tod einer Studentin 2012 ändert sich jedoch etwas: Über das Thema wird öffentlich gesprochen, immer mehr Frauen trauen sich, Anzeige zu erstatten, und es werden Spezialeinheiten der Polizei zum Schutz von Frauen eingerichtet. Doch

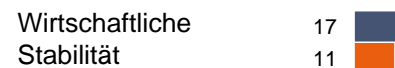
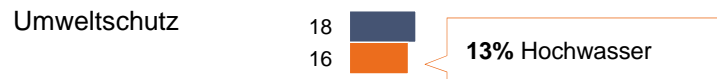
etwa Vergewaltigung in der Ehe gilt in Indien nach wie vor nicht als Straftat.

Die Sorge um die **Korruption** nimmt um 11 Prozentpunkte ab und liegt mit 25% auf Rang 4. Zwar erscheinen Medienberichten zufolge Regierungskreise und staatliche Stellen seit dem Amtsantritt von Modi deutlich transparenter, es gibt aber weiter Herausforderungen. So sind 2015 mehr als 40 Personen unter mysteriösen Umständen gestorben, die allesamt Beteiligte, Mitwisser oder Zeugen in einem aufgedeckten Skandal um gekaufte Examen waren. Auch der von Transparency International ermittelte Korruptionswahrnehmungsindex von 38 Punkten zeugt weiterhin von einer deutlich wahrnehmbaren Korruption.

Entspannung zeigt sich bei der **Verkehrspolitik**: Die Bedenken darüber nehmen von 15% auf 6% ab. Das könnte an geplanten Infrastrukturprojekten liegen. So soll etwa zwischen Delhi und Mumbai eine neue Hochgeschwindigkeitsstrecke für Güterzüge entstehen. Vielleicht liegt es aber auch an dem Anfang 2016 gestarteten Versuch, die Luft in Delhi durch eine Reduktion des Autoverkehrs zu verbessern. Ein Nebeneffekt dieser Maßnahme: Der Verkehr wurde deutlich flüssiger.

# Indonesien /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Indonesien zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.032 Befragte

## Indonesien /// Zentrale Ergebnisse (1)



Auch im Jahr 2016 steht die Beunruhigung über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** unangefochten auf Platz 1 der indonesischen Sorgenliste. Mit einem Anstieg von 10 Prozentpunkten liegt sie aktuell bei 43%. Dieser Zuwachs deckt sich mit der aktuellen Entwicklung der im internationalen Vergleich hohen Inflationsrate: 2015 sind die Preise laut OECD zum dritten Mal in Folge um 6,4% gestiegen. Während bei den Befragungen 2015 noch die Lebenshaltungskosten allgemein im Vordergrund standen, entfällt 2016 der Großteil der Antworten auf die bereits hohen und stetig steigenden Preise für Nahrungsmittel. Eine langanhaltende Dürre brachte große Ernteauffälle mit sich. Verstärkt wurde die Situation durch das Klimaphänomen El Niño, welches das Land 2015 besonders heftig traf.

Die Dürre hat auch die alljährlichen Wald- und Torfbrände verstärkt und die klimaschädlichen Emissionen ansteigen lassen, wodurch Indonesien 2015 zu den größten Treibhausgasemittenten weltweit aufstieg. Die Regierung setzt nun unter anderem verstärkt auf Waldbrandprävention. Auf dem dritten Platz liegt auch 2016 die Sorge über den **Umweltschutz**, die aber leicht auf 16% zurückgegangen ist. Beunruhigt zeigen sich die Bürger vor allem über die Hochwasserproblematik, die insgesamt 13% und in der Region

Jakarta 22% äußern. Die Metropole Jakarta war 2015 fünf größeren Überflutungen ausgesetzt. Weil sie pro Jahr um mehrere Zentimeter absinkt und von 13 Flüssen durchquert wird, ist die Stadt besonders gefährdet. 2014 wurde mit dem Bau einer Mauer begonnen, die Jakarta in Zukunft vor Hochwasser schützen soll. Während der Regenzeit kommt es auch in anderen Teilen des Inselstaats immer wieder zu Überschwemmungen. Im Februar 2016 mussten in acht Provinzen infolge sintflutartiger Regenfälle fast 90.000 Menschen evakuiert werden.

Die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** hat sich 2016 mehr als verdoppelt und belegt mit 33% nun den zweiten Platz. Anfang Februar 2016, kurz vor der Befragung zu dieser Studie, haben Unternehmen verschiedener Branchen Massenentlassungen angekündigt. So sollen in der Tabakindustrie viele Arbeitsplätze durch den Einsatz von Maschinen zur Zigarettenproduktion abgebaut werden. Das soll Kosten einsparen. Nach Angaben von Gewerkschaften ist auch die Elektronikbranche betroffen, wo bei gleich zwei Branchenriesen Kündigungen bevorstehen. Um gegen geplante Entlassungen und Lohnkürzungen zu protestieren, gingen im Februar 2016 in mehreren Städten tausende Arbeiter auf die Straße.



Die Arbeitslosenquote bleibt zwar laut ILO seit 2014 vergleichsweise stabil. Allerdings sind nicht alle Arbeitslosen registriert. So fallen Menschen, die im informellen Sektor ohne Arbeitsvertrag beschäftigt sind, durch das Raster. Ein weiterer Grund für die steigende Besorgnis könnte die verlangsamte Wirtschaftsentwicklung des Landes sein: Das Wachstum blieb 2015 wohl erstmals seit 2009 unter der 5%-Marke, nachdem in den Vorjahren teilweise Zuwächse von mehr als 6% gemessen wurden. Die Regierung hat wegen der wirtschaftlichen Abkühlung ab September 2015 weitreichende Reformmaßnahmen eingeleitet. Diese sollen unter anderem Investitionen vereinfachen, die Wertschöpfung im Land und die Kaufkraft der Bevölkerung stärken, die Energiekosten senken sowie den Landerwerb vereinfachen. Das Geschäfts- und Investitionsklima hat sich mit diesen Maßnahmen offenbar bereits merklich verbessert. Das scheinen die Menschen zu honorieren, denn die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** ist um 6 Prozentpunkte zurückgegangen und belegt mit 11% nun Rang 8.

Halbiert hat sich die Besorgnis über die **Korruption**, die mit

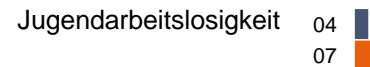
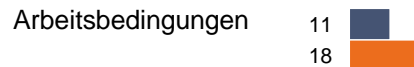
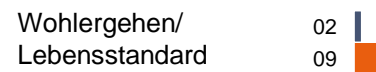
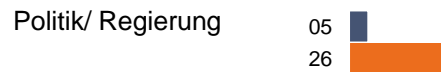
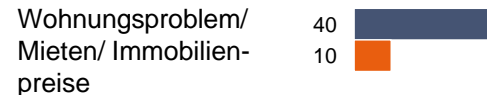
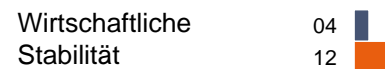
15% aber immer noch auf dem vierten Platz liegt. Der Corruption Perceptions Index von Transparency International verbessert sich 2015 minimal auf 36 Punkte. Damit wird in Indonesien Korruption noch immer stark wahrgenommen. Präsident Widodo räumt dem Kampf gegen die Korruption und die Unterschlagung öffentlicher Gelder höchste Priorität ein. Offensichtlich stoßen diese Maßnahmen bei der Bevölkerung auf Resonanz.

Auf Rang 5 findet sich nach leichtem Zuwachs auf 14% das Problemfeld **Kriminalität**. Im Januar 2016 verübte die Terrormiliz Islamischer Staat erstmals einen Anschlag in Indonesien, was die Sicherheitslage in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt hat. Das könnte die starke Beunruhigung teilweise erklären. Zudem ist die Rauschgiftkriminalität in dem südostasiatischen Land weit verbreitet. Indonesien gilt als Drehscheibe für den Drogenhandel, obwohl die Antidrogengesetze zu den schärfsten weltweit zählen. International steht die Todesstrafe für Drogendealer zwar in der Kritik, doch Präsident Widodo will weiter daran festhalten. Ebenfalls leicht gestiegen ist die Besorgnis über die **Suchtproblematik**, die mit 13% aktuell den siebten Platz belegt.



# Iran /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die im Iran zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.000 Befragte

## Iran /// Zentrale Ergebnisse (1)



Das Jahr 2016 begann für die Iraner erfreulich: Mitte Januar, kurz vor Beginn dieser Befragung, hoben die USA und die EU ihre Sanktionen gegen die Islamische Republik auf. Die internationale Atomenergiebehörde IAEA hatte bestätigt, dass der Iran die Vereinbarungen aus dem im Sommer 2015 geschlossenen Atomabkommen erfüllt. Diese Veränderung nach einer langen Phase der wirtschaftlichen Isolation schlägt sich auch in den Ergebnissen dieser Studie nieder. So nannte im vergangenen Jahr noch mehr als jeder vierte Iraner die Sanktionen gegen das eigene Land als Herausforderung – 2016 ist dieses Thema dagegen gar nicht mehr auf Sorgenliste vertreten. Zudem hat sich die Beunruhigung über die Weltpolitik von 16% auf 4% abgeschwächt. Auch wegen dieser Rückgänge sinkt die Anzahl der durchschnittlich genannten Themen von 2,9 auf aktuell 2,5 Antworten pro Person.

Angeführt wird das Ranking 2016 erneut von der Sorge um die **Preis-** und **Kaufkraftentwicklung**, die leicht auf 55% steigt. Zugleich nimmt die Sorge über den **Lebensstandard** um 2 Prozentpunkte zu. Zwar ist die Inflationsrate, die zeitweise deutlich über 30% lag, nach der Aufhebung der Sanktionen wieder gesunken. Doch laut Weltbank lag der Preisanstieg auch 2015

noch bei rund 14%. Darüber hinaus setzt die Regierung die 2010 gestartete Subventionsreform fort. Aktuell erhalten noch 95% der Bevölkerung jeden Monat staatliche Direktzahlungen. Die Zahl der Begünstigten soll künftig jedoch deutlich sinken. Bisher hat der Staat neben Grundnahrungsmitteln, Wasser und Strom auch Benzin subventioniert. Über ein sogenanntes „Smart Card“-System konnten Iraner monatlich 60 Liter vergünstigtes Benzin beziehen. Diese Regelung hat die Regierung bereits 2015 abgeschafft. Ein Grund dafür dürfte der niedrige Rohölpreis sein: Da die iranischen Einkünfte aus Rohstoffexporten rund 40% des BIP ausmachen, dürften dem Staat die Mittel für die Subvention fehlen.

Mit 29% folgt auf dem zweiten Platz die Besorgnis um die **Arbeitslosigkeit**, die im Vergleich zu 2015 allerdings um 8 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Die Beunruhigung über die **Jugendarbeitslosigkeit** ist dagegen leicht auf 7% gestiegen und liegt damit auf Rang 9. Der Arbeitsmarkt präsentiert sich relativ stabil, der ILO zufolge lag die Arbeitslosenquote 2014 bei 10,6% und für 2015 werden 10,5% erwartet. Die Jugendarbeitslosenquote liegt laut offiziellen Angaben der iranischen Behörden bei immerhin 26%.

## Iran /// Zentrale Ergebnisse (2)



Zwei Faktoren beeinflussen die offizielle Arbeitslosenstatistik Irans: Auf der einen Seite drängen jedes Jahr rund 700.000 relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte neu auf den Markt. Auf der anderen Seite gilt ein Iraner offiziell bereits dann als erwerbstätig, wenn er lediglich mindestens eine Stunde pro Woche arbeitet. Die Sorge über die **Arbeitsbedingungen** nimmt derweil von 11% auf 18% zu, wobei die Iraner vor allem Billiglöhne sowie die Höhe der Lohnnebenkosten kritisieren. Durch die Aufhebung der Sanktionen wird sich die Konjunktur wohl – nach einer Rezession 2012/2013 – wieder stabilisieren. Doch der niedrige Ölpreis bleibt ein Risikofaktor. Die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität** nimmt denn auch von 4% auf 12% zu. Deutlich an Brisanz verloren hat dagegen das **Wohnungsproblem**, das von 40% auf 10% zurückgegangen ist. Womöglich hoffen die Iraner, dass sich der Aufschwung auch in verstärkter Bautätigkeit niederschlägt. In der Hauptstadt Teheran hat der Verkauf von Wohnungen bereits zugelegt.

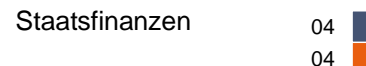
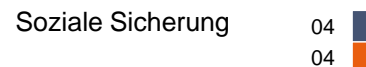
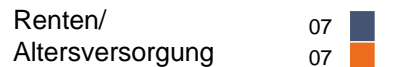
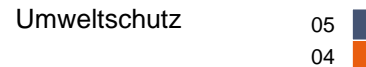
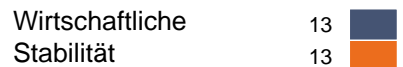
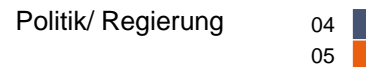
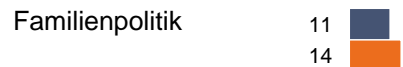
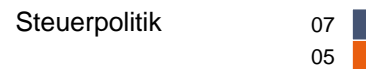
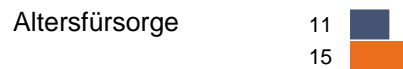
Dagegen hat sich 2016 die Besorgnis um **Politik** und **Regierung** mehr als verfünffacht und liegt mit 26% nun auf dem dritten Rang. Im Februar 2016, kurz nach dieser Befragung, wurde das Parlament neu gewählt. Die Wahl stand ganz im Zeichen des Atomabkommens. Bisher hatten die Konservativen, die Präsident

Rohanis Politik skeptisch gegenüber stehen, die Mehrheit im Parlament. Nach den Stichwahlen im April stand dann endgültig fest, dass Reformer und Gemäßigte um Präsident Rohani die stärkste Kraft geworden sind, wenn auch nicht mit absoluter Mehrheit. In jedem Fall aber stehen die Chancen für eine Fortsetzung des Reformkurses gut. Darauf weist auch hin, dass sich so viele Kandidaten zur Wahl aufstellen lassen wollten wie seit der Islamischen Revolution 1979 nicht mehr. Der von Konservativen dominierte Wächterrat überprüft vorab die Eignung der Kandidaten und hat rund 1.500 bereits ausgeschlossene Bewerber, vor allem Reformer, doch noch zugelassen.

Den fünften Platz belegt mit 13% die Sorge um die **Korruption**, die sich im Vergleich zu 2015 fast verdoppelt hat. Ein Grund dafür könnte der seit Oktober 2015 laufende Prozess gegen den iranischen Milliardär Sandschani sein, der inzwischen wegen Untreue zum Tode verurteilt wurde. Die Richter werfen ihm Korruption im Zusammenhang mit Ölexporten zur Zeit der internationalen Sanktionen vor. Ungeklärt bleiben bisher die Hintergründe dieses Falls, und die Justiz zeigt wenig Interesse an einer Aufklärung. Nicht überraschend weist ein CPI von 27 Punkten auf eine deutlich wahrnehmbare Korruption hin.

# Japan /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Japan zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.200 Befragte

## Japan /// Zentrale Ergebnisse (1)



In Japan nennen die Befragten im Durchschnitt nur ein einzelnes Thema, das ihnen Sorgen bereitet. Damit herrscht ein relativ geringer Problemdruck – zumindest oberflächlich betrachtet. Die Zurückhaltung dürfte jedoch eher an gesellschaftlichen Konventionen liegen als an einem Mangel an Problemen. Die japanische Kultur verlangt, Kritik nicht allzu offen zu äußern. Bei der vorliegenden Studie mit ihrer ergebnisoffenen Frage nach Missständen zeigt sich dies in einem hohen Anteil an „keine Antwort“ (30%) sowie an zahlreichen Antworten, die besagen, es gebe keine Probleme (9%). Das sind die höchsten Werte aller untersuchten Länder.

Wenn die Japaner überhaupt Kritik äußern, dann vor allem in Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. So belegt das Thema **Altersfürsorge** mit 15% Platz 1 des Rankings, das ist ein Plus von 4 Prozentpunkten gegenüber 2015. In keinem anderen Land weltweit altert die Bevölkerung so stark wie in Japan. Schon jetzt ist knapp ein Drittel der Japaner älter als 65 Jahre. Es mangelt bereits an Plätzen in Pflegeheimen und an Pflegekräften. Da das Land keine Zuwanderungspolitik betreibt, ist auch der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte derzeit keine Alternative. Viele

Ältere können sich, vor allem in Großstädten wie Tokio, die Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung nicht leisten. Daher bleibt die Betreuung oft Aufgabe der Kinder, vor allem der Töchter.

Die Gesamtentwicklung trägt vermutlich dazu bei, dass sich mit 14% etwas mehr Japaner als im Vorjahr beunruhigt über die **Familienpolitik** äußern, die damit auf Platz 2 liegt. 12% sind explizit besorgt über den demografischen Wandel und die Kinderlosigkeit. Denn diese führt nicht nur zu einer Alterung der Bevölkerung – sie lässt auch die Bevölkerung schrumpfen. Laut Zensus lebten 2015 fast eine Million Einwohner weniger in dem Land als 2010. Die Geburtenrate ist mit 1,4 Kindern pro Frau sehr niedrig, daran haben auch zusätzliche Betreuungsangebote und Finanzhilfen für Familien bislang nichts ändern können. Am Arbeitsplatz werden Frauen häufig diskriminiert, wenn sie Kinder haben oder auch nur ihre Schwangerschaft bekanntgeben. Der Wiedereinstieg wird ihnen oft erschwert, und wegen der langen Arbeitszeiten bleibt kaum Zeit für die Familie. Dabei herrscht bereits Fachkräftemangel in dem Hochtechnologieland, es kann auf Frauen in der Arbeitswelt nicht mehr verzichten.

## Japan /// Zentrale Ergebnisse (2)



Auch die finanzielle Absicherung im Alter macht den Japanern Sorgen. So ist das Thema **Renten** mit 7% die viertgrößte Herausforderung. Immer weniger Menschen zahlen in das Rentensystem ein, und immer mehr beanspruchen es. Um dem entgegenzuwirken, wurde zwar das Rentenalter erhöht. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt aber ebenfalls weiter an. Der „Melbourne Mercer Global Pension Index 2015“ bewertet Japan mit einem „D“, was dem Rentensystem einige Schwächen bescheinigt und ohne Verbesserungen die Nachhaltigkeit nicht mehr gewährleistet sieht. Vermutlich sind auch die großen Verluste des Pensionsfonds im Herbst 2015, die durch Turbulenzen auf dem chinesischen Finanzmarkt ausgelöst wurden, ein Grund für die Besorgnis. Der Pensionsfonds, aus dem sich ein Teil der Rentenzahlungen speist, setzt seit Herbst 2014 auf Druck der Regierung auf höhere Renditen und mehr Risiko. Seitdem wird weniger in Staatsanleihen und mehr in Aktien investiert.

Auf Platz 3 liegt mit unverändert 13% die Sorge um die **wirtschaftliche Stabilität**. Japan erzielt als eine der weltweit größten Volkswirtschaften zwar eine starke Wirtschaftsleistung. Das BIP wächst mit voraussichtlich 0,5% im Jahr 2015 aber nur

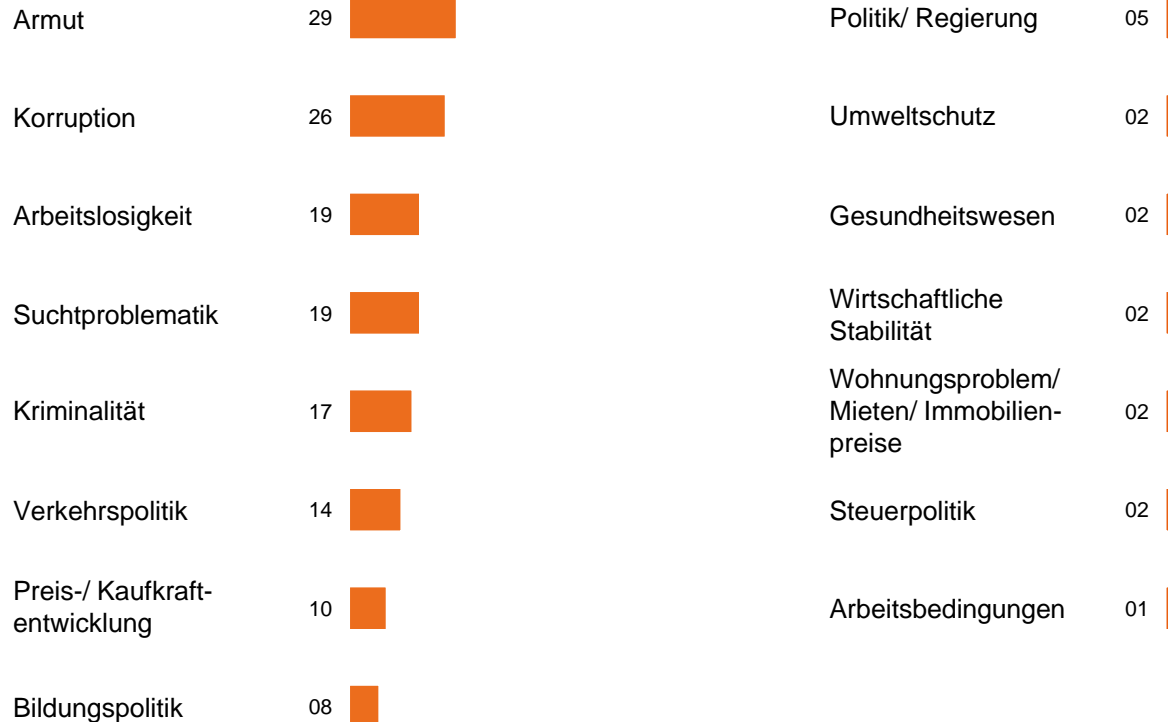
gering – was im Vergleich zum Vorjahr sogar schon eine Verbesserung darstellt. Zudem ist das Land hoch verschuldet, laut IWF mit 240% des BIP. Regierungschef Abe hat mit einer Politik des billigen Geldes versucht, die Konjunktur anzukurbeln. Zuletzt führte die japanische Zentralbank einen Negativzins von 0,1% für Geschäftsbanken ein. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum lässt jedoch weiterhin auf sich warten. Ebenso hat die Regierung das Ziel einer Inflationsrate von 2% bislang noch nicht erreicht. Diese lag 2015 laut OECD bei 0,8% – unter anderem wegen des niedrigen Ölpreises.

Über die **Welt- und Außenpolitik** machen sich 7% der Japaner Gedanken. Während die japanischen Streitkräfte bisher nur zur Selbstverteidigung eingesetzt werden durften, können sie nun auch angegriffene Bündnispartner unterstützen. Die Abkehr vom Grundsatz des Pazifismus in der Verfassung, der seit Ende des Zweiten Weltkriegs Bestand hatte, wird kontrovers diskutiert. Die Änderung wird vor allem mit möglichen Bedrohungen durch das aufgerüstete China sowie durch die unberechenbaren Nachbarn Nordkorea und Russland begründet.

# Philippinen /// Die Herausforderungen 2016

## Top 15

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die auf den Philippinen zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Nachrichtlich:  
Landwirtschaft/  
Lebensmittel: 1%  
Soziale Sicherung: 1%  
Jugendpolitik: 1%

Basis 2016: 1.000 Befragte; Nachrichtliche Nennungen ab 1,0%



Die Philippinen, das einzige überwiegend katholische Land Asiens, ist 2016 erstmals Teil dieser Studie. Die philippinische Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Derzeit leben rund 100 Millionen Einwohner auf dem Archipel mit seinen mehr als 7.000 Inseln.

Als größte Herausforderung sehen die Bürger mit 29% das Thema **Armut**. Die Regierung in der Hauptstadt Manila hat bereits Maßnahmen eingeleitet, mit denen unter anderem die Bildung und die Gesundheitsversorgung verbessert werden sollen. Dennoch leben nach Angaben der Philippine Statistics Authority 12% der Filipinos unterhalb der Einkommensgrenze, die mindestens notwendig ist, um den Grundnahrungsmittelbedarf zu decken. Die ungleiche Einkommensverteilung stellt ein großes Problem dar, die breite Bevölkerung profitiert nicht vom Wirtschaftswachstum. Der stabile Wachstumskurs der vergangenen Jahre setzte sich laut Weltbank fort, mit einem BIP-Wachstum von 5,8% im Jahr 2015. Über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung** zeigen sich nur 10% der Befragten besorgt. Die Inflationsrate betrug im Jahr 2015 laut Weltbank moderate 1,4%, bedingt durch den derzeit niedrigen Ölpreis. In den Jahren davor sind die Preise jedoch wesentlich stärker gestiegen, 2014 etwa um rund 4%.

Ein weitaus drängenderes Problem ist die **Korruption**, über die sich 26% der Befragten besorgt äußern. Transparency International attestiert den Philippinen mit einem CPI von 35 Punkten eine deutlich wahrgenommene Korruption. Diese zieht sich durch alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Zudem hat die Justiz bereits gegen einige Politiker ermittelt, darunter der frühere Präsident Aquino. Papst Franziskus mahnte bei seinem Besuch Anfang 2015 denn auch eindringlich an, gegen die Korruption und die Ungleichheit vorzugehen.

Mit 19% liegt die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** auf Rang 3. Die Arbeitslosenquote ist im Vergleich zu den anderen asiatischen Ländern in dieser Studie hoch (6,6% im Jahr 2014). Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit macht dem Land zu schaffen, denn die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter nimmt schneller zu, als neue Stellen geschaffen werden. Beim aktuellen Bevölkerungszuwachs von circa 2% pro Jahr müssten jährlich etwa eine Million neuer Stellen entstehen, um die Arbeitslosenquote stabil zu halten. Viele Bewohner verlassen mangels Alternativen das Land. Chancen bietet der Dienstleistungssektor: Zahlreiche internationale Firmen verlagern ihre Call Center oder ihre Buchhaltung in das Land. Auch der wachsende Tourismus lässt auf Arbeitsplätze hoffen.





Eine gute Bildung und Ausbildung erhöhen die Chancen auf einen Arbeitsplatz. Doch 8% der Befragten kritisieren die nationale **Bildungspolitik**, das bedeutet Rang 8. Die Zahl der Schulabbrecher auf den Philippinen ist hoch, die Klassen sind groß und die Gehälter der Lehrer niedrig. Es mangelt an Schulbüchern und Lehrmitteln. Die staatlichen Hochschulen können nicht mit der Qualität privater Bildungseinrichtungen mithalten. Doch letztere können sich wegen der hohen Studiengebühren nur wenige Filipinos leisten. Nun ist eine Reform der gesamten Schulausbildung geplant. So will die Regierung die Schulzeit von zehn auf zwölf Jahre verlängern sowie Schüler durch besondere Lehrangebote und Spezialisierungsmöglichkeiten besser auf den Beruf vorbereiten.

Sehr präsent in den philippinischen Medien ist die **Suchtproblematik**, 19% der Bevölkerung sehen hier Handlungsbedarf (Platz 4). Es gibt viele Drogenabhängige in dem asiatischen Land, und neben dem Konsum sorgen auch die Produktion in zahlreichen Drogenlaboren sowie der Handel für große Probleme. Aufgrund der geografischen Lage sind die Philippinen ein wichtiger Umschlagplatz für ganz Südostasien. Im ersten Quartal 2016 wurden laut Polizeiberichten mehr als 11.000 Personen im Zusammenhang mit

Drogen verhaftet. Und die Kriminalität betrifft auch die politischen Kreise: Zwischen 2011 und 2015 kamen mehr als 500 Regierungsbeamte in Haft, weil sie in den Drogenhandel involviert gewesen sein sollen.

In diesem Kontext ist die Sorge über die **Kriminalität** zu sehen, die 17% erreicht. Insgesamt stuft der „Crime and Safety Report 2016“ des US-Außenministeriums die Kriminalität in den Philippinen als hoch ein, insbesondere in den Stadtgebieten. Außer um Drogendelikte handelt es sich dabei vor allem um Diebstähle, tätliche Angriffe und Raubüberfälle. Zudem sind terroristische Organisationen wie die kommunistische NPA oder die islamistische Abu Sayyaf auf den Philippinen aktiv, die mit Entführungen Lösegeld erpressen. Der im Mai 2016 gewählte Präsident Duterte hatte im Wahlkampf, zum Zeitpunkt dieser Befragung, angekündigt, Kriminalität und Korruption eliminieren und die Todesstrafe wieder einführen zu wollen. Seine Vorgehenseise ist nicht unumstritten, denn in seiner Zeit als Bürgermeister der Stadt Davao wurden hunderte Kleinkriminelle umgebracht. Menschenrechtler sind der Ansicht, dass dies nicht ohne seine Duldung möglich war, und warnen bereits vor einem erneuten Erstarren diktatorischer Tendenzen im Land.

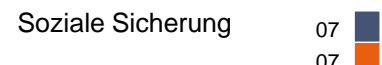
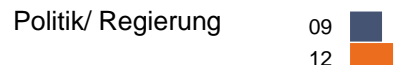
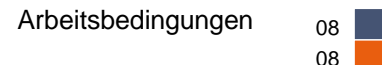
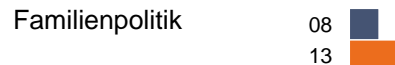
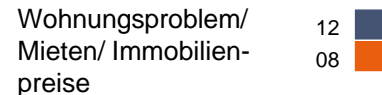
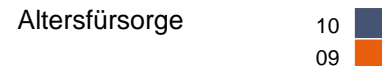
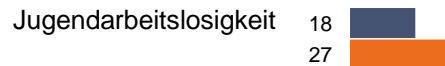
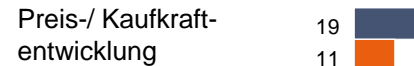
## Philippinen /// Zentrale Ergebnisse (3)



Ein weiteres Wahlkampfthema stellte die **Verkehrspolitik** dar. Insgesamt zeigen sich 14% der Bürger besorgt darüber, was den sechsten Platz bedeutet. Das hohe Verkehrsaufkommen nennen explizit 11% der Befragten als Problem. Gerade in der Hauptstadt Manila staut sich der zunehmende Autoverkehr in den Straßen und die Infrastruktur hält nicht Schritt mit der stetig wachsenden Anzahl an Fahrzeugen. Zudem gibt es derzeit keine echten Alternativen. Während des Präsidentschaftswahlkampfes unterbreiteten alle Kandidaten Lösungsvorschläge für das Verkehrsproblem. Der neue Präsident Duterte etwa kündigte an, die Kapazität des Bahnnetzes zu erhöhen. Aber auch die Vorgängerregierung investierte bereits, zum Beispiel in ein Bussystem oder den Ausbau der Videoüberwachung, um Verkehrssünder besser zur Rechenschaft ziehen zu können. Investitionen in den Bau von Straßen werden allerdings nicht von allen Bürgern positiv gesehen, Manche sind der Meinung, dass der Bau von Straßen das Gegenteil bewirken und noch mehr Autos die Folge sein könnten. Sie sehen die Lösung eher in einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehrssystem.

# Südkorea /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Südkorea zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.525 Befragte

Nachrichtlich:  
Armut: 7%  
(2015: 7%)



In Südkorea geht der Problemdruck 2016 merklich zurück: Nach durchschnittlich 2,3 Herausforderungen im Jahr 2015 äußern die befragten Bürger aktuell noch 1,9 Themen. Auch die wichtigsten Herausforderungen entwickeln sich teilweise rückläufig, auch wenn sie für die Bevölkerung weiterhin sehr relevant sind.

Die Liste der Sorgengründe wird 2016 wieder von der **wirtschaftlichen Stabilität** angeführt. Die Besorgnis darüber geht jedoch von 42% auf 32% zurück. Das Wirtschaftswachstum hatte sich 2015 laut OECD auf 2,6% verlangsamt, nach einem Plus von 3,3% im Jahr zuvor. Für 2016 prognostizieren Beobachter wieder einen BIP-Zuwachs von rund 3%. Es zeichnet sich also eine leichte Verbesserung ab. Ein Grund für die Abschwächung 2015 war der Rückgang der Exporte, die fast die Hälfte des BIP ausmachen. Hier wirkt sich die konjunkturelle Schwäche von Südkoreas wichtigstem Handelspartner China ebenso aus wie die Zurückhaltung anderer importierender Schwellenländer aufgrund des niedrigen Ölpreises. So sind die Exporte nach Brasilien um fast 40% und die nach Russland um etwa 50% eingebrochen. Die Wirtschaft ist zudem abhängig von wenigen exportorientierten Großunternehmen, den „Jaebeol“ genannten Familien-Mischkonzernen. Präsidentin Park strebt mehr wirtschaftliche Diversifizierung an, indem sie Start-ups

sowie kleine und mittlere Unternehmen fördert. Die Konjunktur soll so auch über den privaten Konsum stabilisiert werden.

Größere Anschaffungen tätigen Menschen eher, wenn ihre Einkommen sicher sind. Doch auf den Plätzen 2 und 3 rangiert die Sorge um die **Arbeitslosigkeit** und die **Jugendarbeitslosigkeit**. Die Beunruhigung über die Arbeitslosigkeit insgesamt geht um 4 Prozentpunkte auf 17% zurück. Die offizielle Arbeitslosenquote ist 2015 mit 3,6% nahezu konstant niedrig geblieben. Anders sieht es bei der Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen aus, die laut OECD 2015 auf 10,5% und bis März 2016 sogar auf 11,6% gestiegen ist. Die Sorge um die Jugendarbeitslosigkeit nimmt 2016 von 18% auf 27% zu. Zwei Drittel der jungen Südkoreaner haben ein abgeschlossenes Studium, das sie meist über Kredite finanziert haben. Für die verfügbaren Stellen sind die Absolventen aber häufig über- oder fehlqualifiziert, was sich negativ auf das Gehalt auswirkt. Mitte November 2015 gingen in Seoul Zehntausende auf die Straße, um gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitsmarktpolitik zu protestieren. Die Regierung hat bereits die Gesetze für Zeitarbeiter zugunsten der Arbeitgeberinteressen gelockert und plant eine weitere Liberalisierung des Arbeitsmarkts.



In diesem Kontext kritisieren 8% der Koreaner auch die **Arbeitsbedingungen**. Ein hoher Leistungsdruck, der bereits in der Schule beginnt, gepaart mit sehr langen Arbeitszeiten könnte auch dazu beitragen, dass die Suizidrate in Südkorea im Vergleich aller OECD-Länder am höchsten ist. Die langen Arbeitszeiten erschweren zudem das Familienleben und den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach einer Kinderpause. Um 5 Prozentpunkte zugenommen hat die Sorge um die **Familienpolitik**, die mit 13% auf dem vierten Platz liegt. Die Hälfte der Antworten bezieht sich auf die Kinderlosigkeit und den demografischen Wandel. In Südkorea kriegen Frauen durchschnittlich nur 1,2 Kinder, das ist die niedrigste Geburtenrate aller OECD-Länder. Viele Koreanerinnen hatten sich von der ersten Frau an der Staatsspitze mehr Einsatz für Frauenrechte erhofft.

Die Beunruhigung über die **Politik** und die **Regierung** nimmt ebenfalls leicht zu und belegt mit 12% den fünften Platz. Mitte April 2016, also nach der Befragung zu dieser Studie, wählten die Koreaner ein neues Parlament. Die Wahlbeteiligung war mit 58% sehr hoch, und die Koreaner zeigten sich dabei unzufrieden mit der Regierung. So hat die konservative Partei Saenuri von Präsidentin

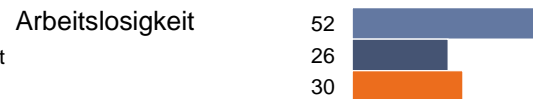
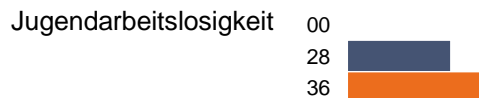
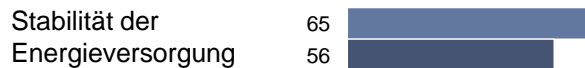
Park nach 16 Jahren die Mehrheit im Parlament verloren. Sieger wurde die größte Oppositionspartei, die sozial-liberale Minjoo, der vor allem junge, gut ausgebildete Koreaner ihre Stimme gegeben haben. Mit dieser Wahl wurde aber auch das seit 20 Jahren bestehende Zwei-Parteien-System abgelöst, indem die neu gegründete Volkspartei ebenfalls in das Parlament einzog. Beim Wahlkampf standen die Konjunktur, die Jugendarbeitslosigkeit sowie der vielkritisierte Umgang der Regierung mit dem Ausbruch des Mers-Virus 2015 im Fokus. Ein weiteres Wahlkampfthema waren die Beziehungen zu Nordkorea, das im Januar 2016 Atomwaffentests durchgeführt und die Armee mobilisiert hat. Seitdem verschärfen sich die Spannungen zwischen den Nachbarländern.

Deutlich abgenommen hat dagegen die Sorge über die **Preis- und Kaufkraftentwicklung**, die mit 11% den sechsten Platz im Sorgenranking belegt. Dies deckt sich mit der Entwicklung der Inflationsrate, die ebenfalls rückläufig ist: 2015 betrug die Teuerung nur 0,7%, nach noch 1,3% im Jahr 2014. Für die südkoreanische Zentralbank ist dieser Rückgang jedoch ein Grund zur Sorge, daher senkte sie im Juni 2016 die Zinsen auf ein Rekordtief von 1,25%, um so die Wirtschaft anzukurbeln.

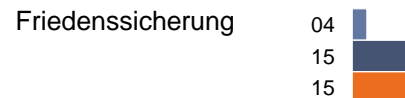
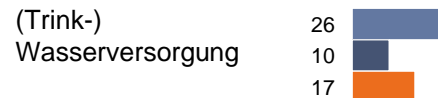
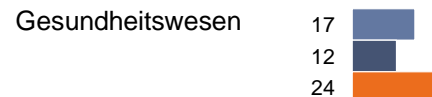
# 5 Afrika

# Nigeria /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Nigeria zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)



Arbeitslosigkeit  
gesamt (netto)  
2014: 52%  
2015: 53%  
2016: 57%



Nachrichtlich:  
Kriminalität: 14%  
(2015: 23%), Platz 11  
Terrorismus: 12%  
(2015: 17%), Platz 12

■ 2014  
■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.000 Befragte



Infrastruktur, Kaufkraft, Arbeit und Bildung dominieren 2016 die Sorgengründe in Nigeria, der größten Volkswirtschaft Afrikas. Zum dritten Mal in Folge führt dabei die unzureichende **Stabilität der Energieversorgung** (62%) das Ranking an. Mitte 2015 verfügte das bevölkerungsreichste afrikanische Land laut GTAI nur über etwa 6.100 Megawatt Stromversorgung. Die Regierung schätzt den Strombedarf mit 12.800 MW auf mehr als doppelt so hoch, der eigentliche Bedarf dürfte sogar noch höher liegen. Zum Vergleich: Den Südafrikanern steht pro Kopf das 30- bis 40-Fache zur Verfügung. Eine der dringenden Aufgaben des seit 2015 amtierenden Präsidenten Buhari ist somit die Verbesserung der Stromversorgung. Dieses Ziel will die Regierung über Privatisierungen und den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien erreichen. Derzeit erzeugen noch teure Dieselgeneratoren einen Großteil des Stroms.

Die Sorge um die Entwicklung der **Preise** und der **Kaufkraft** hat sich mehr als verdoppelt und nimmt 2016 mit 43% den zweiten Platz ein. Hier wirkt sich der seit längerem sehr niedrige Rohölpreis aus. Nigeria ist einer der größten Erdölproduzenten des Kontinents, der Ölsektor erwirtschaftet rund 80% der Exporteinnahmen. Für einen ausgeglichenen Haushalt müsste der Preis für ein Barrel

Rohöl bei 120 US-Dollar liegen, im März 2016 betrug dieser aber nur rund 40 US-Dollar. Durch den Preisverfall wird die einheimische Währung Naira abgewertet. Die Inflation steigt im Frühjahr 2016 laut Zentralbank auf mehr als 12%. Der Großteil der Antworten in dieser Kategorie entfällt daher auf gestiegene Lebenshaltungs- und Nahrungsmittelkosten. Doch auch hohe Benzinpreise werden kritisiert, was eine Folge der Anfang 2016 gekürzten Subventionen sein dürfte. Um Nigeria künftig unabhängiger von der Ölwirtschaft zu machen, soll die Wirtschaft nun diversifiziert werden.

Aufgrund der sinkenden Staatseinnahmen legt die Regierung Pläne für Schulen und Krankenhäuser sowie für Infrastrukturprojekte auf Eis. Das dürfte den Bürgern nicht gefallen, denn auf dem dritten Platz folgt erneut die Sorge um die **Verkehrspolitik**. Sie ist um 12 Prozentpunkte auf 39% gestiegen. Die Straßen sind in schlechtem Zustand, und das Bahnnetz ist mangelhaft, worunter auch die Wirtschaft leidet. Ein Lichtblick könnte der Anfang 2016 von der Weltbank gewährte Kredit über 200 Millionen US-Dollar sein, mit dem die Infrastruktur in der Wirtschaftsmetropole Lagos ausgebaut werden soll. Investiert wurde auch schon in den Jahren zuvor – nur sind diese Mittel teilweise versickert.





Die **Korruption** bleibt somit auch eine konstante Sorge, mit 24% liegt sie 2016 auf Rang 7. Mit einem CPI von 26 Punkten attestiert Transparency International dem Land eine deutlich wahrnehmbare Korruption.

Auf Platz 4 rangiert die **Bildungspolitik**, worüber sich 38% der Befragten Gedanken machen – das ist ein Anstieg um 12 Prozentpunkte. Die Analphabeten-Rate liegt insgesamt bei 40%, etwa jede zweite Frau kann nicht lesen und schreiben. Eine Verbesserung ist nicht zu erwarten: Das Schulsystem ist marode, Millionen Kinder gehen gar nicht zur Schule, davon laut Unicef rund eine Million Kinder im Nordosten des Landes sowie in den angrenzenden Staaten, die durch den Terror von Boko Haram davon abgehalten werden. Die Terrormiliz greift seit Jahren gezielt Bildungseinrichtungen an, mehr als 600 Lehrer sollen schon getötet worden sein. Aus Angst vor Terror und Entführungen haben mehr als 2.000 Einrichtungen geschlossen. Fehlende Bildung und mangelnde Perspektiven bilden wiederum den Nährboden für Extremismus.

Immerhin scheint das Vorgehen von Präsident Buhari gegen den Terrorismus Hoffnung bei der Bevölkerung zu wecken. So ist die Besorgnis über den **Terrorismus** von 17% auf 12% gesunken

und 2016 nicht mehr unter den Top Ten des Rankings vertreten. Auch im Norden des Landes, der besonders unter dem islamistischen Terror leidet, ist die Sorge zurückgegangen, mit 22% ist sie hier aber weiterhin ausgeprägter als im Landesschnitt. Frieden scheinen die Nigerianer noch nicht zu sehen: Wie im 2015 fordern 15% der Bürger mehr **Friedenssicherung** ein (Platz 10).

Die Sorge um die **Jugendarbeitslosigkeit** steht nach einem spürbaren Anstieg auf 36% auf Platz 5 des Rankings. Zusammen mit der Sorge über die **Arbeitslosigkeit** allgemein (30%) hat die Besorgnis in diesem Bereich um 4 Prozentpunkte auf 57% zugenommen. Die offiziellen Angaben zur Arbeitslosigkeit in Nigeria variieren stark, doch geschätzt sind zwischen 20% und 50% der Menschen arbeitslos – bei den unter 25-Jährigen sogar rund 60%.

Fast alle der drängendsten Herausforderungen gewinnen an Brisanz – teils sogar deutlich. Zudem erhöht sich die Anzahl der von jedem Bürger genannten Probleme von 3,6 im Jahr 2015 auf durchschnittlich **4,3 Sorgen**. Damit liegt Nigeria auch 2016 im Ländervergleich auf dem ersten Platz. Vor dem Hintergrund überrascht es nicht, dass Anfang 2016 die Mehrzahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Italien kommen, aus Nigeria stammen.

# Südafrika /// Die Herausforderungen 2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Südafrika zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)


**Kriminalität**

**Bildungspolitik**

**Arbeitslosigkeit**

**Politik/ Regierung**

**Suchtproblematik  
(Alkohol, Nikotin,  
Drogen)**

**Armut**

**Korruption**

**Preis-/ Kaufkraft-  
entwicklung**

**Wohnungsproblem/  
Mieten/ Immobilien-  
preise**

**Verkehrspolitik**


■ 2014  
■ 2015  
■ 2016

Basis 2016: 1.200 Befragte

Nachrichtlich:  
Zuwanderung/  
Integration: 3%  
(2015: 3%)  
Wirtschaftliche  
Stabilität: 3%  
(2015: 1%)



Ebenso wie im vergangenen Jahr steht auch 2016 das Thema **Kriminalität** auf dem ersten Platz bei den Sorgen der Südafrikaner. Im Vergleich zu 2015 ging die Beunruhigung darüber zwar leicht zurück. Doch noch immer sehen 43% die Verbrechensrate als größte Herausforderung für das Land. Laut der im Herbst 2015 veröffentlichten Kriminalitätsstatistik ist die Zahl der Tötungsdelikte erneut gestiegen, und zwar um 4,6% auf 17.085 gewaltsam Getötete. Die jährliche Mordquote von 33 pro 100.000 Einwohnern liegt rund sechs Mal höher als der globale Durchschnitt. Ebenfalls zugenommen haben unter anderem das „Carjacking“, also der Raub von Autos unter Androhung von Gewalt, sowie der Diebstahl von Lkw. Weil bei vielen Menschen Fälle wie der des Paralympics-Stars Pistorius den Eindruck entstehen lassen, die Justiz behandle nicht alle Bürger gleich, und weil viele Südafrikaner der Meinung sind, die Polizei vernachlässige ganze Stadtviertel und greife nicht ausreichend durch, kommt es zu Unruhen und Selbstjustiz. Letztere ist besonders in den Townships ein Problem, wo durchschnittlich zwei Lynchmorde pro Tag verübt werden.

Das mit der Kriminalität verwandte Problem **Korruption** zeigt gegenüber dem Vorjahr einen minimalen Rückgang auf 12%, be-

legt aber weiterhin den vierten Rang. Dem Corruption Perceptions Index von Transparency International zufolge ist in Südafrika Korruption deutlich wahrnehmbar. In der öffentlichen Kritik steht vor allem Präsident Zuma. Bereits 2014 wurde ihm vorgeworfen, er habe den aufwendigen Ausbau seines privaten Anwesens durch Steuergelder finanziert. Nun hat eine Entscheidung im Dezember 2015 tausende Bürger auf die Straße gebracht: Zuma entließ den international angesehenen Finanzminister Nene ohne Angabe von Gründen und ersetzte ihn durch den unbekannteren van Rooyen. Nene hatte sich besonders gegen überzogene Ausgaben ausgesprochen – etwa bei der Anschaffung von neuen Flugzeugen durch die nationale Fluggesellschaft oder beim Bau von Atomkraftwerken. Nachdem sein Ausscheiden jedoch die Landeswährung und die Aktienmärkte unter Druck gebracht hatte, ernannte Zuma innerhalb von nur vier Tagen mit Gordham den nächsten Finanzminister. Mittlerweile fordern bei Demonstrationen immer mehr Bürger den Rücktritt Zumas. Womöglich nimmt auch deshalb die Sorge über die **Politik** und die **Regierung** um 3 Prozentpunkte auf 7% zu. Mit Spannung werden die Ergebnisse der Kommunalwahlen im August 2016 erwartet.



Mit 36% bleibt die Sorge über die **Arbeitslosigkeit** unverändert, sie liegt zum dritten Mal in Folge auf Platz 2. Dem nationalen Statistikamt zufolge war 2015 etwa jeder vierte Südafrikaner ohne Arbeit, damit stagnierte die Arbeitslosenquote auf hohem Niveau. Bei den 15- bis 24-Jährigen war sogar jeder zweite arbeitslos. Und inoffiziell könnte die Quote noch weitaus höher sein.

Die Perspektivlosigkeit führt häufig zu Drogenkonsum, der die Bürger zunehmend beunruhigt. So ist die Sorge um die **Suchtproblematik** zum zweiten Mal in Folge leicht angestiegen, sie nimmt nun mit 13% den dritten Platz im Ranking ein. Besonders die rasante Verbreitung der Droge Whoonga dürfte zur Beunruhigung beitragen. Die aus minderwertigem Heroin und weiteren Bestandteilen gemischte und relativ billige Droge ist unter arbeitslosen jungen Menschen in den Townships weit verbreitet. Finanziert wird die Sucht auch über Diebstähle und Einbrüche – was wiederum auch die Besorgnis über Verbrechen schürt.

Nachdem die Nennungen des **Wohnungsproblems** im vergangenen Jahr zurückgegangen waren, erreicht die Besorgnis darüber 2016 mit 11% wieder das Niveau von 2014. In Südafrika wächst die Bevölkerung, und viele Menschen ziehen in die Städte.

Dadurch dehnen sich auch die Townships mit ihren oft notdürftig errichteten Unterkünften weiter aus. Insgesamt fehlen in Südafrika mehr als zwei Millionen Wohneinheiten. Den Mangel will die Regierung nun mit einem Wohnungsbauprogramm bekämpfen.

Nach einem Rückgang steigt auch die Sorge um die **Bildungspolitik** wieder an, und zwar um 4 Prozentpunkte auf 10%. Auch mehr als 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid sind die Bildungschancen für Schwarze und Weiße noch immer sehr unterschiedlich. Letztere gehen eher auf Privatschulen, die sich der Großteil der schwarzen Bevölkerung nicht leisten kann. An den öffentlichen Schulen ist die Ausbildung jedoch schlechter. Wenn es Angehörige der ärmeren Bevölkerungsschichten im Anschluss überhaupt auf eine Universität schaffen, dann können viele die jährlichen Gesamtkosten für ein Studium von rund 7.000 Euro nur über Kredite finanzieren. Diese Schulden belasten die Akademiker oft noch Jahre nach ihrem Abschluss. Nach der Ankündigung der Regierung im Herbst 2015, die Studiengebühren um elf Prozent weiter zu erhöhen, kam es landesweit zu Protesten. Daraufhin nahm Präsident Zuma die Erhöhung zurück und stellte eine Debatte über die Verschuldung in Aussicht.

# 6 Wirtschaftsindikatoren, Anhang und Methode

# Wirtschaftsindikatoren im Überblick 2016

(Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren jedes Landes)

110

	Österreich	Belgien	Frankreich	Deutschland	Italien	Niederlande	Polen	Russland	Spanien	Schweden	Schweiz	Türkei
Wachstumsrate BIP (real) in % – 2015 vgl. OECD	0,9	1,4	1,2	1,7	0,8	2,0	3,6	-3,7***	3,2	4,1	1,9*	2,9*
Arbeitslosenquote in % – 2015 vgl. OECD	5,7	8,5	10,4	4,6	11,9	6,9	7,5	-	22,1	7,4	4,5	10,3
Arbeitslosenquote in % – 2014 vgl. OECD	5,6	8,5	10,3	5,0	12,7	7,4	9,0	5,2**	24,5	7,9	4,5	10,0
Inflationsrate in % – 2015 vgl. OECD	0,9	0,6	0,0	0,2	0,0	0,6	-0,9	15,5	-0,5	0,0	-1,1	7,7
	Groß- britannien	Brasilien	Mexiko	USA	Indien	Indonesien	Iran	Japan	Philippinen	Südkorea	Nigeria	Südafrika
Wachstumsrate BIP (real) in % – 2015 vgl. OECD	2,3	0,1*	2,3*	2,4*	7,2*	5,0*	4,3*	-0,1*	6,1*	3,3*	6,3*	1,5*
Arbeitslosenquote in % – 2015 vgl. OECD	5,3	6,8**	4,4	5,3	-	6,2**	-	3,4	-	3,6	-	-
Arbeitslosenquote in % – 2014 vgl. OECD	6,2	4,8**	4,8	6,2	3,6*	5,9**	10,6**	3,6	6,6**	3,5	-	24,9**
Inflationsrate in % – 2015 vgl. OECD	0,0	9,0	2,7	0,1	5,9	6,4	13,7***	0,8	1,4***	0,7	9,0***	4,5


Quelle: OECD (Stand Mai 2016)

\*vgl. Weltbank (2014); \*\*vgl. International Labour Organisation (ILO, Stand Juni 2016); \*\*\*vgl. Weltbank (2015, Stand Mai 2016 bzw. Russland Stand August 2016)

# Deutschland /// Die Herausforderungen 1992-2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)


111

 freie Antworten	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Zuwanderung/ Integration	68	31	24	20	18	15	12	11	11	13	13	7	6	7	13	7	9	7	8	16	7	8	13	35	83
Arbeitslosigkeit	39	62	66	61	81	79	86	71	66	59	74	75	77	81	80	67	53	57	66	55	34	32	33	22	13
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	10	6	5	6	12	13	14	15	10
Kriminalität	7	9	18	19	13	9	19	9	10	10	17	10	7	6	6	10	13	8	15	17	7	8	11	10	10
Politik/ Regierung	3	3	4	1	2	3	3	2	4	3	6	7	8	8	6	7	9	10	10	12	13	7	7	6	10
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	4	6	7	9	10	17	14	14	23	12	16	12	15	9
Renten/ Altersversorgung	3	10	9	10	17	15	14	10	17	15	12	18	20	12	18	18	23	9	19	17	13	14	24	16	8
Soziale Sicherung	4	11	6	8	9	8	9	7	7	7	8	12	13	7	10	8	13	13	17	25	11	12	11	9	8
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	8	9	7	7	4	5	4	2	5	15	14	10	9	11	11	18	37	13	24	33	26	29	26	16	8
Weltpolitik/ Europapolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	2	4	3	4	4	7	7
Wirtschaftliche Stabilität	9	14	13	7	7	7	5	4	4	4	11	16	16	12	8	6	7	36	26	14	24	16	10	15	6
Wohnungsproblem/ Mieten	20	12	14	8	6	3	1	0	1	1	1	0	0	-	1	1	1	1	1	2	1	3	5	4	6
Gesundheitswesen	4	10	4	2	3	4	6	2	6	5	5	15	14	7	15	13	12	10	21	19	11	7	10	9	6
Rechtsradikalismus	4	6	7	2	0	0	2	0	1	6	2	0	0	0	1	1	1	1	0	1	3	1	1	2	5
Umweltschutz	16	15	15	23	13	6	5	4	6	11	5	4	3	3	5	16	12	7	10	14	12	7	10	6	5
Basis:	3.031	2.992	2.141	2.455	2.427	2.521	2.486	2.492	2.451	2.452	2.022	1.959	1.979	1.955	1.974	1.971	2.010	2.072	2.063	2.076	2.087	2.042	2.018	1.960	2.104

\*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

# Deutschland /// Die Herausforderungen Alte Bundesländer 1992-2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)


 freie Antworten	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Zuwanderung/ Integration	73	35	28	23	20	17	14	10	12	13	15	7	7	6	15	8	10	8	9	17	7	8	14	35	84
Arbeitslosigkeit	31	58	63	58	80	77	84	69	64	55	71	73	75	80	79	64	51	55	64	53	32	28	32	21	12
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	3	9	5	5	6	11	13	15	16	9
Kriminalität	5	8	16	18	11	8	17	9	8	9	17	9	6	6	6	10	13	7	15	16	7	8	11	10	9
Bildungspolitik	1	1	1	1	1	1	3	3	3	4	5	5	7	7	9	10	17	14	14	23	12	17	12	14	9
Politik/ Regierung	3	3	4	1	1	3	3	2	4	3	6	6	8	8	5	6	9	10	10	11	14	6	6	5	8
Renten/ Altersversorgung	3	11	10	11	19	17	16	11	19	16	13	19	22	14	20	19	24	9	19	18	13	14	26	16	8
Weltpolitik/ Europapolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	2	4	3	4	4	7	8
Soziale Sicherung	2	10	5	7	8	6	9	6	6	7	7	11	11	7	9	7	12	12	17	24	10	13	11	8	8
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	10	11	7	8	4	5	4	2	5	14	12	9	9	11	10	16	37	13	22	31	24	26	23	15	7
Wohnungsproblem/ Mieten	21	13	15	8	6	3	1	0	1	1	1	-	-	1	1	1	1	1	1	2	1	3	5	4	7
Wirtschaftliche Stabilität	5	12	13	6	6	7	5	4	4	4	11	16	17	12	7	5	6	38	27	14	25	16	9	16	6
Gesundheitswesen	5	12	5	2	3	5	6	2	6	5	5	16	15	8	15	13	12	10	21	17	10	8	10	9	6
Rechtsradikalismus	4	6	7	2	0	0	2	0	1	6	2	0	-	1	1	1	1	1	0	0	3	1	0	3	5
Umweltschutz	18	17	17	26	15	7	5	5	7	13	6	5	3	3	5	16	14	8	11	14	13	7	11	7	5
Basis:	2.028	1.997	1.708	1.945	1.932	2.002	1.975	1.979	1.946	1.952	1.607	1.557	1.575	1.560	1.575	1.575	1.614	1.666	1.669	1.723	1.732	1.621	1.608	1.562	1.677

\*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen



# Deutschland /// Die Herausforderungen Neue Bundesländer 1992-2016

... % der Befragten nannten als dringendste Aufgaben, die in Deutschland zu lösen sind (freie Antworten; in %; gerundet; Mehrfachnennungen möglich)

 freie Antworten	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Zuwanderung/ Integration	49	18	10	7	11	5	5	8	8	12	7	4	3	4	8	2	5	4	6	12	3	5	9	35	81
Arbeitslosigkeit	73	80	78	74	86	85	92	78	76	79	87	82	84	86	85	76	63	63	73	68	45	44	40	27	16
Politik/ Regierung	4	5	2	0	2	3	4	1	4	2	7	11	6	8	9	10	12	12	12	17	12	8	9	10	14
Armut*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	3	4	13	6	6	7	12	11	11	12	11
Kriminalität	16	13	24	25	19	13	26	9	16	13	16	11	8	8	7	10	13	13	15	21	8	8	13	13	11
Preis-/ Kaufkraftentwicklung	2	2	6	2	4	4	6	3	5	20	14	14	10	13	13	27	39	15	31	43	39	38	34	17	10
Bildungspolitik	1	1	1	1	0	0	2	3	2	3	4	3	6	5	9	8	16	13	13	22	9	14	10	15	10
Soziale Sicherung	11	16	12	13	15	14	11	9	8	9	13	16	20	9	16	12	18	18	17	32	14	11	13	14	9
Wirtschaftliche Stabilität	27	21	11	12	10	8	7	4	3	4	12	14	14	15	10	6	10	29	22	14	18	15	10	14	8
Renten/ Altersversorgung	3	4	5	6	8	7	7	7	8	11	6	13	12	6	12	11	17	9	17	16	13	11	19	14	7
Friedenssicherung	1	2	6	4	2	1	0	6	1	2	2	5	4	2	1	3	4	3	6	7	4	5	5	12	6
Gesundheitswesen	1	0	1	1	1	2	5	2	4	5	5	10	11	4	15	12	10	12	21	25	12	6	10	9	6
Umweltschutz	6	6	6	11	6	4	3	1	2	7	4	0	2	4	5	14	5	3	6	14	7	4	9	4	5
Weltpolitik/ Europapolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1	2	3	4	5	4	5	5
Familienpolitik*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	1	3	4	7	9	6	9	8	12	9	8	12	7	5
Basis:	1.003	995	433	510	495	519	511	513	505	500	415	402	404	395	399	396	396	406	394	353	355	421	410	398	427

\*Werte in den Vorjahren nie unter den wichtigsten Problemen

## Informationen zur Studie und zum Bericht

### Fragestellung

Es handelt sich um eine einzige offene Frage, ohne jegliche Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen sind möglich:

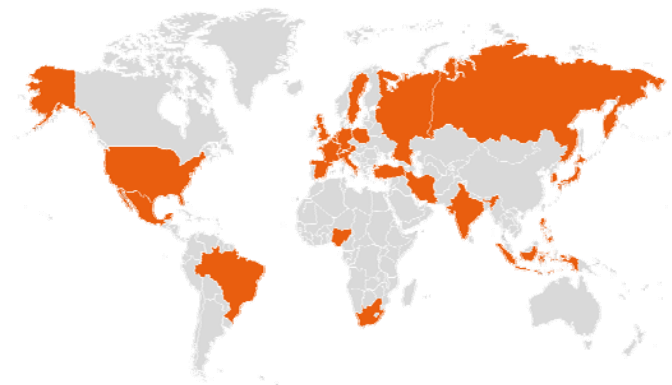
„Was sind Ihrer Meinung nach die dringendsten Aufgaben, die heute [im jeweiligen Land] zu lösen sind?“














### Abdeckung

2016: 24 Länder weltweit  
(Länder und ihre regionale Abdeckung siehe Methodik)


### Charts

- Bei den Werten auf den Datencharts handelt es sich um gerundete und – bei den „Nationen im Überblick“ – um hochgerechnete Zahlen
- Der Wert „00“ bedeutet, dass die Nennungen für die Herausforderung weniger als 0,5% betragen
- Der Wert „-“ bedeutet, dass die Herausforderung nicht genannt wurde



Europa	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Prozent	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Mio. Personen	Anzahl der Interviews	Methode	Alter	Regionale Abdeckung	Feldzeit	Befragung seit
 Österreich	82,7%	7,1 Mio.	1.000	CAPI	15+	Landesweit	Feb 16	2001
 Belgien	83,0%	9,4 Mio.	1.043	CATI	15+	Landesweit	Feb / März 16	2006
 Frankreich	81,5%	52,5 Mio.	1.002	CAPI	15+	Landesweit	Feb 16	2001
 Deutschland	88,0%	71,0 Mio.	2.104	CAPI	14+	Landesweit	Feb / März 16	1990
 Italien	86,3%	51,6 Mio.	1.026	CAPI	15+	Landesweit	Feb 16	2001
 Niederlande	80,0%	13,5 Mio.	1.078	CATI	15+	Landesweit	Feb 16	2001
 Polen	85,0%	32,8 Mio.	1.000	CAPI	15+	Landesweit	Feb 16	2001
 Russland	82,4%	118,2 Mio.	2.112	PAPI	16+	Landesweit außer dünn besiedelte Gebiete in Nordrussland & Nordkaukasusregion	Feb 16	2005
 Spanien	85,2%	39,3 Mio.	1.015	CAPI	15+	Landesweit	Feb 16	2001
 Schweden	82,8%	8,1 Mio.	1.013	CATI	15+	Landesweit	Jan 16	2010
 Schweiz	85,0%	7,1 Mio.	1.000	CATI	15-74	Landesweit, außer italienischsprachige Schweiz	Feb 16	2014
 Türkei	63,0%	49,6 Mio.	1.236	PAPI	15-65	Urbane Bevölkerung	März 16	2014
 UK	81,0%	52,4 Mio.	1.029	CAPI	16+	Landesweit	Feb 16	2001

# Methode Nord- und Südamerika, Afrika, Asien

Nord- und Südamerika	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Prozent	Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung in Mio. Personen	Anzahl der Interviews	Methode	Alter	Regionale Abdeckung	Feldzeit	Befragung seit
 Brasilien	72,0%	149,6 Mio.	1.000	CATI	18+	Landesweit	Feb / März 16	2014
 Mexiko	72,4%	92,0 Mio.	1.000	CATI	15+	Landesweit	Jan / Feb 16	2016
 USA	77,3%	248,6 Mio.	1.000	CAWI	18+	Landesweit	Feb 16	2014
<b>Afrika</b>								
 Nigeria	14,4%	26,3 Mio.	1.000	PAPI ad hoc	18+	Lagos, Abuja, Port Harcourt	Feb 16	2014
 Südafrika	22,9%	12,5 Mio.	1.200	CAPI	16+	Metropolregion Gauteng, Johannesburg, Durban, Kapstadt	Feb 16	2014
<b>Asien und Pazifik</b>								
 Indien	3,8%	49,2 Mio.	1.060	PAPI	15-64	Mumbai, Neu Delhi, Kolkata, Chennai	Feb / März 16	2015
 Indonesien	7,0%	18,0 Mio.	1.032	PAPI	15-64	Jakarta, Surabaya, Medan, Bandung	Feb / März 16	2015
 Iran	15,0%	11,9 Mio.	1.000	PAPI ad hoc	18+	Teheran, Mashad, Esfahan, Tabrez, Shiraz	Jan / Feb 16	2015
 Japan	79,3%	100,4 Mio.	1.200	PAPI	15-79	Landesweit	Feb 16	2015
 Philippinen	8,6%	8,7 Mio.	1.000	PAPI	15-64	Metro Manila	Feb / März 16	2016
 Südkorea	82,2%	41,3 Mio.	1.525	PAPI	19+	Landesweit	Jan / Feb 16	2015

Die Feldarbeit erfolgte im Rahmen des GfK GLOBO BUS®.